Montag, 11. April 1983 - [illegible]
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich [illegible], Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien [illegible], Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 83 - 15.W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

Offene Flügelkämpfe in der SPD. Neue Kritik an den USA

IG-Chemie-Chef Rappe warnt: Als linke Protestpartei geringe Chancen

GÜNTHER BADING, Bonn

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl werden die Flügelkämpfe in der SPD jetzt wieder öffentlich ausgetragen. Sozialdemokratische Bundespolitiker bemühen sich dabei, die Äußerungen des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine über einen eventuellen Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO als Meinungen einzelner darzustellen. Diese Bemühungen gehen mit unveränderter Kritik an der amerikanischen Position in der Sicherheitspolitik einher. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und sein Vorgänger Egon Bahr, die diese Kritik artikulierten, verweisen aber auf die Notwendigkeit, Mitglied im westlichen Bündnis zu bleiben. Für den Gewerkschaftsflügel kritisiert der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, den Versuch, aus der SPD eine „linke Protestpartei" zu machen.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carl Ewen versicherte, Lafontaine spreche keinesfalls für die gesamte Partei. Lafontaine habe sich mit seinen Äußerungen „weit von den Positionen entfernt, die auf Parteitagen, im Parteirat, im Parteivorstand oder im Präsidium der Partei oder in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Beschlußlage sind".

Er, Ewen, sei „fast überzeugt", daß sich Lafontaine bei der Kundgebung im Ruhrgebiet von Emotionen habe wegtragen lassen, denn „er ist an sich intelligent genug, um zu erkennen, daß ein Austritt aus dem Bündnis die Lage eher verschlimmert". Für die Sozialdemokraten sei „völlig eindeutig, daß wir Sicherheit nur im Bündnis haben können". Trotz dieses Bekenntnisses zur NATO kritisierte auch Ewen die amerikanische Haltung bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen. „Wir haben bis jetzt nicht den Eindruck, daß auch von amerikanischer Seite aus mit dem genügenden Nachdruck verhandelt wird."

Beim Kongreß der Sozialistischen Internationale im portugiesischen Albufeira kündigte SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr an, daß sich die deutschen Sozialdemokraten „auch künftig gegen jede Politik wenden (werden), die Überlegenheit anstrebt". Bahr machte deutlich, daß nach seiner Auffassung der amerikanische Präsident Ronald Reagan das Ziel habe, die USA unverwundbar zu machen und die UdSSR allein „im Zustand der Verwundbarkeit" zu lassen.

In einem Kommentar für den Südwestfunk trat SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz in der Sicherheitsdiskussion offenbar die Flucht nach vorn an. Glotz wies die Forderungen aus den Reihen der Union nach einer Klarstellung des sozialdemokratischen Kurses in der Sicherheitspolitik mit der Bemerkung zurück: „Weil im Schatten Reagans eine eigene Kontur der deutschen Außenpolitik nicht erkennbar wird, wird der Kurs von der Opposition verlangt." Bundeskanzler Kohl habe „keinen originären Einfluß in Washington". Der Kurs der SPD entspreche nach wie vor der von dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel für das Wahlprogramm der SPD erarbeiteten Aussage. Aus der „großen" sozialdemokratischen Partei gebe es „da und dort abweichende Voten, die aber den Kurs unserer Außenpolitik in keiner Weise bestimmen".

So müsse scheitern, wer glaube, daß man Ost- und Entspannungspolitik ohne Verankerung im Bündnis betreiben könne. Die Oppositionspartei SPD werde ihre Kontakte zu den westlichen Verbündeten sorgfältig pflegen, „und zwar auch zu denjenigen Verbündeten, deren Regierungen zur Zeit eine Außenpolitik machen, die wir für fragwürdig oder falsch halten". Als Beispiele nannte Glotz die Politik von Präsident Reagan und Margaret Thatcher.

In Baunatal bei Kassel rief der SPD-Abgeordnete Rappe seine Partei auf, dem Kurs einer Volkspartei auf dem Boden des Godesberger Programms treu zu bleiben. „Eine linke Protestpartei muß die Arbeitnehmer verunsichern, und sie bringt keine Stimmen." Rappes Appell wurde auch als Mahnung an seine hessischen Parteigenossen verstanden. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Holger Börner, gerät dort wegen seiner deutlichen Absage an ein Zusammengehen mit den Grünen zunehmend unter Beschuß des linken Parteiflügels, vor allem in Südhessen. In München wurden am Wochenende die zeitweise dominierenden Linken der örtlichen SPD zurückgedrängt, als der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt, Georg Kronawitter, wieder als Spitzenkandidat für die Kommunalwahlen 1984 aufgestellt wurde. Kronawitter war vor fünf Jahren auf Druck des linken Parteiflügels aller politischen Ämter entkleidet worden.

DER KOMMENTAR

Verfall

HERBERT KREMP

Seit dem Ende Helmut Schmidts, den die eigene Partei zu einem „stellvertretenden König ohne Land" verurteilt hatte, breitet sich der strategische Zielkonflikt in der SPD unaufhaltsam aus. Die Identität, das wesentliche Merkmal der Wiedererkennbarkeit in Sprache und Handeln, schwindet. Der Wahlkampf brachte noch einmal eine Kontraktion der Muskeln. Jetzt, nach dem deprimierenden Ausgang der Wahlen, verfallen die Kräfte des Zusammenhalts.

Welchen Aspekt man auch immer wählt – ob der Beobachter nach Hessen blickt, wo Börner zusammensinkt, nach Nordrhein-Westfalen, der Domäne, wo Unsicherheit sich ausbreitet, auf die Außen- und Verteidigungspolitik, in der es keinen Konsensus mehr gibt – die Krise ist umfassend, und sie wurzelt in zwei Entwicklungen, die von Fehlentscheidungen ausgelöst wurden: 1. Seit dem letzten Drittel der sechziger Jahre hat die Partei in mehreren Schüben Kräfte zu integrieren versucht, die zum soziologischen Fundament der Arbeiter- und Arbeitnehmerpartei in einer Beziehung der Wesensfremdheit stehen. 2. Geführt wurde nicht; nein, die Partei wurde dazu verführt, sich auf einem flitzenden Surfbrett den Windspielen des Zeitgeistes zu überlassen.

So treibt sie jetzt dahin, unter einem Führer, der die neue Entwicklung in einer Mischung aus Mission und Permissivität vorantrieb und der an der Spitze geblieben ist, während die Realisten der einstigen Troika abgewandert sind: Wehner auf seine schwedische Insel und Schmidt zu einträglichen Vortragsreisen. Brandt selbst, der Initiator, präsidiert die Sozialistische Internationale, die derzeit im portugiesischen Albufeira den Mordfall Sartawi zu betrauern hat.

Terminkalender können ein Indiz für eine Führungskrise sein, auch die vornehmliche Beschäftigung der Verantwortlichen mit möglichst fernliegenden Dingen. Die Sozialdemokraten an der Ruhr, die am Dienstag die Wahl und ihre Folgen analysieren wollen, denken nicht an Albufeira. Sie interessieren sich auch nicht vornehmlich für Lafontaines NATO-Abneigung, die Raketen und den „Verhandlungsdruck" auf die USA. Das Parteileben ist diesseitig, nicht jenseitig.

Die Partei, um die eigene Basis mehr besorgt als um irgendwelche Abschußbasen, wird in der nächsten Zeit von Vogel und Rau wissen wollen, wie die Einheit der Sprache und des Handelns wiederhergestellt werden kann. Die Diskussion darüber wird die Führungsfrage nicht aussparen.

POLITIK

Grenznaher Handel UdSSR–China

dpa, Moskau

Rund zwei Jahrzehnte nach ihrem ideologischen Bruch nehmen die Sowjetunion und China wieder den grenznahen Handel auf. Ein Protokoll über einen solchen Warenaustausch zwischen der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang und sowjetischen Gebieten jenseits des Amur und Ussuri wurde gestern in Harbin unterzeichnet. Wie die Moskauer Nachrichtenagentur Tass meldete, reiste die sowjetische Handelsdelegation nach Hailar weiter, wo eine entsprechende Abmachung mit der chinesischen autonomen Region der Inneren Mongolei geschlossen werden soll. Tass teilte über das Protokoll von Harbin lediglich mit, daß es „eine Weiterentwicklung des grenznahen Handels sowie der Zusammenarbeit und Arbeitskontakte" vorsehe. In unterrichteten Kreisen Moskaus hieß es, daß ähnlich wie früher die chinesische Seite wohl vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse, die sowjetische Seite Maschinenersatzteile liefern werde. Beobachter in Moskau betrachten die Vereinbarungen als wichtigen Schritt bei der gegenwärtigen Verbesserung der staatlichen Beziehungen.



ZITAT DES TAGES



„Revolution ist nicht dasselbe wie Schießerei. Revolution ist, wenn die Sehnsucht nach Freiheit das Volk ergriffen hat. Dies ist in Polen geschehen."

Der ungarische Schriftsteller György Konrad bei der Verleihung des Friedenspreises skandinavischer Zeitungen an Lech Walesa. Der polnische Arbeiterführer konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Seite 5
FOTO: HARALD MEISER

Gedenken in Israel

AFP, Jerusalem

Mit Gedenkfeiern und einer Schweigeminute haben die Israelis am Wochenende der sechs Millionen Juden gedacht, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. 1983 jährt sich auch zum 40. Mal der Aufstand im Warschauer Getto. Am Samstag und am Sonntag waren Restaurants und alle Vergnügungsstätten in Israel geschlossen. Gestern morgen um acht Uhr heulten die Sirenen im ganzen Lande auf. Erziehungsminister Zevulun Hammer sagte auf einer Veranstaltung in der Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem", die aus dem Holocaust zu ziehende Lehre sei, „daß für uns nichts endgültig erworben ist, weder unser Fleckchen Erde, noch unser souveräner Staat".

Tindemans in Moskau

dpa, Moskau

Der belgische Außenminister Leo Tindemans ist gestern in Moskau zu einem Arbeitsbesuch eingetroffen, der bis Dienstagmorgen dauert. Für seine für heute geplanten Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko werden das Problem der Mittelstreckenwaffen in Europa und das Madrider KSZE-Folgetreffen unter den Hauptthemen genannt. Von belgischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß es seit 1981 keine Begegnung mehr zwischen den Außenministern beider Länder gab. In der Frage der Mittelstreckenwaffen will Brüssel mit seiner endgültigen Zustimmung zur Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern zunächst bis Ende des Jahres den Verlauf der Genfer Verhandlungen abwarten.

WIRTSCHAFT

Textilexport: Spitzenplatz für China

dpa/AP, München

Chinas Textil- und Bekleidungsindustrie hat sich nach einer Analyse des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung einen vorderen Platz auch unter den fortgeschrittenen Industrieländern gesichert. Wie das Institut schreibt, gehört China neben der Kronkolonie Hongkong und Indien schon jetzt zu den größten Textilexporteuren der Entwicklungsländer. Zwar würden die Exportzuwächse künftig nicht mehr so spektakulär ausfallen wie in den vergangenen Jahren (24 Prozent pro Jahr), doch bei Halb- und Fertigwaren der unteren bis mittleren Preiskategorie sowie bei gewissen hochwertigen Produkten werden die Chinesen laut Ifo weitere Marktanteile gewinnen. In China wurden im vergangenen Jahr knapp 22 Prozent der Weltproduktion an Baumwolle hergestellt. Die Münchner Wirtschaftsforscher meinten allerdings, es wäre falsch, nun bereits eine „gelbe Gefahr" auf dem internationalen Textilmarkt heraufzubeschwören. In der chinesischen Industrie selbst gebe es noch zu viele Faktoren, die die Herstellung qualitativ hochwertiger Erzeugnisse für den Export bremsten.

Studie über Spionage

dpa, Tokio

In Japan sind nach einem Bericht der führenden Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai Shimbun" rund 100 sowjetische Geheimagenten damit beschäftigt, Informationen über modernste Technologien wie Roboter, Computer und neuentwickelte Baustoffe zu sammeln. Diese Erkenntnisse fänden sich in einer geheimen Studie, die von der japanischen Regierung nach einer Warnung aus Washington ausgearbeitet worden sei, schrieb das Blatt. Von den etwa 100 Agenten sollen 30 führende Mitglieder des Geheimdienstes KGB oder der Informationsabteilung des sowjetischen Verteidigungsministeriums sein. Ansprechpartner seien vor allem japanische Wissenschaftler und Ingenieure. Für hochwertige Informationen seien bis zu 217 000 Dollar gezahlt worden.

Für längere Laufzeiten

AP, Köln

Die Metall-Arbeitgeber wären bereit, künftig mit der IG Metall Lohn- und Gehaltstarifverträge mit Laufzeiten von zwei Jahren oder länger abzuschließen. Der Vorsitzende des Verhandlungskreises von Gesamtmetall, Gerhard Müller, sagte am Wochenende im Deutschlandfunk, Gespräche mit dem Ziel derartiger Vereinbarungen würden hoffentlich noch in diesem Jahr aufgenommen. Zur Forderung der IG Metall, in der nächsten Tarifrunde über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu verhandeln, sagte Müller, wenn die Arbeitgeber die 35-Stunden-Woche ablehnten, dann deshalb, weil sie kostenmäßig nicht zu verkraften sei.

SPORT

Hübner gewann 9. Partie

DW. Bonn

Robert Hübner (Hamburg) gewann in Velden die neunte Partie gegen den Sowjetrussen Wassili Smyslow beim Kandidatenturnier zur Schach-Weltmeisterschaft. – Am 27. Spieltag der Fußball-Bundesliga standen die Schiedsrichter im Blickpunkt. In Bochum sorgte der Trierer Peter Dellwing für einen Präzedenzfall, in dem er den Stuttgarter Torwart Roleder wegen einer sogenannten „Notbremse" des Feldes verwies. S.12,13,14

WETTER

Bewölkt mit Schauern

DW. Essen

Im Norden anfangs bedeckt und Regen, später wechselnd bewölkt mit Schauern. Im Süden stark bewölkt und zum Teil länger andauernde Schauer. Tagestemperaturen bis zehn Grad ansteigend, nachts im Norden Abkühlung bis in Gefrierpunktnähe.

Wer steht hinter dem Mord an Sartawi?

Gemäßigter PLO-Führer bei Konferenz der Sozialistischen Internationale erschossen

AFP/dpa/DW. Albufeira

Der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei der Tagung der Sozialistischen Internatinonale im portugiesischen Badeort Albufeira, Issmam Sartawi, ist gestern morgen ermordet worden. Der Attentäter war Sartawi in der Halle des Hotels entgegengetreten, in dem die Tagung stattfindet, und hatte aus einer Pistole mehrere Schüsse abgefeuert. Er konnte entkommen. Zu dem Mord bekannte sich die radikale Palästinensergruppe „Revolutionärer Rat der Fatah-Bewegung".

Ein zweiter PLO-Vertreter, Anouar Abou Eicheh, der versucht hatte, Sartawi mit seinem eigenen Leib zu schützen, erlitt Schußverletzungen am Kopf und an den Beinen. Sartawi, einer der einflußreichsten Führer der PLO, der sich selbst dem gemäßigten Flügel der Organisation zuordnete, war ohne Leibwächter nach Portugal gereist. Der 50jährige war früher ein enger Vertrauter von PLO-Chef Arafat. Seit den 70er Jahren bemühte er sich um direkte Kontakte zur linksgerichteten Politikern in Israel. In jüngster Zeit soll es jedoch zu einem Zerwürfnis zwischen Arafat und Sartawigekommen sein, der im Februar dieses Jahres aus dem Nationalrat (Exilparlament) der Palästinenser ausgetreten war.

Die WELT hatte am 8. März gemeldet, Sartawi sei später von einem PLO-Sondergericht in Algier in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Angeblich erwirkte Arafat, daß er selbst das Datum der Hinrichtung festlegen könne.

Die PLO machte gestern den israelischen Geheimdienst für das Attentat verantwortlich. Sartawi, so ein Sprecher, sei zu einem Problem für Israel geworden, weil es ihm gelungen sei, gemäßigte Politiker für die Belange der Palästinenser zu gewinnen.

Diese Version wurde vom israelischen Regierungssekretär Dan Meridor entschieden bestritten. Es sei völlig ausgeschlossen, daß ein Israeli der Mörder sein könnte. Uri Averni, Chef der israelischen „Scheli"-Partei, der am Dialog zwischen der israelischen Linken und der PLO maßgeblich beteiligt ist, sagte, die Ermordung Sartawis sei ein schwerer Schlag für die Sache des Friedens in Nahost.

Der israelische Oppositionsführer Peres äußerte tiefes Bedauern. Auf die Frage, wen er für verantwortlich halte, sagte Peres: „Er war ein Gemäßigter, und ich nehme an, es sind die Leute, die einen Gemäßigten loswerden wollten."

Der Arzt Sartawi war Koordinator der PLO in Europa. Die portugiesische Regierung ordnete unmittelbar nach dem Attentat die Schließung der Landesgrenzen an.

Die Sozialistische Internationale hatte Sartawi gegen den Widerstand der israelischen Vertretung als offiziellen Delegierten eingeladen. Es gelang den Israelis, ihn während des Kongresses am Reden im Plenum zu hindern.

Seite 2: Die wirkliche PLO

Lambsdorff mahnt die USA

rtr, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat die Vereinigten Staaten davor gewarnt, durch „übertriebene Forderungen" nach einer Beschränkung des Ost-West-Handels die politische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich zu belasten. „Da darf man uns nicht überlasten", sagte Lambsdorff in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks.

An die Adresse der Bündnispartner sagte der Bundeswirtschaftsminister, sie dürften nicht verlangen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu den sicherheitspolitischen Bürden, die sie tragen wolle, dann auch noch handels- und wirtschaftspolitische Lasten übernehmen müsse. Dies aber würde die Situation auf dem Arbeitsmarkt erschweren, und in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik herrsche in der deutschen Bevölkerung die größte Sensibilität, fügte Lambsdorff hinzu.

Weist auch Bonn Spione aus?

DW. Bonn

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, schließt nicht aus, daß auch die Bundesrepublik Deutschland, nach französischem Vorbild, erkannte Sowjetspione ausweisen wird. In einem Interview der „Bild"-Zeitung sagte Waigel: „Die CDU/CSU wird in den nächsten Tagen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher darüber sprechen. Sollte sich herausstellen, daß auch bei uns Sowjet-Bürger in so großer Zahl etwa hochmoderne Technologie ausspionieren, können wir uns das nicht gefallen lassen. Dann müssen sie nach Hause geschickt werden." Auf die Frage, warum man das nicht schon längst getan habe, erwiderte der CSU-Politiker, das sei eine Frage der Güterabwägung. Er vertraue den deutschen Sicherheitsbehörden, daß sie mutmaßliche Agenten ziemlich genau beobachteten „und feststellen, was die eigentlich tun".

Syrien bestätigt Hilfe aus UdSSR

AP, Beirut

Der syrische Verteidigungsminister General Mustafa Tlass hat bestätigt, daß die Sowjetunion seinem Land hilft, militärisch mit Israel gleichzuziehen. In einem Interview mit der prosyrischen Beiruter Zeitung „Al Schark" sagte der General, der Sowjetunion sei daran gelegen, ein strategisches Gleichgewicht zwischen Syrien und Israel „im Falle einer Konfrontation mit dem zionistischen Feind" herzustellen. Israels Vorteil liege in seiner Luftüberlegenheit, „und dies versuchen wir in naher Zukunft zu beseitigen", wurde Tlass zitiert.

Israel habe nicht wirklich die Absicht, seine Truppen aus Libanon abzuziehen, sagte Tlass weiter. Er beschuldigte den jüdischen Staat, die Ermordung des gewählten libanesischen Staatspräsidenten Beschir Gemayel im September vergangenen Jahres organisiert zu haben.

Prag gegen „polnische Verhältnisse"

Hintergründe des Kampfes gegen die Kirche / Unsicherheit in CSSR-Führung

AP/KNA/DW. Prag

Der verstärkte Kampf der Prager Führung gegen die katholische Kirche im Lande deutet darauf hin, daß das Regime das Entstehen „polnischer Verhältnisse" verhindern will. Die offizielle Nachrichtenagentur CTK zitierte zwei Artikel aus der ideologischen Zeitschrift „Tvorba", in denen dem Vatikan angelastet wird, er habe „eine umfassende Attacke" gegen die Tschechoslowakei gestartet „mit dem Ziel, die Kirchenverhältnisse nach dem ‚polnischen Beispiel' zu ändern".

Was dies bedeute, sei „für niemand ein Geheimnis", kommentierte das Blatt: „Das ‚Phänomen Reagan' ist untrennbar verbunden mit dem ‚Phänomen Wojtyla'."

Die österreichische Presseagentur Kathpress nannte das jüngste Vorgehen der Polizei gegen den Franziskanerorden in der Slowakei Teil einer landesweiten Aktion gegen die „Untergrundkirche" in der CSSR. Die Agentur zitierte Vatikankreise mit der Einschätzung, daß dieser Einsatz der Polizei vermutlich das „Vorspiel" zu einem bevorstehenden Prag-Besuch einer Vatikan-Delegation gewesen sei, der von seiten der CSSR-Behörden Unduldsamkeit gegenüber der freien Religionsausübung signalisiert werden solle.

„Tvorba" charakterisierte die vatikanischen Angriffe gegen die regimenahe Priesterorganisation „Pacem internis" als politisch motiviert und schrieb, es seien Bestrebungen im Gange, „den illegalen Kirchenuntergrund zu aktivieren, die sogenannte geheime Kirche, die antisozialistische klerikale Elemente aus fanatischen religiösen Laienkreisen mit illegal geweihten Priestern und Bischöfen miteinander verbindet".

In Kreisen der Prager Führung ist nach Einschätzung westlicher Beobachter eine gewisse Unsicherheit nach dem Machtantritt Jurij Andropows in Moskau spürbar. Ein wenig ratlos folge sie fürs erste einmal dem sowjetischen Beispiel der Kampagne für die „sozialistische Moral". Vieles deutet nach Auffassung dieser Beobachter darauf hin, daß Moskau dem seit dem Ende des „Prager Frühlings" 1968 starren Prager Regime weichere Züge verleihen will. Mit Interesse wird eine deutliche Machteinbuße der bisherigen „Nummer zwei" nach Staats- und Parteichef Gustav Husak, ZK-Sekretär Vasil Bilak, vermerkt. Bilak, so heißt es, sei nicht mehr für ideologische Fragen, sondern nur noch für Auslandsfragen zuständig. Das Schlüsselressort Ideologie habe er an ZK-Sekretär Jan Fojtik abgeben müssen.

Israel: Bau von Siedlungen wird nicht gestoppt

dpa/AP/rtr, Jerusalem

Die israelische Regierung will sich in ihrer Siedlungspolitik für die besetzten Gebiete auch durch die jüngste Kritik der Amerikaner nicht beirren lassen. Das teilte Regierungssekretär Dan Meridor gestern nach der wöchentlichen Kabinettsitzung in Jerusalem mit.

Im Gegensatz zur Auffassung Washingtons seien die jüdischen Siedlungen kein Hindernis für die Teilnahme des jordanischen Königs Hussein an den Friedensbemühungen im Nahen Osten, sagte Meridor. Lediglich den Juden die Ansiedlung im Westjordanland zu verbieten, sei „nicht die richtige Politik". Hussein könne nach dem Beginn von Verhandlungen auch dieses Thema zur Diskussion stellen, jedoch nicht vorher schon Bedingungen erheben.

Das US-Außenministerium hatte Ende vergangener Woche erklärt, falls Jordanien seine Bereitschaft bekunden sollte, an Nahost-Verhandlungen teilzunehmen, werde Washington alles daransetzen, um sicherzustellen, „daß die Ergebnisse derartiger Verhandlungen nicht von Anfang an durch die Aktivitäten irgendeiner Seite beeinträchtigt werden und so die Aussichten auf einen Verhandlungsfrieden mindern".

Über die Haltung Husseins bestand am Wochenende immer noch Unklarheit. Während es in einigen Kreisen hieß, Hussein sei ohne Rücksicht auf Billigung oder Ablehnung der PLO dazu entschlossen, Verhandlungen aufzunehmen, hieß es von anderer Seite, er beabsichtige, sich völlig aus den Bemühungen um einen Frieden zurückzuziehen.

Seite 5: Nachgeben Amerikas

Giftmüll: Paris soll Recherchen aufnehmen

rtr/dpa, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat die französische Regierung schriftlich aufgefordert, ihre Nachforschungen über den Verbleib der 41 verschwundenen Fässer mit hochgiftigen Abfällen aus Seveso wiederaufzunehmen. In Frankreich breche die letzte belegbare Spur der Fässer ab, schrieb Staatssekretär Günter Hartkopf.

Für den Transport des Gifts in oder durch die Bundesrepublik Deutschland gibt es nach seinen Angaben keine Anhaltspunkte. Auch Bundesinnenminister Zimmermann bezeichnete dies in einem Interview der „Bild am Sonntag" als „sehr unwahrscheinlich".

Schwere Vorwürfe erhob das Ministerium am Wochenende auch gegen die zuständigen Behörden in Italien. Sie hätten den Abtransport des Giftes gestattet, obwohl eine Endlagerstätte nicht festgestanden habe.

Keine neuen Erkenntnisse hat die Prüfung der Akten der Mannesmann-Tochter Mannesmann Italiana ergeben, die mit der Beseitigung der Giftfässer beauftragt worden war. Die Akten enthalten nach Auskunft des Ministeriums keine einzige behördliche Bestätigung über die ordnungsgemäße Beseitigung des Giftmülls noch einen Hinweis auf den Ort der Endlagerung. Fest stehe lediglich, daß die Fässer im September 1982 von Italien nach Frankreich geschafft worden seien.

Der Schweizer Chemiekonzern Hoffman-La Roche, dessen Tochterfirma Icmesa die Unglücksanlage im norditalienischen Seveso betrieb, wurde von dem Ministerium mit Nachdruck aufgefordert, die Wahrheit über den Verbleib der Fässer zu sagen.

Für Nicaragua wird der Nachschub schwieriger

Sandinisten werfen Honduras Übergriffe mit Artillerie vor

AFP, Managua/Washington

In Nicaragua haben sich offensichtlich die Nachschubschwierigkeiten verschärft. Die regierende „Sandinistische Front für die Befreiung" (FSLN) gab am Wochenende in einer Botschaft an die Nation bekannt, das Land werde „möglicherweise" bald Einschränkungen bei Benzin und anderen dringend notwendigen Konsumgütern auf sich nehmen sowie Entbehrungen im Transportbereich ertragen müssen.

Angesichts dieser „unvermeidlichen Schwierigkeiten" werde die Regierung energische Maßnahmen gegen Spekulanten treffen und eine gerechte Verteilung der rationierten Güter vornehmen, hieß es in dem Kommuniqué.

Zu den Kämpfen im Norden des Landes teilte die FSLN mit, daß in den letzten Tagen zahlreiche Kommandos der „Konterrevolutionäre" von Honduras nach Nicaragua eingedrungen seien. Wer mit den „Contras" in Verbindung trete, werde als „Verräter am Vaterland" betrachtet und „ohne Mitleid" behandelt. Der honduranischen Armee warf die FSLN Unterstützung für die Kommandos und „immer schwerere Provokationen" gegenüber Nicaragua vor. Die honduranischen Streitkräfte hätten bereits Übergriffe auf nicaraguanisches Territorium verübt. Dabei seien zunächst nur Handfeuerwaffen, dann aber auch Artillerie eingesetzt worden. Die USA wurden von Managua beschuldigt, ein Spionageschiff in nicaraguanische Hoheitsgewässer entsandt zu haben. Es handle sich um die 3011-Tonnen-Fregatte „FF-1072 Blakelly" der US-Navy, gab das Verteidigungsministerium bekannt. Sie sei mit Raketen ausgerüstet und verfüge über Satellitenverbindung. Washington erklärte am Samstag, Nicaragua werde „durch keine außergewöhnlichen Flottenbewegungen in der Region bedroht".

Mehrere tausend Menschen wohnten am Samstag in Managua der Beisetzung der salvadorianischen Guerrilla-Führerin Melida Anaya Montes bei. Die als „Kommandant Ana Maria" bekannte Frau war am Mittwoch in ihrem Haus bei Managua von noch unbekannten Tätern mit einem Eispikkel ermordet worden. Die sandinistische Regierung hatte die CIA der Tat bezichtigt.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Weißbuch

Von Rüdiger Moniac

Was hat sich auf militärpolitischem Gebiet im Ost-West-Verhältnis eigentlich dermaßen verändert, daß Helmut Schmidt inzwischen sein Urteil über die konventionelle Stärke der NATO im Vergleich zu der des Warschauer Paktes grundlegend revidieren konnte? Diese für die Sicherheit des Westens entscheidende Frage stellt sich, wenn man vergleicht, was unter Schmidts Verantwortung Anfang 1976 in einem Weißbuch der damaligen Bundesregierung veröffentlicht wurde und was der Kanzler a. D. heute dazu sagt.

Damals las sich Schmidts Bewertung so (Weißbuch 1975/76, Seite 18): „Seine konventionelle Überlegenheit erlaubt es dem Warschauer Pakt, nach kurzer Vorbereitungszeit auch ohne Nuklearwaffen eine großangelegte Aggression gegen Westeuropa vorzutragen." Heute will Schmidt davon nichts mehr wissen. Dem amerikanischen Außenminister Shultz, den er seinen Freund nennt, versuchte er jüngst schmackhaft zu machen, daß in Europa zwischen Ost und West bereits ein konventionelles Gleichgewicht herrscht und daß sich die NATO deshalb sicherheitspolitisch nichts vergebe, wenn sie völkerrechtlich verbindlich auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichte.

Shultz, obwohl irritiert, blieb verbindlich. Doch Schmidts neue Tonlage alarmiert die Verantwortlichen in Washington. Sie wissen so gut, wie es jeder unvoreingenommene Fachmann diesseits und jenseits des Atlantiks belegen kann, daß sich seit Mitte der siebziger Jahre die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes, vor allem aber der Sowjetunion gegenüber Westeuropa, beträchtlich gesteigert hat. Diesen Sachverhalt möchte Schmidt nun – und mit ihm offenbar die ganze SPD – einfach beiseite schieben, um um so freier die intensiv herbeigewünschte „Sicherheitspartnerschaft" mit der Sowjetunion propagieren zu können.

Nach dieser Idee war Apels Entwurf für ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik der damaligen sozial-liberalen Koalition verfaßt. Es war aber nur der Entwurf Apels und der von ihm beauftragten Autoren. Genschers Diplomaten im Auswärtigen Amt waren längst alarmiert. Wäre die Regierung Schmidt/Genscher nicht über anderem Streit zerbrochen, die Sicherheitspolitik wäre dazu auch geeignet gewesen.

Die wirkliche PLO

Von Peter M. Ranke

Es darf keine Anerkennung der Existenz Israels und keinen Frieden in Nahost geben. Diese radikale und tödliche These der PLO gilt weiterhin, trotz aller Beschwichtigungen des doppelzüngigen Yassir Arafat gegenüber westlichen Politikern und Journalisten. Die Konferenzteilnehmer der Sozialistischen Internationale in Lissabon sind an die Realitäten dieser PLO-Politik unsanft erinnert worden, als sie wieder einmal den Friedensschalmeien der Palästinenser lauschten.

Die Schüsse eines Mörders haben sie aufgeschreckt. Das „Verbrechen" des ermordeten Sartawi bestand darin, daß er eine „Taube" war, daß er für die Existenz Israels und die Anerkennung seiner Sicherheitsinteressen offen eintrat. Er brachte sogar linksgerichtete Israelis mit PLO-Chef Arafat in Tunis zusammen. Aber Arafat wandte sich auf dem PLO-Kongreß in Algier wenig später gegen Sartawi und ließ ihn nicht zu Wort kommen. Denn Sartawi wollte nicht nur für eine Anerkennung Israels eintreten, sondern er wollte eine Untersuchungskommission einsetzen lassen, um die Niederlage und die Fehler der PLO und damit Arafats in Beirut aufdecken zu können.

Von diesem Tage an wußte Sartawi, daß er ein Todeskandidat war, wie er Freunden in Paris berichtet hatte. Ein Todeskandidat wie Sadat nach Camp David, wie Beschir Gemayel in Beirut oder die arabischen Führer in den besetzten Gebieten, die gegen die PLO für Verständigung mit Israel eintreten. Auch König Hussein, hätte er den Reagan-Plan unterstützt, stünde heute auf der Liste der Mörder, so wie sein Großvater Abdallah, der 1951 wegen seiner Friedensabsichten erschossen worden war.

Es ist gleichgültig, ob die PLO als Mordorganisation den Befehl zur Liquidierung Sartawis gab oder nur eine radikale Splittergruppe, wie es oft zur Beschwichtigung heißt. Entscheidend ist das Klima des Hasses, der Nichtachtung menschlichen Lebens und die Friedensfeindlichkeit, denen diese radikal-revolutionären Gruppierungen der Palästinenser als Leitlinie folgt.

Metallers Freibrief

Von Günther Bading

In der Tarifauseinandersetzung der Metallindustrie war alles unter Dach und Fach – da brachten es die Tarifpartner jetzt in Hessen fertig, noch einmal das Gespenst von Krise, Scheitern der Verhandlungen, gar Arbeitskampf zu beschwören. Der zugrundeliegende Sachverhalt nimmt sich jedoch eher kurios aus: Nach dem Abschluß des Tarifvertrags für Nordrhein-Westfalen – 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt für zwölf Monate – war zwischen Arbeitgeberverband Gesamtmetall und dem IG-Metall-Vorstand eine Übernahmeempfehlung für die restlichen Tarifgebiete verabredet worden. Auch wurde vereinbart, gemäß den regionalen Gepflogenheiten eine sogenannte Maßregelungsklausel zu unterzeichnen, die Disziplinarmaßnahmen gegen jene Arbeitnehmer verbietet, die sich in der Tarifauseinandersetzung besonders engagiert haben.

In Hessen nun will die IG Metall das Scheitern der regionalen Verhandlungen erklären, weil die dortigen Arbeitgeber keine Maßregelungserklärung abgeben wollen. Begründung: es habe keinerlei Disziplinarmaßnahmen im Zusammenhang mit der Tarifrunde gegeben. Dahinter steckt allerdings die Befürchtung der Unternehmer, eine solche Maßregelungsklausel könnte zum Gewohnheitsrecht werden und damit gleichsam einen Freibrief für die nächste Tarifrunde liefern.

Sollte der IG-Metall-Vorstand heute tatsächlich den hessischen Gewerkschaftern nachgeben und das „Scheitern" der (Übernahme-)Verhandlungen erklären, so wären die nächsten Schritte Schlichtung oder Arbeitskampf. Die hessischen Arbeitgeber werden 3,2 Prozent mehr Lohn bezahlen wie andernorts auch. Wofür also sollte die IG Metall kämpfen? Die Gewerkschaftsbasis hat das Muskelspiel der Funktionäre registriert. Es ist an der Zeit, zur Vernunft zurückzukehren.



Elefanten sterben einsam

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Hauch von Dämmerung

Von Carl Gustaf Ströhm

In Österreich gehen die Uhren anders: Mit diesen Worten kommentierte Bundeskanzler Bruno Kreisky die Ergebnisse der deutschen Bundestagswahl vom 6. März. Die in Wien mit absoluter Mehrheit regierenden österreichischen Sozialisten sind tatsächlich anders strukturiert als die deutsche SPD. So läßt sich der Einfluß ihres linken Flügels nicht mit jenem der SPD vergleichen. Aber: Die Raketen- und Nachrüstungsdiskussion ist der SPÖ erspart geblieben – denn Österreich ist ein neutraler Staat. Wirtschaftspolitisch ist es der Regierung Kreisky gelungen, die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten, wenn auch manche Experten behaupten, auf Kosten der Produktivität der verstaatlichten Industrie.

Das Bild Österreichs im heutigen Europa erscheint nicht dramatisch verdüstert, wenn auch die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise sich hier bemerkbar machen – etwa mit einem spürbaren Rückgang im Fremdenverkehr, der für die österreichische Zahlungsbilanz ungemein wichtig ist. In den Industriegebieten der Obersteiermark und um Linz herrscht allerdings große Sorge wegen der anhaltenden Stahlkrise. Nun hofft die Regierung Kreisky – für den Fall eines sozialistischen Wahlerfolges – durch ein großangelegtes Beschäftigungsprogramm, das über neue Steuern und weitere Staatsverschuldung finanziert werden soll, der Wirtschaft einen Anstoß zur Überwindung der Krise zu geben. Allerdings ist dieses Programm innenpolitisch nicht unumstritten: Die oppositionelle Österreichische Volkspartei fordert statt dessen Einsparungen im Budget, drastische Verringerung der Staatsverschuldung und will vor allem mit marktwirtschaftlichen Mitteln der Krise Herr werden. So ist die Wahlschlacht für die am 24. April fälligen Parlamentswahlen vor allem um das Thema Steuern und Belastung entbrannt. Hier stehen einander Sozialisten und Volkspartei unversöhnlich gegenüber: Die ersteren wollen durch weiteres „deficit spending" und durch Steuererhöhungen – vor allem die Quellensteuer auf bisher faktisch steuerfreie anonyme Spareinlagen – das nötige Geld hereinbekommen, um einen expansiven Wirtschaftskurs zu steuern. Die ÖVP will dagegen einen Steuer- und Belastungsstopp, um vor allem die mittleren und kleineren Unternehmer und Gewerbetreibenden zu neuen Investitionen zu animieren.

Die Regierung Kreisky verweist sicher nicht zu Unrecht auf die Tatsache, daß Österreich heute nach der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz die niedrigste Inflationsrate in Westeuropa hat. Der Schilling ist eine harte Währung, die bei etwaigen DM-Aufwertungen stets voll mitzieht. Österreich erscheint als Land, in dem es keine Streiks und sozialen Unruhen gibt. Gewalttätige Demonstrationen, wie sie in der Bundesrepublik immer wieder vorkommen, sind hier so gut wie unbekannt. Auch darauf hat Kreisky in einer Analyse der deutschen Wahl hingewiesen: Es gibt in Österreich kein nennenswertes extremistisches oder radikales Potential, nicht zuletzt deshalb, weil das der hiesigen Mentalität nicht liegt.

Dennoch ist Österreich heute weit davon entfernt, eine „Insel der Seligen" zu sein (so hatte Papst Paul VI. dieses Land noch vor geraumer Zeit charakterisiert). Am Beispiel Österreichs hat sich zwar erwiesen, daß ein kleines Land heutzutage mit gewissen Problemen besser fertig werden kann als ein mittlerer oder gar großer Industriestaat. Zugleich aber ist ein solches kleines Land äußeren Einflüssen negativer Art oft stärker ausgeliefert. Der einstmals unerschütterlich scheinende österreichische Fremdenverkehr (auf den die Krise und die Arbeitslosigkeit der Bundesrepublik nun durchzuschlagen beginnt) ist nur eines unter mehreren möglichen Beispielen.

Hinzu kommt eine Veränderung des psychologischen Klimas. Nach dreizehn Jahren einer (bis auf die allererste Anfangsphase) stets stabilen sozialistischen Mehrheit und einer unangefochtenen, souveränen Kanzlerschaft Bruno Kreiskys beginnen sich nun auch in Österreich neue politische Kräfte zu regen: Die Grünen und Alternativen – erstere eher konservativ, letztere links und manchmal marxistisch – klopfen an die Tore des österreichischen Parteien-Establishments. Skandale und Affären haben beide Großparteien in Mitleidenschaft gezogen, aber besonders die SPÖ in Wien mit Unregelmäßigkeiten und Bestechungen um den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses – so daß man jetzt mit erheblichen sozialistischen Stimmenverlusten in der Hauptstadt beim kommenden Wahlgang rechnet.



Zugpferd der SPÖ: Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky FOTO: SVEN SIMON

Es ist in diesem Zusammenhang charakteristisch, daß die bisher ihrer Überlegenheit stets sicheren österreichischen Sozialisten erstmals – und dazu noch mitten im Wahlkampf – über die Möglichkeit eines Verlustes der absoluten Mehrheit sprechen. Zwar ist die christlich-demokratische Opposition in Österreich auf Bundesebene lange nicht so geschlossen und siegesgewiß wie die deutschen Unionsschwestern. Auch die österreichischen Sozialisten haben den Fehler der Selbstzerfleischung nicht begangen, der für die SPD verhängnisvoll wurde. Die SPÖ hat ihr „Zugpferd", ihren Kanzler, nicht demontiert, wie es in Deutschland mit Helmut Schmidt geschah, sondern Kreisky im Gegenteil zum Bleiben und Weitermachen animiert. Die Sozialisten wissen genau, daß – wenn überhaupt – ohne Kreisky von einer sozialistischen absoluten Mehrheit nicht mehr die Rede sein könnte.

Wird es dem alten Kanzler noch einmal gelingen, die Schlacht für sich und seine Partei zu entscheiden? Kreiskys Taktik ist klar: Durch die Drohung, er werde auf keinen Fall bereit sein, eine Koalitionsregierung zu führen, will er die „Kreisky-Wähler" – jene, die zwar nicht die Sozialistische Partei, aber ihn als Person wollen – noch einmal mobilisieren und motivieren. Die Partei weiß, daß sie es ohne ihn kaum schaffen würde.

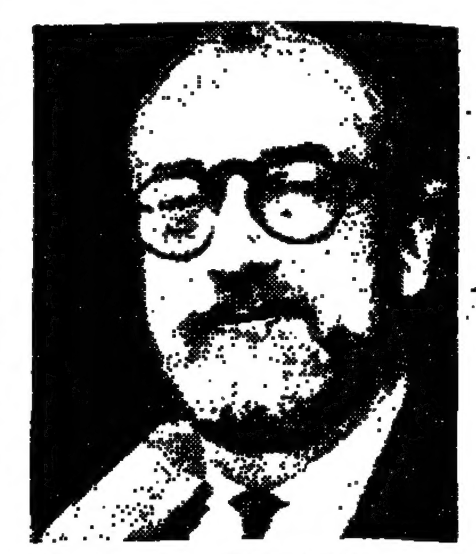
Dennoch – ein Hauch von Abenddämmerung liegt über der Szenerie. Selbst die größten Optimisten im Regierungslager rechnen nicht damit, daß die kommende Wahl ohne Stimm- und Mandatsverluste ausgeht. So könnte sich erstmals am Abend des 24. April 1983 für Österreich eine neue innenpolitische Situation ergeben: Im günstigsten Falle eine geschwächte SPÖ, im ungünstigsten das Ende der Alleinregierung und damit der Zwang zu einer kleinen oder großen Koalition in Wien.

IM GESPRÄCH Hellmuth Matiasek

Niemand sagt „Herr Froboess"

Von Rose-Marie Borngässer

Er wirkt auf den ersten Blick eher zurückhaltend; eher wie einer, der sich auf der Grenzlinie zwischen Künstler und Lehrer bewegt. Doch dahinter steht eine Selbstsicherheit, die sich auf eine langjährige erfolgreiche Theaterpraxis stützt: Hellmuth Matiasek (52) tritt die Nachfolge von Kurt Pscherrer als Direktor des Münchner Gärtnerplatztheaters in der kommenden Saison an. Diese opéra comique, prächtig renoviert mit filigranweißen Fassaden und geschwungenem Portal, hinter dem Viktualienmarkt, ist das meistgeliebte Musiktheater der Münchner Bürgerschaft. Ein echtes Pendant zur großen Staatsoper.



Hausherr am Gärtnerplatz: Hellmuth Matiasek FOTO: DPA

Matiasek, der gebürtige Wiener, galt von Anfang an als Favorit, als sich in der bayerischen Landeshauptstadt das Postenkarussell zu drehen begann. Wer ist dieser Regisseur, dem nach seinem jeweiligen Wechsel Blumensträuße und Lobreden nachgesandt werden? Einer, dem es gelingt, ohne sichtbare Anstrengungen und ohne eklatante Auftritte stabile Verhältnisse zu schaffen und zu hinterlassen, verdient schon Aufmerksamkeit. Denn dieser Hellmuth Matiasek gehört nicht zu jener Sorte von Leuten, die eine neue Intendanz übernehmen, um dann dem Publikum zu zeigen, was eine Harke ist. Von Matiasek hörte man vielmehr den Ausspruch: „Dem Theater nützt es wenig, wenn ein kleines Häufchen unentwegter ‚Neuerer' ganze Flügel des Publikums wegbricht."

Der Sohn eines Wiener Oberamtsrates marschierte zielstrebig über den vorgegebenen bürgerlichen Rahmen hinaus – der Theaterleidenschaft wegen. Er besuchte das Max-Reinhardt-Seminar und die Universität Wien, wo er Theaterwissenschaft, Germanistik und Psychologie studierte. Mit einer Arbeit über „Die Komik des Clowns" promovierte er zum Dr. phil. 1955 wurde er Regisseur in Salzburg, wechselte 1960 zu den Städtischen Bühnen in Köln und übernahm 1962 die Intendanz am Landestheater Salzburg. 1964 dann wurde Matiasek Generalintendant in Braunschweig, bis er von 1972 bis 1979 als Direktor die Otto-Falckenberg-Schauspielschule in München übernahm. Zuletzt war er Generalintendant der Städtischen Bühnen Wuppertal. Sein neues Amt, für das er einen Fünfjahresvertrag unterzeichnete, tritt er am ersten September an.

Der künftige Herr am Gärtnerplatz wirkt stocknüchtern und unverschwärmt, wenn er seine Vorstellungen von der neuen Aufgabe umreißt: Partnerschaft mit der Bayerischen Staatsoper in flexibler Wechselbeziehung. Die Form des musikalischen Volkstheaters und Impulse zur Entdeckung neuer Spielformen, neuer Stücke und neuer Talente. Nicht „Oper-Oper", sondern „Theater-Oper" möchte Matiasek machen.

Welch hervorragender Lehrer und Regisseur Matiasek ist, zeigt er am Beispiel seiner eigenen Familie: In den 60er Jahren traf er auf seine spätere Ehefrau, Conny Froboess, Schlagersängerin und Teenager-Idol jener Zeit, Er entdeckte ihr Schauspieltalent und machte aus ihr die großartige Bühnendarstellerin Cornelia Froboess. Daß niemand je „Herr Froboess" sagte, spricht doch nur für die souveräne Persönlichkeit Matiaseks!

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LA STAMPA

Zur bevorstehenden USA-Reise von Bundeskanzler Kohl merkt das Turiner Blatt an:

Die nationalen und internationalen Spannungen in der Frage der Mittelstreckenraketen lassen das Jahr 1983 zu einem stürmischen Jahr werden. Dies ist unabweisbar, aber Kohl will jetzt verhindern, daß der Westen diese Gefahren mit gegenseitigen Verdächtigungen und inneren Kontroversen angeht ... die die natürliche Folge von neuen, breitangelegten Einschränkungen des Ost-West-Handels durch die USA wären. Mit anderen Worten, Deutschland will Übereinstimmung auf drei Feldern erreichen: in der Frage der europäischen Exporte in den Osten, bei den Verhandlungen in Genf und bei einem eventuellen Scheitern der USA-UdSSR-Gespräche.

Südwest Presse

Die in Ulm herausgegebene Zeitung kommentiert zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst:

In gewohnter Klarheit hat sich der Bundeswirtschaftsminister zur Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst geäußert: Zwei Prozent mehr, so meint er, müsse die Obergrenze bleiben, und schon erregen sich die Interessenvertreter. Aber die Proteste von ÖTV, DAG und Beamtenbund gehören zum Geschäft, man muß sie nicht überbewerten. Nur zwei Prozent mehr ist vor allem für die Bezieher bescheidener Einkommen eine betrübliche Aussicht. Trotzdem muß man Graf Lambsdorff in der Sache recht geben. Für die, die praktisch unkündbar sind, ist ein Solidaritätsopfer mit denen, die keine Arbeit haben, zumutbar. Werden nämlich die öffentlichen Haushalte bei den Personalkosten nicht entlastet, kann der Staat die Investitionen nicht vorantreiben, die Arbeitsplätze schaffen sollen.

DIARIO 16

Die Madrider Zeitung stellt zur Krise in Mittelamerika fest:

Wegen der Zahl der beteiligten Länder, wegen der strategischen Bedeutung der Region – der Panama-Kanal und die Stabilität Mexikos stehen auf dem Spiel –, wegen der Beteiligung der USA, Kubas und der UdSSR an dem Konflikt erhält der Bürgerkrieg in Mittelamerika eine internationale Dimension und ähnelt in vielen Zügen dem Indochina-Konflikt der 60er Jahre. Der grundlegende Unterschied ist jedoch, daß sich Amerikaner, Russen und Chinesen trotz des Vietnam-Krieges immer besser verständigt hatten ... Der Konflikt in Mittelamerika kommt hingegen zu einem der schlimmsten Momente in den Ost-West-Beziehungen und trägt selbst zu ihrer Verschlechterung bei.

EL PAIS

Das Madrider Blatt schreibt über die Genfer Verhandlungen:

Es bleiben nur noch wenige Monate, bis auf Grund des NATO-Übereinkommens vom Dezember 1979 damit begonnen wird, die Raketen der USA in einer Reihe von westeuropäischen Ländern aufzustellen ... Die Verhandlungen in Genf werden auf jeden Fall in nicht geringem Maße über die Zukunft Europas entscheiden, aber Europa nimmt nicht an ihnen teil. Seine Abwesenheit bei diesen Verhandlungen ist eine der größten Absurditäten des bipolaren Systems, das das internationale Leben beherrscht.

Norbert Blüm: Erst mit Rückenwind, jetzt mitten im Regen

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales hat die Hauptlast der Haushaltssanierung zu tragen / Von Gisela Reiners

Laßt den mal. Der holt uns die Arbeiter." Mit milden Worten stärkte der frischgekürte Bundeskanzler Helmut Kohl seinem Arbeitsminister Norbert Blüm den Rücken, wenn der mit flotten Sprüchen à la Atempause mal den Gewerkschaftern, mal den Unternehmern, mal dem Koalitionspartner FDP auf die Zehen trat. Geschoben von diesem Rückenwind, wurde Blüm im Wahlkampf nicht müde, den Arbeitnehmern die Einschnitte ins soziale Netz als Wohltaten zu verkaufen, die in dieser Geringfügigkeit nötig seien, um das Schlimmste, nämlich den Zusammenbruch des Systems der sozialen Sicherung, zu verhüten.

Und siehe, die Arbeiter kamen in Scharen. Sie verhalfen der Union zu einem glänzenden Wahlsieg. Doch schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen fragte niemand mehr nach Blüm, als es um die Renten ging, um die Ausländer und um die Arbeitslosenunterstützung. Die Wirtschafts- und Finanzpolitiker der Koalition nahmen es in die Hand, der Sozialpolitik den Rahmen zu verpassen, in dem sich Blüm noch bewegen kann.

Finanzminister Stoltenberg und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff zogen die Grenzlinie: keine Erhöhung der Steuern und Abgaben, um die Wirtschaft nicht zu belasten; die Neuverschuldung soll unter 40 Milliarden bleiben. Blüm erklärte sich zwar bereit, sein Scherflein in die Sparbüchse zu werfen, doch konnte er die Spar-Begehrlichkeit seiner Kabinettskollegen damit kaum dämpfen. Das Haus Stoltenberg schrieb in einer fünfseitigen Liste akribisch alle Einsparmöglichkeiten beim Bundeshaushalt auf – die weitaus meisten betrafen den Etat des Arbeitsministers.

Die Verschiebung der Rentenanpassung von Mitte 1984 auf Anfang 1985 steht immer noch zur Debatte, obwohl der Arbeitsminister sich dagegen schon mit heftigen Worten („das könnt ihr mit mir nicht machen") gewehrt hat. Im Koalitionspapier steht, daß die Rentenanpassung verschoben wird. Punkt. Erst dann folgt der Nachschub, es sei denn, der Arbeitsminister finde eine andere „konsensfähige" Lösung für den Ausgleich eines Sechs-Milliarden-Defizits in der Rentenversicherung. Zwar hat Blüm Vorschläge gemacht, die sich zu 5,9 Milliarden summieren, doch Konsens ist noch von keiner Seite signalisiert worden. Im Gegenteil: Lambsdorff hat in der letzten Woche noch einmal deutlich Zweifel geäußert, daß sich die Verschiebung vermeiden lasse.

Blüm zeigte sich auch gesprächsbereit, als es um den Etat der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ging. 500 Millionen könne man vielleicht noch irgendwo zusammenkratzen, doch die Haushaltspolitiker haben das Skalpell schon geschliffen, um das Arbeitslosengeld – zumindest für bestimmte Personengruppen – zu beschneiden. Von einer Vor-Ruhestandsregelung, die den Arbeitsmarkt dadurch entlasten sollte, daß 58jährige mit Tarifrente die Plätze für Jüngere freimachen, ist kaum noch die Rede.

Steht Blüm im Regen? Die Karikatur auf der Titelseite der Zeitschrift „Soziale Ordnung" der CDU-Sozialausschüsse (Vorsitzender: Blüm) zeigt es deutlich: Unter dem Schirm, den ein lächelnder Kohl hält, lächeln Stoltenberg und Lambsdorff. Barhäuptig und mit hochgeschlagenem Kragen steht ein enttäuschter Blüm im Guß. In einem Kommentar fordert der Redakteur Lutz Esser vom Kanzler „Treue um Treue". Der Bundesarbeitsminister werde in den nächsten Jahren die Hauptlast der Politik zu tragen haben.

Die Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme erfordere Opfer, die ausgewogen und plausibel sein müßten, fährt Esser fort. Die Union werde die vier Jahre bis zur nächsten Wahl nur dann unbeschädigt überstehen, wenn Blüms Glaubwürdigkeit nicht demontiert, sondern gepflegt werde. Helmut Kohl bringe sich um den Erfolg vom 6. März, wenn er Blüm „weiter im Regen stehen läßt". Der Vorsitzende der Jungsozialisten hatte schon vorher geargwöhnt: Früher galten die CDU-Sozialausschüsse noch als soziale Badehose der Union. Doch die Zeiten hätten sich geändert, nun trage die Union sozialpolitisch textilfrei.

Auch ein Stoßseufzer eines Staatssekretärs im Finanzministerium macht den Stellenwert der von den Christlichen Arbeitnehmern verfolgten Politik deutlich: „Früher saßen uns die Sozialausschüsse im Nakken, heute ist es der Mittelstand."

Über Bremen strahlt der Stern des Schwabenlands

Von W. WESSENDORF

„Welch ein Glück, so nahe am Osterholzer Friedhof zu wohnen", schrieb ein empörter Hanseat der Bremer Landesregierung. Besorgt formulierte er weiter: „Da ja diese Fläche als öffentliches Grün ausgewiesen ist, besteht immerhin die Möglichkeit, wenn nicht gerade die geplante Lackieranlage auf dem neuen Gelände arbeitet, etwas frische Luft zu atmen und einen Vogel singen zu hören."

Auch die Baubehörde an der Weser wurde mit erbitterten Schreiben eingedeckt, als sie Ende der siebziger Jahre begann, der größten und zukunftsträchtigsten Industrieansiedlung den Weg zu ebnen. Am hartnäckigen Widerstand Tausender von Bremer Bürgern drohte die bedeutendste Investition der letzten Jahre zu scheitern. Inzwischen allerdings strahlt der Stern aus dem Schwabenland über dem ehemaligen Borgward-Gelände und verleiht dem rostig gewordenen Bremer Schlüssel neuen Glanz. Die Erweiterung des Bremer Werkes von Daimler-Benz ist indes noch nicht abgeschlossen.

Im Jahr 1978 fällte der Vorstand der Daimler-Benz AG die Entscheidung, den sogenannten kleinen Mercedes (W 201) an der Weser zu bauen. „Zwischen Sindelfingen und dem Werk Bremen wird – auf der Grundlage der Entscheidung, Bremen auf lange Sicht zu einem größeren Pkw-Montagewerk auszubauen – ein enger Produktionsverbund eingerichtet", unterstrich der Vorstandsvorsitzende Gerhard Prinz. Unterdessen entpuppt sich der kleine Mercedes 190/190E zu einem Verkaufsrenner.

Auf dem Holter Feld lernen inzwischen die Roboter laufen. Sie beziehen an den Taktstraßen in der Montagehalle Position. Denn der Aufbau des Werkes für den neuen Erfolgs-Mercedes wird mit aller Kraft vorangetrieben. Im Juni soll der erste „190er" vom hanseatischen Band rollen. Bis Ende 1983 werden in Bremen voraussichtlich rund 700 Wagen vom Typ 190/190 E parallel zur Produktion in Sindelfingen gebaut. Doch schon jetzt ist die Verschmelzung „Bremelfingen" perfekt.

In der bremischen Halle werden die Fahrzeugrohlinge, Türen, Motorhaube und Fahrzeugboden, gefertigt, die dann in Sindelfingen weiter verarbeitet werden. Allein der Bau dieser Halle verschlang 160 Millionen Mark. Insgesamt hat die Daimler-Benz AG rund 1,3 Milliarden Mark an Investitionen an der Weser geplant und schon verbaut.

Um diesen Investitionsbrocken nach Bremen zu holen, war Bürgermeister Hans Koschnick als fliegender Handlungsreisender unterwegs. In den Untertürkheimer Chefetagen rannte er offene Türen ein. In Bremen kämpfte er mit dem Rücken zur Wand. Einerseits mußte er die Protestler auf Ansiedlungskurs umlenken, zum anderen selbst viel Geld locker machen.

250 Millionen Mark gab das Land Bremen

Bremen stellte für die Mercedes-Erweiterung 250 Millionen Mark bereit. 190 Millionen dienten der Verbesserung der Infrastruktur in der betroffenen Region im Osten der Stadt. Rund 60 Millionen Mark waren als Grundstückssubvention beziehungsweise als Kostenerstattung für die Erschließung des Geländes vorgesehen. Koschnick handelte sich damit massive Vorwürfe ein. Er habe „den reichen Daimler-Benz-Leuten zu viel Geld in den Rachen geworfen". Ende 1982 formulierte Koschnick in seinem Glückauf-Schreiben für den jüngsten Daimler-Sproß rückblikkend: „Zugegeben, arm ist Daimler-Benz ja nun wirklich nicht. Aber das, was wir originär zur Vermehrung der Arbeitsplätze bei Daimler-Benz getan haben, ist wenig im Verhältnis zu den Beträgen, die wir für die Sicherung vorhandener bremischer Arbeitsplätze bei Werften und Flugzeugbau ausgeben mußten und noch ausgeben. Vielleicht noch wichtiger ist: Das alles werden wir über den Mehrbetrag an Gewerbesteuer wiederbekommen."

Diese bedeutende Kapitalanlage zahlt sich aus. Je Mitarbeiter bringt sie jährlich rund 14 000 Mark in die leere Haushaltskasse: Die 7000 Mitarbeiter erwirtschaften pro Jahr 90 Millionen Mark für den Bremer Stadtsäckel. Allein die Gewerbesteuer ergab 1980 37 Millionen Mark.

„Daimler-Engagement ... Bremens Rettungsanker" verkündete eine Schlagzeile. Die Mercedes-Ansiedlung belebte denn auch den strukturschwachen Wirtschaftsraum in Bremen und im niedersächsischen Umland. Rund 1000 Firmen profitieren mehr oder weniger davon. Sie lieferten 1981 für 250 Millionen Mark an Daimler-Benz. Allein rund 30 000 Tonnen Stahl kaufen die Autobauer bei der Klöckner-Hütte in Bremen.

Neue Arbeitsplätze im Schatten der Autobauer

So haben auch die Erdarbeiten für die neue Produktionsstätte des Autositz-Herstellers Keiper Recaro an der Bremer Landesgrenze in Mahndorf begonnen. Dieses Unternehmen schafft damit zunächst 100 neue Arbeitsplätze. Weitere wichtige Firmen werden im Mercedes-Sog an die Weser schwimmen.

Der Bremer Senat schätzt, daß auf zwei Arbeitsplätze im Daimler-Benz-Werk eine weitere Stelle außerhalb in der Umgebung geschaffen oder erhalten wird. Trotz dieser Auswirkungen katapultierte sich das kleinste Bundesland mit einer Arbeitslosenquote von über 13 Prozent an die Spitze der arbeitsmarktpolitischen Problemregionen.

Dennoch haben die fleißigen Schwaben Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte für ihre beigebordeaux-getönten Gebäude und Hallen zu finden. Im Gespräch mit der WELT berichteten die Bremer Werkleiter, Kaufmann Wolfgang Schreck und Techniker Dietrich Zeyfang: „Etwa ein Drittel der neu Eingestellten ist aus anderen Regionen nach Bremen umgezogen."

Da wurden Facharbeiter aus dem 60 Kilometer entfernten Bremerhaven (Arbeitslosenquote 15 Prozent) mit Bussen nach Bremen geholt. Von 60 blieben nach einigen Wochen nur noch wenige bei der Stange. Die Probleme, geeignete Fachkräfte zu finden, werden noch größer. Mercedes will und muß bis 1984 die Belegschaft um 1000 neue Arbeitnehmer auf 8000 aufstocken.

Auch nicht alle Firmen in und um Bremen konnten mit eingebunden werden. So lehnte die Großwerft AG „Weser", die mit ihrem Schiffbaubetrieb schwere Stürme durchfahren muß, ein Angebot für Stahlbauarbeiten ab. Zu „unserem Bedauern" erteilten sie die Absage, am neuen Ausbildungszentrum mitzuarbeiten.

Die Zahl der Ausbildungsplätze auf dem Holter Feld ist inzwischen auf 300 gestiegen und wird auf 400 erhöht. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Schulung des Facharbeiter-Nachwuchses. Deshalb wurde das Ausbildungszentrum für neun Millionen Mark erweitert.

„Bremelfingen" schlägt sich auch in der Sprache nieder. An der Weser wird zunehmend geschwäbelt, und in Sindelfingen werden Einweisungen in die Arbeit am neuen Modell mit spitzer Zunge wiederholt. Ehe ein erfahrener Facharbeiter in der Hansestadt an die Taktstraße geht, hat er alle Handgriffe tausendfach geübt. Im Rahmen der Weiterbildung gibt es in- und extern über 80 Kurse.

Qualifizierte Mitarbeiter und die inzwischen unentbehrlichen Industrieroboter bestimmen das Arbeitsbild bei Mercedes. Noch allerdings wird im Bremen Osten in Halle 7 die Maschinerie zur Rohbaufertigung aufgestellt. Im Verbund werden ab Juni Einzelteile und Rohkarosserie für die laufende Produktionsnummer W 201 gebaut. Rechnergesteuerte Maschinen übernehmen dabei den Transport der Einzelteile von einer Fertigungsstufe zur anderen und die „Robbys" das Schweißen.

Superlative sind für die Automobilhersteller kein Fremdwort. Um die enormen Energiekosten zu drosseln, wurde ein einmaliges Fernwärmekonzept für den neuen Werksteil geschaffen und der alte Bereich angebunden. Eine Fernwärmetrasse verbindet das neue Nordwerk mit den Stadtwerken. Sozusagen als Abfallprodukt werden bei der Stromerzeugung für die Stadt gut zwei Drittel als Abwärme frei. Vorbildlich auch dabei der Aspekt des Umweltschutzes: mit der Fernwärmeschiene wurde ein eigenes Heizkraftwerk vermieden, das in einer dichtbesiedelten Stadt nicht ohne Geruchsbelästigung für die Einwohner arbeiten kann.

Bei der großen Protestwelle, die dem Mercedes-Ausbau voranging, standen Umweltprobleme ganz oben auf. Die Manager aus dem Schwabenland bauten vor. Sie bezogen in ihr Werkskonzept neue Lackmaterialien und neu entwikkelte Lackierverfahren ein. Weit über das normale Maß hinausgehende Regenerations- und Reinigungsprozesse werden angewendet. Selbst der TÜV bestätigte in einem Gutachten, „damit seien im Einwirkungsbereich erhebliche Belästigungen ausgeschlossen". Und in einer weiteren Expertise wird zu den Schallimmissionen festgestellt, „daß die zulässigen Immissionsrichtwerte um mindestens 2 dB (A) unterschritten werden".

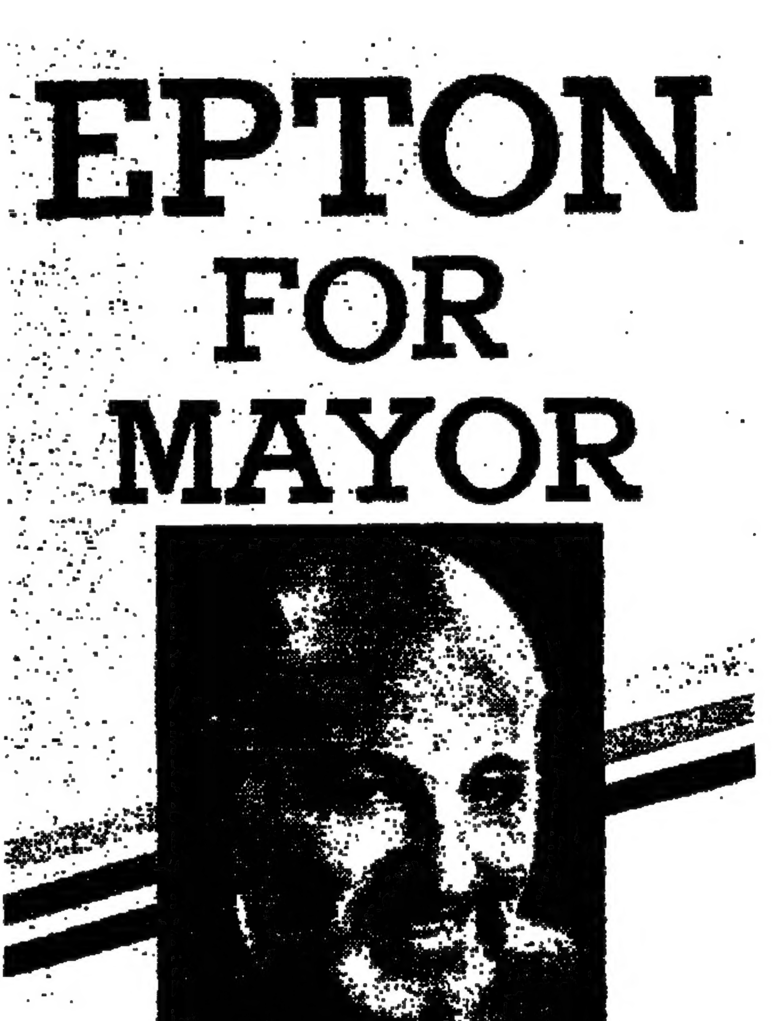
Dem weiteren Ausbau steht nichts im Wege

Inzwischen ist auch die Erweiterung von Daimler-Benz in Bremen gesichert. Den Schlußstrich zog das Bundesverwaltungsgericht am 20. April 1982. Es wies eine Beschwerde zurück. Dazwischen lagen rund 2000 Widersprüche gegen den Bebauungsplan und ein Musterprozeß vor den Verwaltungsgerichten, den 40 Betroffene wahrgenommen haben. Laut Bürgermeister Hans Koschnick sollen 1986 10 000 Menschen bei Mercedes Arbeit finden. So wird in Sebaldsbrück Bremer Automobil-Tradition fortgeführt. Schon 1938 wurde auf dem südlichen Werksgelände das Automobilwerk der Firma Carl F. W. Borgward eingeweiht. Doch nach dem Krieg konnte auch die schöne „Isabella" Borgward nicht retten, der 1961 in die Pleite fuhr. Rheinstahl Hanomag übernahm das Werk.

Ein neuer Abschnitt begann 1969 mit der Gründung der „Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke", an denen seinerzeit die Daimler-Benz AG zu 51 und Rheinstahl zu 49 Prozent beteiligt waren. Zwei Jahre später übernahm Daimler-Benz das ganze Werk. Schon damals wurden in Bremen in ca. 8 Jahren rund 187 000 Einheiten des im internen Sprachgebrauch P 14 genannten Leichttransporters gefertigt, bevor er 1977 durch die neue Mercedes-Benz-Transporterreihe ersetzt werden sollte. Diese Typen werden in einer jährlichen Stückzahl von über 50 000 Einheiten hergestellt.

Aber in der Hansestadt wurden und werden nicht nur Transporter gebaut. Seit 1978 laufen hier die Fahrzeuge der T-Reihe – der Mercedes-Personenwagen für Transport und Touristik – vom Band. Die Jahresproduktion beträgt fast 30 000 Stück.

Und ab 1985/1986 sollen 120 000 Wagen der neuen 190er-Klasse von den hochmodernen Bremer Fertigungsstraßen in alle Welt starten. Damit hat das Abenteuer Industrieansiedlung in Bremen seinen glücklichen Abschluß gefunden.



Die Frage lautet: Wird der Demokrat Herold Washington oder der Republikaner Bernard Epton Bürgermeister von Chicago? Doch in Wahrheit heißt sie: Regiert ein Farbiger die Stadt oder ein Weißer, der die Vorrechte der Weißen sichert? Die Antwort wird weit in die Bundespolitik ausstrahlen, denn verliert Washington, könnten die enttäuschten Farbigen einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen.



Fotos: Newsweek/Katherine Young

Chicago – Gemälde in Schwarz und Weiß

Von TH. KIELINGER

„Gauner", schrie es aus der Menge weißer Bürger, „Steuerhinterzieher". Harold Washington, farbiger Bürgermeisteramtskandidat in der Millionenstadt Chicago, Amerikas zweitgrößter Metropole, versuchte sich ein vergebendes Lächeln abzuquälen. Er und Walter Mondale ließen sich hastig an der aufgebrachten Zuschauergruppe entlang die Stufen der katholischen St.-Paschalis-Kirche hinabbegleiten, hin zu einer wartenden Limousine. Es war wie ein Spießrutenlaufen durch das Spalier von Haß und Verachtung.

„Mondale", schrie eine junge Frau namens Judy Hertagaard dem ehemaligen Vizepräsidenten nach, „warum trittst Du für Washington ein? Das einzige in diesem Wahlkampf, was für Dich offenbar zählt, ist die Stimme der Schwarzen. Alle Norweger schämen sich für Dich."

Dieses ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Stimmengewirr, das in diesen Tagen aus Chicago ans Ohr der Amerikaner dringt. Eine kleine Kostprobe aus einer schrillen Musik, in der sich amerikanische Kommunalpolitik, die Rassenfrage, der kommende Präsidentschaftswahlkampf und, last but not least, das Ansehen Chicagos selber wie wütend verquikken. Und dabei geht es „nur" darum, wer in der 3,5-Millionen-Stadt am Lake Michigan, im Bundesstaat Illinois, an diesem Dienstag zum Bürgermeister gewählt wird.

Die Frage nach der Macht im Rathaus von Chicago war fünfzig Jahre lang gar keine Frage. Es herrschte unverrückt und sichtlich unverrückbar die berühmte „Maschine" der demokratischen Partei, ein System geradezu landesnotorischer Ämterverfilzung und Patronage. Ihre Hochblüte erlebte diese Herrschaft unter dem legendären Richard J. Daley, Chicagos Bürgermeister von 1955 bis zu seinem Todesjahr 1976. Während sich im Lande insgesamt die Struktur der großen Parteien zu fragmentieren begann, das politische Establishment – im Gefolge der Vietnam- und Watergate-Erschütterungen – zerbrach, hielt Delay mit großer Virtuosität die Vielschichtigkeit Chicagos, seine Rassenspaltung und seine weiße-ethnische Vielfalt, zusammen.

Das Kompositionsprinzip war patriarchalisch oder, wenn man will, sonnenkönighaft: Die Spitze verteilte durch alle Ränge hindurch, koordiniert durch die Bosse der fünfzig „wards" oder Stadtbezirke, wer was an Gnade, Posten und Zutaten zu empfangen hatte.

Ganz oben teilte man die Funktionen streng nach den Majoritäten der Chicagoer weißen Einwanderer-Stämme: Der Bürgermeister stand den Iren zu, der Stadtsyndikus den Polen. Schließlich ist Chicago nach Warschau die größte polnischsprachige Stadt der Erde. Dank dieser starken Orientierung anhand von „neighborhoods", ethnographisch streng abgezirkelten Stadtteilen, in denen Polen, Iren, Griechen, Slaven, Balten, Skandinavier und andere ihre separate Kulturtradition pflegen konnten, erlebte Chicago im letzten Jahrzehnt nicht solche Flucht der weißen Bevölkerung an den Stadtrand, wie in den anderen US-Großstädten. Der farbige Bevölkerungsanteil ist zwar inzwischen auf 40 Prozent angewachsen; aber die Innenstadt wurde damit nicht zu einem farbigen Getto: Der Apparat der Demokraten, ein lückenloses System der Ämterpatronage, hielt die Weißen mit ihrer Stadt versöhnt.

Freilich zu einem hohen Preis: der faktisch vollzogenen Rassentrennung. Die Farbigen, obwohl ein immer wichtigeres Potential im Wählerbecken der Demokraten, wurden mit zweitklassigen kommunalen Dienstleistungen abgespeist.

Das demokratische Lager spaltete sich in drei Teile

Diesen Hintergrund muß man im Auge behalten, will man verstehen, was in diesen Wochen in der „windy city" vor sich geht. Die Tage von Richard Daley sind lange her. Jane Byrne, Bürgermeisterin seit 1979, hielt den „Apparat" nur noch mühsam zusammen. Im Vorwahlkampf, vom Februar dieses Jahres, spaltete sich das demokratische Lager bereits in drei Teile: auf die regierende Bürgermeisterin, auf den Daley-Sohn, Richard junior, und den farbigen Kandidaten, Harold Washington. Entscheidender war, daß sich der weiße Stimmenanteil spaltete, auf Byrne und Daley. So konnte der sechzigjährige Harold Washington, ein langjähriges Mitglied im Repräsentantenhaus des Bundesstaates Illinois, mit nur 36 Prozent der Stimmen den Sieg davontragen und zum automatischen Vertreter seiner Partei im Kampf um das Bürgermeisteramt avancieren.

Das Geheimnis von Washingtons Wähleranteil: Zu 84 Prozent stützte es sich auf Stimmen der farbigen Bevölkerung. In einer noch nie erlebten Kampagne der Solidarität hatten die farbigen Kommunalpolitiker ihre Mitbürger gleicher Hautfarbe veranlaßt, sich erstens als Wähler registrieren zu lassen und zweitens ihre Stimmen dem farbigen Kandidaten zu geben.

Daleys Erbe in der Hand eines Farbigen? Dagegen rebelliert jetzt die weiße Mehrheit Chicagos. Ja, selbst die 50 Bezirksbosse, die sonst die Zustimmung ihrer Schutzbefohlenen für den Kandidaten der eigenen Partei auf Silbertellern zu servieren pflegten, müpfen auf. Acht unter ihnen haben sich bereits offen für den Bürgermeister-Anwärter der Republikaner ausgesprochen, Bernard Epton, einen jüdischen Rechtsanwalt und Millionär. Der Vorgang signalisiert eine Revolution. Epton, eine milde Erscheinung und so sozialliberal eingestellt, daß es den Reagan-Leuten schon angst wird, weiß den Wähler-Zustrom zu schätzen. „Selbst wenn ich mich anstrenge – ich finde in Chicago gar nicht genügend Republikaner, auf die ich mich stützen könnte", sagte er mit durchaus korrekter Ironie. Chicago – das ist Hochburg der Demokraten; hier kandidierten Republikaner immer nur wie zum Witz.

Doch die Rollen sind jetzt neu verteilt, Chicago kennt offensichtlich keine Parteien mehr, es kennt nur noch den Unterschied der Hautfarbe. Das klingt aufwiegelnd – und hat doch einen sehr handfesten zusätzlichen Hintergrund. Harold Washington, auf den sich die Hoffnungen seiner Anhänger so glühend konzentrieren, ist nicht irgendein farbiger Kandidat. Er genießt nicht den uneingeschränkten Zuspruch der Landesmedien, die sonst dem Fortschritt der Schwarzen in den amerikanischen Kommunen – 223 Gemeinden und Städte – werden heute schon von farbigen Bürgermeistern geleitet – fast uniform Beifall spenden.

Der Grund: Harold Washington ist mit dem Gesetz in Konflikt gewesen, er ist vorbestraft. Epton, sein republikanischer Gegner, schlachtet das in seinen Fernsehspots ungeniert aus. Ein Gericht stellte Anfang der 70er Jahre fest, daß Washington neunzehn Jahre hintereinander keine Steuern gezahlt hatte; für vier dieser Jahre wurde er belangt und zu 36 Tagen Haft verurteilt. Zusätzlich verlor er zwischen 1970 und 1975 seine Anwaltslizenz, weil er Gebühren von fünf potentiellen Klienten eingezogen hatte, deren Fälle – Ehescheidungen, Verkehrsdelikte – er dann nicht vertrat.

Bei der Beantragung um Neuzulassung passierten ihm dann weitere „Vergeßlichkeiten", wie er heute sagt: er hatte Schulden nicht rechtzeitig zurückgezahlt, und die daraus resultierenden Rechtskonflikte nicht ordnungsgemäß aufgeführt.

Aber in Chicago, wo man sonst eher zwei Augen als nur eines zudrücken würde, erschweren diese Dinge Washingtons Kandidatur und vermischen sich mit der latenten Rassen-Thematik zu einem unerquicklichen Gebräu. Nur mit geringem Erfolg schlägt der farbige Politiker zurück. Auch Epton, sein Kontrahent, habe ein „Vorleben"; zweimal mußte dieser sich in psychiatrische Behandlung begeben; aber es sei nur wegen des Verdachts auf eine psychosomatische Störung gewesen, sagt der Angeschuldigte.

Die Prominenten blicken auf das Wahljahr 1984

Es fällt ihm nicht schwer, diesen Fleck von seiner Weste zu entfernen, während Washington einfach kein Reinigungsmittel für sein spezifisches Problem zu finden scheint.

Dennoch haben die großen Namen im nationalen Feld der demokratischen Partei, haben ein Mondale, Kennedy, Glenn es nicht unterlassen, sich an der Seite Harold Washingtons zu zeigen. Zu viel steht, im Blick auf das Wahljahr 1984, auf dem Spiel. Wenn Washington in Chicago verliert, ist so gut wie sicher, daß die Farbigen in eine offene Rebellion gegen die Demokraten, ihre traditionelle Heimat, ausbrechen. Sie machen auf Landesebene 20 Prozent des demokratischen Wählerstammes aus, und glauben, dafür genau so wenig an Vorteilen eingesammelt zu haben, wie in der Stadt Chicago selber.

Schon hört man davon, daß ein Schwarzer als Präsidentschaftskandidat antreten könnte, um die Interessen seines „Klientels" besser profilieren zu können. Man braucht nicht lange zu überlegen, um zu erkennen, daß von solcher Kandidatur der Spaltung das Lager der Republikaner nur profitieren könnte: Ronald Reagans Wiederwahl wäre gesicherter denn je.

Freilich, die ethnisch stark ausgeprägte weiße Bevölkerung Chicagos hegt gegen die einfliegenden Großkopfeten nur Widerwillen. Es stärkt nur ihre Neigung zu Bernard Epton, der in normaleren Zeiten ein hoffnungsloser Außenseiter gewesen wäre. Harold Washington selber hat wenig getan, die Rassenbarrieren in seiner Stadt zu überwinden. Er appelliert fast ausschließlich an die Wähler der eigenen Hautfarbe. Das wiederum erzeugt Angst unter den Weißen, die – mit Recht – glauben, daß die Jahre der Bevorteilung für sie mit einem Sieg Washingtons zu Ende gehen könnten.

Kronawitter bekam den Aufpasser mitgeliefert

Die Münchener Genossen setzen auf den ehemaligen OB

PETER SCHMALZ, München

Artig meldete sich eine junge Genossin, stand auf und rief nach vorn zum Präsidiums-Podium: „Ich bin dafür, daß eine Diskussion stattfindet." Aber der Ruf verhallte ungehört im Münchener Löwenbräu-Keller. Den Münchener Sozialdemokraten war die Lust am Diskutieren vergangen. Schweigend fügten sie sich ins Unvermeidliche, das für sie darin bestand, einen Mann, den viele von ihnen gar nicht mögen, zum Oberbürgermeister-Kandidaten zu küren, weil ihn angeblich so viele Münchener mögen.

Und weil ein Schmerz am leichtesten zu ertragen ist, wenn möglichst wenig Worte darum gemacht werden, nahmen die einst streitwilligen Münchener Genossen ein Verfahren hin, das sie beim politischen Gegner mit Hohn und Spott quittiert hätten. Drei Kandidaten standen zur Wahl, aber nur einer durfte es werden: Georg Kronawitter, bis 1978 letzter Münchener SPD-Oberbürgermeister, der Partei dann nicht mehr vermittelbar und nun doch ihre letzte Rettung.

Um seine Wahl nicht zu gefährden, hatte der findige Unterbezirksvorsitzende und Kronawitter-Unterstützer Hans-Günter Naumann den listigen Plan ausgeheckt, der jede Diskussion unterbindet: Jeder Kandidat durfte sich 15 Minuten mit eigenen Worten vorstellen und dann zwei Vertraute benennen, die für ihn jeweils fünf Minuten sprechen.

Da blieb keine *Zeit* für die Nachfrage, ob der „Schorsch", wie Kronawitter unter Freunden gerufen wird, für den ziemlich unwahrscheinlichen Fall, daß er im nächsten Jahr erneut zum Oberbürgermeister gewählt wird und die CSU-Regentschaft in der Münchener Nachkriegszeit auf eine sechsjährige Episode begrenzt bleibt, tatsächlich aus dem Kernenergie-Vertrag über das Werk Ohu II. aussteigt, der doch seine Unterschrift trägt. Und ob er tatsächlich den Radikalenerlaß für städtische Beamte fast ausnahmslos kippen wird, wie das im neuen kommunalpolitischen Leitpapier der SPD gefordert wird. Und ob er tatsächlich München zur atomwaffenfreien Zone erklären will.

Für solche Fragen blieb keine Minute im ausgeklügelten Abstimmungskonzept. Nur Mitbewerber Manfred Schmidt, der bei der Bundestagswahl in München-Mitte das einzige bayerische Direktmandat für die SPD sicherte und der dennoch im Löwenbräu-Keller nur ein Zählkandidat war, ließ einige Seitenhiebe auf Kronawitter los: Ob die Partei wirklich jemanden brauche, der ein Buch gegen eben diese Partei geschrieben hat? (Unter dem Titel „Mit allen Kniffen und Listen" hatte Kronawitter mit den Parteilinken abgerechnet.) Und ob es nicht die falschen Personalentscheidungen von 1972 waren, die den SPD-Dauerkonflikt genährt und der CSU die Stadt schließlich „auf einem silbernen Tablett" geliefert haben? (Damals war Schmidt bei der OB-Frage gegen Kronawitter mit nur 16 Stimmen unterlegen.)

Aber der Parteitag wollte davon nun nichts mehr hören, und auch Schmidt tat seine Kritik nur als Kosmetik des schlechten Gewissens ab: „Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als sei nie etwas gewesen und daß man hier nur Theater aufführt." Die Regie hatte dann aber doch alles fest im Griff, und Kronawitter siegte schon im ersten Wahlgang mit 123 von 239 gültigen Stimmen. Schmidt kam auf 45, Kronawitters schärfster Konkurrent Klaus Hahnzog auf 70.

Schmidt kandidierte dann nicht *mehr für die Stadtratliste, er bleibt* im Bundestag. Hahnzog aber wird auf der SPD-Liste nach Kronawitter auf Platz zwei stehen. 200 haben für ihn, nur 29 gegen ihn gestimmt. Hahnzog ist der Autor der linkslastigen Kommunalleitlinien, er wird der ideologische Aufpasser des OB-Kandidaten sein. Ob hier neuer Konfliktstoff gelegt wurde, interessierte die SPD vorerst nicht. Sie baut nun auf die Außenwirkung der Kronawitter-Wahl. „Das ist der Beweis der Geschlossenheit und das Signal, daß es wieder aufwärtsgeht", jubelte der südbayerische SPD-Vorsitzende Jürgen Büdrich. „Mir ist ein Felsbrocken vom Herzen gefallen. Draußen haben sie doch alle auf uns geschaut."

Klare Mehrheit für den neuen Kurs der Mitte

Müller-Link neuer Hamburger FDP-Vorsitzender

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nach heftigen internen Auseinandersetzungen, wie sie seit Jahren für die Elbliberalen charakteristisch sind, hat die Hamburger FDP am Wochenende eine neue Führung erhalten: Zum Landesvorsitzenden und Nachfolger des ausscheidenden Informatik-Professors Klaus Brunnstein wurde der 62jährige Rechtsanwalt Peter-Heinz Müller-Link gewählt. Der frühere Bausenator und ehemalige FDP-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft hatte keinen Gegenkandidaten. Er erhielt bei zehn Gegenstimmen und elf Enthaltungen 77 von 98 Stimmen. Der neue Parteichef, ein Mann der „alten Garde", zählt zum Mitte-Rechts-Flügel der Liberalen in der Hansestadt. Seine Wahl zum Landesvorsitzenden ist Ergebnis und Schlußpunkt der Abkehr vom Linksliberalismus, den die Hamburger FDP seit gut einem Jahr vollzogen hat.

Müller-Link war schon von 1953 bis 1966 stellvertretender Landesvorsitzender und gehört seit 1953 mit einer vierjährigen Unterbrechung als Präses der Baubehörde bis 1974 dem Hamburger Landesparlament an. Vom Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden war er 1966 zurückgetreten, weil die Partei entgegen seiner Empfehlung vor der damals bevorstehenden Bürgerschaftswahl auf eine Koalitionsaussage zugunsten eines neuen Bündnisses zwischen SPD und FDP verzichtet hatte. Für seine bevorstehende zweijährige Amtszeit als Landesvorsitzender kündigte Müller-Link vor den Delegierten an, er werde versuchen, die Partei nach den innerparteilichen Streitereien und den schweren Wahlkämpfen der vergangenen Monate zu konsolidieren und auf künftige Parlamentswahlen vorzubereiten. Müller-Link bekannte sich ausdrücklich zum Koalitionswechsel der FDP in Bonn.

Zu einer persönlichen Enttäuschung wurde der Parteitag für den FDP-Spitzenkandidaten bei der vergangenen Bürgerschaftswahl vom 19. Dezember vorigen Jahres: Der 54jährige Arzt und – wie Müller-Link – Ex-Bausenator Rolf Bialas erlitt bei der Wahl der insgesamt drei stellvertretenden Landesvorsitzenden eine empfindliche Niederlage: Er erhielt nur 19 von 99 Stimmen. Mit 56 von 95 Stimmen wählten die Delegierten statt dessen den 63jährigen Bauunternehmer Robert Vogel zum Stellvertreter Müller-Links. Vogel bekannte sich in einer kurzen Ansprache zur sozialen Marktwirtschaft, sprach sich jedoch gegen einen reinen Wirtschaftsliberalismus aus. Komplettiert wurde das Dreier-Gremium der stellvertretenden Landesvorsitzenden vom Parteitag mit der Hausfrau Ursula Holzinger und der Juristin Renate Damm.

Mit diesen Personalentscheidungen ist die eindeutige Vorherrschaft des Mitte-Rechts-Flügels im Hamburger FDP-Landesvorstand von den Delegierten fest verankert worden. Der im Dezember aus Protest gegen den Koalitionswechsel der FDP im Bund als stellvertretender Landesvorsitzender zurückgetretene Linksliberale Martin Kirchner gehört dem Landesvorstand jetzt nur noch als einer der sechs Beisitzer an.

Der seit 1979 amtierende bisherige Parteichef Klaus Brunnstein rief die FDP in seinem Rechenschaftsbericht zu einem Neubeginn auf. Angesichts des Verlusts aller Mandate auf kommunaler, sowie auf Bundesebene bei den beiden Bürgerschaftswahlen und der Bundestagswahl vom 6. März müsse es nun darum gehen, „aus den Trümmern die Träger und Türen zu sammeln, die zu retten wert sind". Nach den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate um die Bonner Wende der Partei müsse die Hamburger FDP jetzt eine solidarische, aber auch kritische Übereinstimmung mit der Bundespartei anstreben und dürfe sich nicht auf den Irrweg der Bildung von Gruppen und Grüppchen begeben. Das Ergebnis der Bundestagswahl, bei der die Hamburger FDP 6,3 Prozent der Zweitstimmen erzielte, hat den Liberalen nach Brunnsteins Auffassung zwar wieder Auftrieb gegeben; der Erststimmenanteil von 2,2 Prozent sei jedoch enttäuschend gewesen. Bei den Bürgerschaftswahlen des 6. Juni und des 19. Dezember hatten sich nur 4,9 und dann nur noch 2,6 Prozent der Hamburger Wähler für die FDP entschieden. Der linke Flügel der Partei ist seither durch zahlreiche Austritte auf einen Rest zusammengeschrumpft.

Biedenkopf sucht jetzt die Kraftprobe mit Bernhard W

Westfälischer CDU-Landesvorstand einberufen / Kohl favorisiert den B

Von WILM HERLYN

Viel Erholung hat sich Kurt Biedenkopf in seinen Osterferien nicht gegönnt. Von seinem Domizil im Schweizer Skizentrum am Corvatsch schrieb er Briefe an einzelne Parteifreunde nach Hause: „Die Personalfrage muß jetzt geklärt werden." Und wenn diese Notiz des Chefs der Westfalen-CDU an Mandatsträger des rheinischen Schwesterverbandes gerichtet ist, setzte er hinzu: „Ich hoffe, dies wird unsere Zusammenarbeit nicht trüben."

Die Sorge, die den Düsseldorfer Fraktionsvorsitzenden der CDU-Opposition im nordrhein-westfälischen Parlament umtreibt, ist die Nominierung des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 1985. Es ist vor allem die Sorge um seine politische Zukunft, die er selbst spätestens seit 1980 im volkreichsten Bundesland sieht.

So mußte es Biedenkopf um so mehr treffen, daß der Chef der rheinischen CDU, Bernhard Worms, immer deutlicher erkennen ließ, daß auch er die Rolle des Herausforderers von Johannes Rau, dem absoluten Sieger der Wahl von 1980, beansprucht.

Im vergangenen Herbst klagte Biedenkopf vor Freunden: „Hätte ich's gewußt, daß der Worms darauf so erpicht ist, dann hätte ich mir noch intensiver überlegt, ob ich mich auf die Landesliste der Bundestagswahl hätte setzen lassen sollen."

Natürlich hatte Biedenkopf mit diesem Gedanken gespielt, ihn aber alsbald verworfen. Ihn drückt, daß er – ungerechtfertigt – in den Ruch gekommen ist, er sei unstet, schiele von diesem zu jenem Posten, wolle immer mehr, als er gerade habe. Darum auch meldete er schon früh „Besitzansprüche" an:

Schon im Herbst 1980 sah er sich als der auserkorene Spitzenkandidat der rheinischen und westfälisch-lippischen CDU, und er posaunte diese Überzeugung mit dem Brustton der Überzeugung ins Land. Dabei wischte er nicht nur die Empfindlichkeiten der Rheinländer und „seiner" Westfalen beiseite. Er versuchte vor allem, ohne Quorum der Basis vollendete Tatsachen zu schaffen. Er wähnte sich durchaus im Recht: Denn nach dem überraschenden tödlichen Herzinfarkt des rheinischen CDU-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Heinrich Köppler mitten im Wahlkampf 1980 mußten die beiden Landesverbände sich auf ein schnelles Procedere einigen: In der *sogenannten 300-Versammlung, in* der Mandatsträger und Delegierte eine Klammer bilden zwischen den beiden Landesverbänden, wurde die bisherige Nummer Zwei – Kurt Biedenkopf – als Präsidiumsvorsitzender gewählt. Die Öffentlichkeit meinte daraufhin, dieses Gremium hätte ihn eindrucksvoll mit fast hundertprozentiger Zustimmung auch automatisch zur Nr. 1 für die Wahlen bestimmt. Weit gefehlt:

Auch Dufhues 1967 und im zweiten Anlauf Lenz 1968 hatten sich von der durch das Parteiengesetz gar nicht autorisierten 300-Versammlung zum Spitzenkandidaten ausrufen lassen – und sie wurden es dennoch nicht. Denn allein berechtigt ist – nach Satzung und Übereinkunft der beiden –, häufig in Fehde liegenden Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe – nur die sogenannte 120-Versammlung aus Mandatsträgern, die ein Jahr vor den jeweiligen Landtagswahlen auf Vorschlag der beiden Landesvorstände den Spitzenkandidaten bestimmt.

Es ist nun leichtfertig von den Rheinländern zu glauben, Biedenkopf kenne diese Usancen nicht. Natürlich kann er den Wert der 300-Versammlung als Akklamationsverein einschätzen, natürlich weiß er, daß nur das 120-Gremium die Liste vor jeweiligen Wahlen nach dem Parteiengesetz zusammenstellen kann. Wenn der listige Professor sich dennoch auf das – angebliche – Votum aller rheinischen und westfälisch-lippischen Delegierten beruft, dann tut er es



Die Kontrahenten: Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf

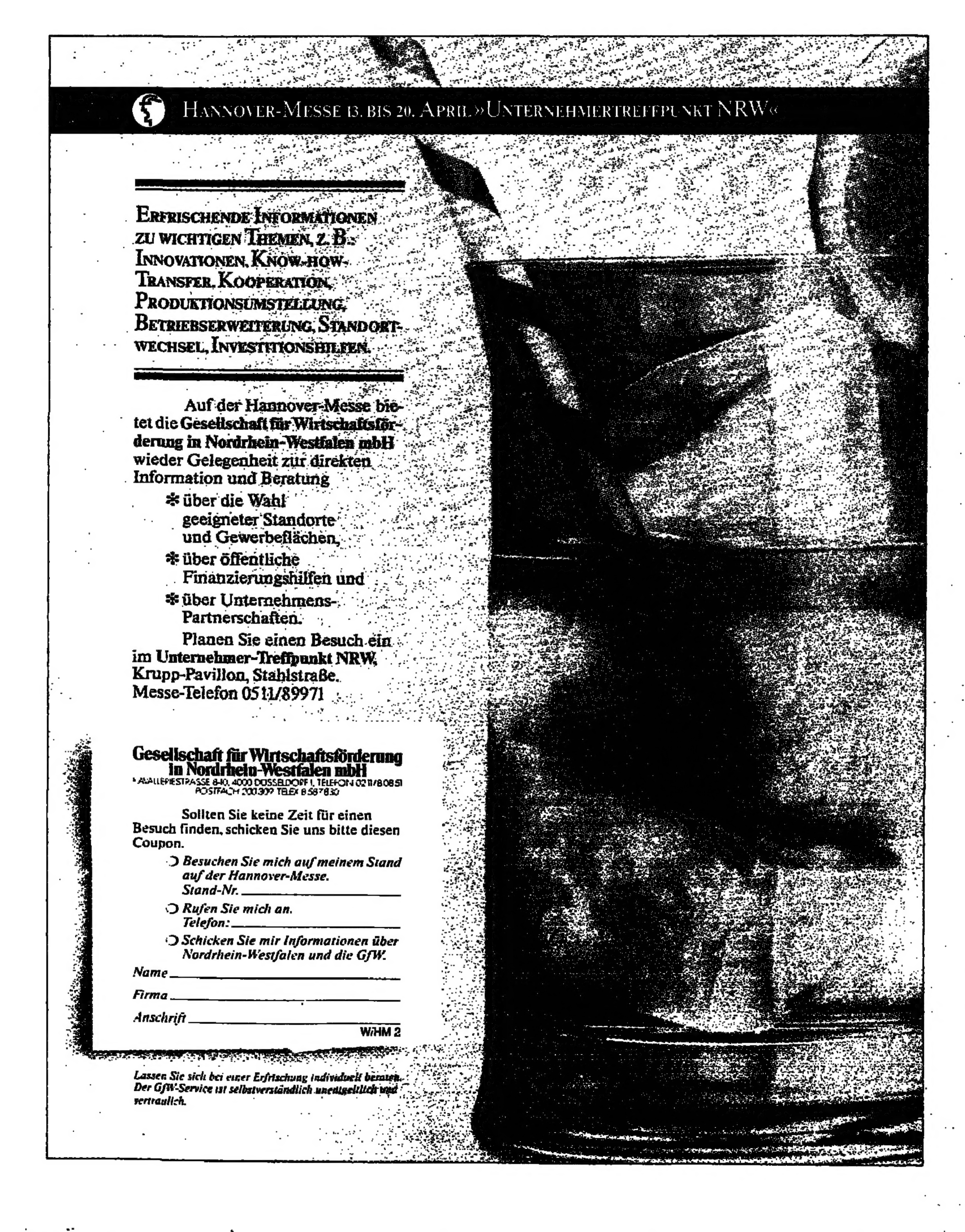
vor allem, um die Rheinländer in Zugzwang zu setzen. Das Quorum der 300er wie seine unbestrittene Sachkompetenz verschaffen ihm den Vorteil, der ihn in seinem Streit gegen Köppler verlieren ließ: Heinrich Köppler konnte im Dezember 1979 noch sagen: „Soll doch Biedenkopf den Fehdehandschuh werfen – ich nehme ihn auf." Nimmt ihn nun Bernhard Worms wirklich auf?

Der ehemalige Referent von Ministerpräsident Franz Meyers wirkt gerne „vor Ort", nicht vordergründig publicitywirksam, er zieht lieber die Fäden im Hintergrund. Er „baggert an der Basis", dieser Landrat aus Pulheim bei Köln. Er verleugnet seine rheini*sche Bodenständigkeit nicht und* bleibt übervorsichtig: Jeder weiß – einschließlich Biedenkopf –, daß er antreten wird, aber er sagt – bisher – nur: „Ich stelle mich jeder demokratischen Abstimmung." Worms, der Rückversicherer, will beides: Basis und Führung. Kein Wunder, daß er erst zu Helmut Kohl ging, um zu fragen: „Sind Sie einverstanden, wenn ich im Rheinland als Nachfolger von Köppler kandidiere?" Kein
daß dieser W
nacht des 6.
galow mitfei
schon auf der
seldorf war.
mut Kohl – s
dem Rheinlä

Für Kurt B
nur den We
seiner Rück
geht, nachd
auch Krach
vorsteht: Vo
seiner westfä
wird er in D
Friedrich V
Staatssekret
leramt und
fragen: „Wo
Juli gegen
zender der
antreten?"
re werden
schend ein
zung erklä
das sind
westfälisc
kopf nun
danken k
ensfrage
seinem V
Spitzenk
ihn scho
diesem
zwei Dr
nen kan
wenn die
tätisch b
gegen ihn
Auch in e
Gremium
den je 2
Vorständ
Landtags
kopf kein

Und do
Chef auf
am 7. Mai
ten für d
Ende des
det, um di
präsidium
ohnehin e
drängen nic
Berliner Re
ster Richard
dern auch B
glied bleiben,
werden. Beiden
einer es schaffen
„Verlierer" hätte
Abstimmung über
platz bei der NRW-Wa
erhebliche Blessur.
scheint schon jetzt fes
Die Rheinländer paktieren
Niedersachsen, den Hess
Baden-Württembergern un
Mannen um Bernhard Vog
der Pfalz für Worms (und für W
säcker).

In Bonn – so scheint es – sieht man weiter als über den Horizont von Rhein und Ruhr: In dieser Woche wird sich Helmut Kohl, bevor er am Donnerstag in die USA fliegt, mit Biedenkopf unterhalten. Nicht ausgeschlossen ist, daß dabei die Weichen für den Zug in Richtung EG, Weltbank oder OECD gestellt werden.



„Moskau will Bonn gefügig machen"

Mertes warnt die SPD vor irreführenden Begriffen wie „Sicherheitspartnerschaft"

BERNT CONRAD, Bonn

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), hat der Sowjetunion vorgeworfen, „ein präventives Wohlverhalten und eine zunehmende Gefügigkeit Westdeutschlands gegenüber dem politischen Einflußstreben Moskaus" *zum* Ziel *zu haben*. „Die militärische Machtentfaltung der Sowjetunion steht im Dienste dieses politischen Konzepts. Das heißt: Konventionelles und eurostrategisches Übergewicht sollen die Fähigkeit zu Verängstigung und Einschüchterung, zu Druck und Drohung bis hin zu ultimativer Erpressung schaffen", erklärte Mertes in einem Grundsatzartikel der Zeitschrift „Europa-Archiv".

Nach Ansicht des Unionspolitikers müssen die Bundesregierung und die Parteien diese weiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr erkennbaren Zusammenhänge wieder stärker deutlich machen. Mertes meinte, viele Menschen in Westeuropa und in USA sähen „das Risiko der atomaren Selbstvernichtung makroskopisch groß, hingegen das Risiko der schleichenden Selbstunterwerfung Westeuropas mikroskopisch klein, obwohl es das eigentliche Sicherheitsrisiko darstellt". Tatsächlich wolle Moskau aus elementarem Eigeninteresse weder das Risiko der Selbstvernichtung noch das der Zerstörung Deutschlands, sondern erstrebe einen „politischen Sieg im atomaren Frieden". Das bedeute, die östlichen und die westlichen Konzepte der „Friedensgestaltung" seien in hohem Maße unvereinbar.

Angesichts dieser Lage hält der Staatsminister die Praxis der SPD, das Verhältnis zur Sowjetunion mit dem Begriff „Sicherheitspartnerschaft" zu kennzeichnen, für unzulässig und gefährlich. Nicht von ungefähr habe SED-Chef Erich Honecker den Begriff übernommen und wolle ihn als Kernelement der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" verstanden wissen.

Früher, so betonte Mertes, hätten alle Bundesregierungen das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zum Atlantischen Bündnis als „Sicherheitspartnerschaft" empfunden. Helmut Schmidt und die SPD hätten diese Charakterisierung dann auch auf die Ost-West-Beziehungen übertragen. Eine verbale Gleichstellung solcher Art führe jedoch die deutsche Öffentlichkeit in die Irre, sie stifte Verwirrung in Europa und Irritation in den Vereinigten Staaten. Denn sie suggeriere dem politischen Gefühl „jene Äquidistanz, die den ethisch-politischen Wertgrundlagen unserer Allianz zuwiderläuft und sie auf die Dauer aushöhlt".

Eine griffigere Kurzformel des politischen Neutralismus als das gleiche Wort „Sicherheitspartnerschaft" für die West- und die Ost-Politik Bonns gibt es nach Ansicht des CDU-Politikers nicht. „Denn der Weg von der verbalen Gleichbenennung zur inhaltlichen Gleichbewertung ist nicht weit."

Mertes bezeichnete es als unverantwortlich, programmatische Aussagen über die politische Funktion militärischer Potentiale im Warschauer Pakt wie jene des „DDR"-Verteidigungsministers Heinz Hoffmann zu überhören: „Bis jetzt kennt die Geschichte tatsächlich keinen Fall, in dem eine sozialistische Revolution zum Siege geführt worden wäre, ohne daß die Kanonen ihr Machtwort gesprochen hätten oder ohne daß sie mindestens gerichtet und geladen waren."

Nun haben auch die Chinesen abgesagt

Zur Marx-Konferenz kommt die zweite Garnitur / Hoffnungen der SED enttäuscht

hrk. Berlin

Wenn Erich Honecker heute um 10 Uhr im „Palast der Republik" die „Internationale Karl-Marx-Konferenz" eröffnet, haben sich die Hoffnungen der SED, durch prominente Teilnehmer auch aus der westlichen Welt, einschließlich der deutschen Sozialdemokraten, neue Reputation zu gewinnen, nicht erfüllt. Die chinesischen Kommunisten mißachten das Ostberliner Treffen ebenso wie die französischen Sozialisten.

Selbst die lange gehegte Annahme, Generalsekretär Jurij Andropow werde die Gelegenheit nutzen, um seinen ersten „DDR"-Besuch nach dem Moskauer Machtwechsel zu absolvieren, zerschlug sich. Die KPdSU wird voraussichtlich Politbüromitglied Konstantin Tschernenko als Delegationsleiter schikken.

Auch die italienischen Kommunisten, größter KP-Zusammenschluß in Westeuropa, setzen nicht Generalsekretär Enrico Berlinguer nach Ost-Berlin in Marsch, sondern lassen den Chef der KPI-Auslandsabteilung und den Leiter der Kulturabteilung der Partei nach Ost-Berlin fliegen.

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas – sämtlich eingeladen – können allemal Termingründe für etwaige Absagen vorschützen. Denn in Portugal tagt unter dem Vorsitz von Willy Brandt die „Sozialistische Internationale".

Im Karl-Marx-Jahr hatte die SED-Führung insgeheim auch mit zugkräftigen Namen an der Spitze einer SPD-Abordnung gerechnet. Namen wie Brandt, Helmut Schmidt und Egon Bahr machten im Vorfeld in Ost-Berlin als Wunschdenken die Runde. Wie die WELT berichtete, kommen jedoch nur der Direktor des Marx-Hauses aus Trier, Hans Pelger, und Abteilungsleiter Wilhelm Bruns von der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Bonn.

Die insgesamt 140 Delegierten wohnen im Interhotel „Palast" vis-à-vis dem Tagungsgebäude. Sämtliche Reise- und Aufenthaltsspesen zahlt die „DDR". In Ost-Berlin sind zahlreiche Sicherheitskräfte zusammengezogen worden. Wie schon beim SED-Parteitag im April 1981 – dem letzten großen politischen Ereignis im „Palast der Republik" am Lustgarten – muß am Montag in der Ostberliner City während der Anfahrt der Delegationen mit Absperrmaßnahmen gerechnet werden.

Sämtlichen Delegationen – auch den westlichen – ist seitens der Gastgeber zugesichert worden, ihre Redebeiträge anderntags im vollen Wortlaut im SED-Blatt „Neues Deutschland" zu veröffentlichen. Für die zahlreichen Journalisten wurde – erstmals seit den Besuchstagen von Helmut Schmidt am Werbellinsee – ein Pressezentrum eingerichtet.

Lech Walesa mit „Freiheitspreis" ausgezeichnet

gtm./DW. Stockholm/Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist am Wochenende in Stockholm mit dem von der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter" und der dänischen Zeitung „Politiken" gestifteten „Freiheitspreis" ausgezeichnet worden. Der Preis wurde ihm als „Anerkennung für seinen Kampf um die Menschenrechte" verliehen, sagte der Chefredakteur von „Dagens Nyheter", Arne Ruth.

Walesa blieb der Preisverleihung fern, da ihm das Warschauer Regime die Ausreise offiziell nicht genehmigen wollte und er befürchten mußte, nach illegaler Teilnahme an der Preisverleihung bei seiner Rückkehr an der Grenze abgewiesen zu werden. Für ihn nahm das jetzt in Brüssel ansässige Mitglied der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Jerzy Milewski, den mit 15 000 Mark dotierten Preis entgegen.

Diese Summe will Walesa für die Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens in Polen zur Verfügung stellen. In einer Dankadresse erklärte er, die Ideen der „Solidarität" hätten nichts an Aktualität verloren, weswegen er nicht untätig sein könne.

Ruth teilte mit, der Preis solle künftig an Persönlichkeiten verliehen werden, die für die Ideale der polnischen Bewegung eintreten – für Demokratie, Gerechtigkeit, Pluralismus, Toleranz und Achtung der Menschenwürde. Der ungarische Schriftsteller György Konrad betonte, im osteuropäischen Freiheitskampf hätten die sozialistische Arbeiterbewegung, die christliche Ethik, die liberale Demokratie und das nationale Selbstbewußtsein eine Synthese gefunden.

In Polen haben am Wochenende die Feiern zum 40. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Getto begonnen. Marek Edelman, der einzige noch lebende Führer des Aufstandes, weigerte sich, an den offiziellen Feiern teilzunehmen. Edelman, heute Kardiologe in Lodz, war als Mitglied der „Solidarität" nach Verhängung des Kriegsrechts zeitweilig interniert. In Flugblättern ist für kommenden Sonntag zu unabhängigen Feiern an den Gedenkstätten des Gettos aufgerufen worden.

Im Zusammenhang mit dem Papst-Besuch am 18. Juni in Polen sind jetzt zahlreiche Reserveoffiziere der Streitkräfte, des Sicherheitsdienstes und der Polizei für den 1. Juni zu „Übungen" einberufen worden.

Streikaufruf in Estland irritiert die Sowjets

KP-Chef Vaino fordert wachsame Betriebe und Schulen

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

In der Sowjetrepublik Estland ist es im vergangenen Winter zu „ernsten politischen Problemen" und zu einer „schmutzigen Streikhetze" nach dem Vorbild der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" gekommen. Dies erklärte der KP-Chef Estlands, Karl Vaino, in einem Aufsatz der Moskauer ideologischen Zeitschrift „Kommunist". Im Dezember haben demnach „ideologische Feinde" des Sowjetsystems, die aus dem Ausland dirigiert und unterstützt wurden, den Versuch unternommen, einen großen Streik in Estland auszurufen.

Die Aktion habe begonnen, indem zahlreiche Briefe an Bewohner der estländischen Hauptstadt Tallinn (Reval) gesandt wurden. In diesen Briefen hieß es: „Lies und gib weiter!" Die Bewohner wurden aufgefordert, an ihrem Arbeitsplatz in Form einer „stillen halben Stunde" in den Streik zu treten. Die Absicht der Organisatoren sei gewesen, in Zukunft in Estland an jedem ersten Tag eines Monats eine halbe Stunde lang zu streiken. Die „feindliche Aktion" habe aber ein Fiasko erlitten, behauptet Parteichef Vaino, weil die estnischen Arbeiter den „schmutzigen Charakter" dieser Provokation durchschauten.

Vaino sagt ferner, daß die „imperialistischen Kräfte und die westliche Reaktion" ihren psychologischen Krieg und ihre konkrete feindselige Aktivität vor allem auf Estland konzentrierten. Die Sowjetmacht sei in Estland erst 1940 errichtet worden. Die „Imperialisten" rechneten damit, daß es in Estland noch Menschen gebe, die von der „bourgeoisen" Republik der Zwischenkriegszeit geprägt und daher von der bürgerlichen Ideologie beeinflußt seien.

Estland sei 1944 von der Roten Armee befreit worden, schreibt Vaino. Damals seien vor der Sowjetmacht die „Fabrikanten, Kaufleute, Großbauern, bourgeoisen Beamten und Hitler-Lakaien" geflüchtet. Diese hätten vor allem in Schweden ihre Emigrantenorganisationen gegründet, welche sich im Dienste der „antikommunistischen imperialistischen Spionage" befänden. Zum Zwecke ihrer feindseligen Tätigkeit gegen die Sowjetrepublik Estland und die ganze Sowjetunion benutzten diese Kräfte heute vor allem „Briefe, Telefongespräche, persönliche Kontakte sowie gegenseitige Verwandtenbesuche". Vaino räumt ein, daß die geographische Nähe Estlands zum Westen und zu den „großen ideologischen Zentren des Westens" die Arbeit dieser Kräfte erleichtere.

Der estnische Parteichef macht keine näheren Angaben, welches Ausmaß die „feindliche anti-sowjetische Tätigkeit" in Estland angenommen hat. Indirekt aber gibt er zu, daß diese Aktivitäten nicht erfolglos waren. Er spricht von „verminderter Aufmerksamkeit" und von „Passivität" der estnischen KP. Erst nach einer „breiten ideologischen Offensive" sei die Lage in Estland besser geworden. Einschränkend meinte er aber, es gebe auch weiterhin „Fragen, die nicht verstummen wollen". Vaino fordert eine verstärkte Arbeiterparteiorganisation an der Basis, vor allem in den Betrieben, Schulen sowie in den Behörden. In diesen Bereichen träten besonders häufig „falsche Gerüchte" auf. Die estnischen Kommunisten müßten die Bevölkerung verstärkt im „patriotisch-internationalistischen Geist" erziehen. Vaino bezeichnet Estland als eine „Viel-Nationalitäten-Republik" (eine Folge massiver russischer Zuwanderung – Anmerk. d. Red.). In Estland leben demnach 1,5 Millionen Einwohner, davon 948 000 Esten und 409 000 Russen.

Um der „nationalistischen Konzeption" in der Propaganda gegen die Sowjetunion entgegenzutreten, müßten die führenden Funktionäre der Sowjetrepublik Estland in Zukunft einmal monatlich in Versammlungen vor die Bevölkerung treten. Die bourgeoise Propaganda versuche bei der estnischen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß in Estland eine Politik der Assimilation (also der zwangsweisen Russifizierung) und der Unterordnung einer Nation unter die andere (also der Esten unter die Russen) geführt werde. Diese feindliche Indoktrinierung richte sich in Estland besonders gegen die junge Generation. Die bürgerliche Propaganda bewege sich auf verschiedenen Linien. Sie nutze „religiöse Überbleibsel" sowie „veraltete Traditionen" für ihre Zwecke aus.

Daß der Parteichef einer Sowjetrepublik öffentlich derart unverhüllt zur nationalen Frage Stellung nimmt, ist ein Symptom für den Ernst der Lage. Aus Vainos Artikel ergibt sich, daß der estnische Nationalismus ein schweres Problem für die Sowjetunion darstellt.

„Moskau verletzt systematisch Menschenrechte"

Bericht der Europa-Abgeordneten wird morgen debattiert / UNO soll Konvention gegen die Folter ausarbeiten

ULRICH LÜKE, Straßburg

Das Europäische Parlament befaßt sich morgen zum 15. Mal seit seiner Direktwahl im Juni 1979 mit der Wahrung der Menschenrechte in der Sowjetunion. Auf der Grundlage eines Berichts des Politischen Ausschusses werden die Europa-Abgeordneten dabei feststellen, „daß die sowjetischen Behörden systematisch die bürgerlichen, politischen, sozialen, religiösen und kulturellen Freiheiten der Bürger dieses Landes verletzen".

Der konservative britische Abgeordnete Lord Bethell appelliert deshalb in seinem Bericht, den der Politische Ausschuß fast einstimmig angenommen hat, an die EG-*Mitgliedstaaten, Moskau auf die* Folge der Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Sie gefährdeten sowohl die Weiterführung des Ost-West-Dialogs als langfristig auch den Weltfrieden.

Als wichtigen Aspekt der Menschenrechtsverletzung in der Sowjetunion bezieht das Straßburger Parlament die Behandlung sowjetischer Gefangener in Arbeitslagern und in psychiatrischen Anstalten in seine Debatte ein. Dabei wird auch – vor allem auf Drängen deutscher Christdemokraten – der Einsatz von Gefangenen beim Bau der Erdgaspipeline nach Westeuropa verurteilt werden.

Mit dieser Debatte setzt das Europäische Parlament eine Tradition in Sachen Menschenrechten fort, die es gleich nach der ersten Direktwahl begründet hat. Seitdem haben die Abgeordneten rund 80mal zu Menschenrechts-Verletzungen in der ganzen Welt Stellung genommen – meist im Rahmen von Dringlichkeitsdebatten. Diese Praxis ist in den eigenen Reihen manchmal mit der Bemerkung kritisiert worden, das Europäische Parlament habe sich in seiner Arbeit auf den Bereich der zehn Mitgliedsstaaten der EG zu beschränken. Die Mehrheit des Plenums widersetzte sich solchen Ansinnen jedoch von Anfang an.

In seinen Aussprachen hat sich das Parlament dabei durchaus nicht als einäugig gezeigt. Schwerpunkt der Beratungen waren bisher Staaten des Warschauer Paktes (neben der Sowjetunion vor allem Polen und die Tschechoslowakei) sowie Staaten Mittel- und Lateinamerikas, hier vor allem Argentinien, Uruguay, El Salvador und Guatemala. Hinzu kommt eine Fülle von Einzelentschließungen zur Entwicklung in den anderen Staaten der Erde, wobei die Türkei und Iran besondere Aufmerksamkeit fanden.

Die bisher auf einzelne Vorkommnisse oder auf die Zustände in einem Land beschränkte Behandlung der Menschenrechte soll nach dem Willen des Parlaments in Zukunft ausgedehnt und koordiniert werden. Der Politische Ausschuß hat dazu jetzt einen Bericht des Gaullisten Gerard Israel gebilligt. Der französische Abgeordnete stellt seinen Forderungen eine Positionsbeschreibung des Parlamentes voran: „Der Politische Ausschuß ist sich der Tatsache bewußt, daß ein Großteil der weltweiten öffentlichen Meinung vom Europäischen Parlament erwartet, daß es eine besondere Rolle bei der Beurteilung von Menschenrechts-Verletzungen spielt."

Israel fordert deshalb eine „globale und kohärente Gemeinschaftspolitik" *in diesem* Bereich, für die er vier konkrete Schritte vorschlägt:

- Der EG-Ministerrat müsse sich stärker als bisher im Rahmen seiner politischen Zusammenarbeit mit Fällen von Menschenrechtsverletzungen befassen.
- In den Vereinten Nationen solle sich die EG „zum Wortführer der Verteidiger der Menschenrechte" machen. Die Zehn sollten nach Israels Meinung alles unternehmen, damit durch die Vereinten Nationen eine Konvention gegen die Folter ausgearbeitet und das Amt eines Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte geschaffen werde.
- An die EG-Kommission appelliert der französische Abgeordnete, im kommenden Haushaltsplan Mittel für EG-Aktionen vorzusehen, Aktionen, mit denen die Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen in aller Welt hingewiesen werden könne.
- Schließlich sollten sich die Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (AKP-Staaten) bei der Aushandlung des nächsten Lomé-Abkommens mit der EG zur Wahrung der Menschenrechte verpflichten. Gerard Israel scheiterte im Ausschuß allerdings mit seiner Forderung, Drittländer, die die Menschenrechte nicht achteten, von künftigen Abkommen auszuschließen.

Innerhalb Westeuropas erkennt auch das direkt gewählte Europäische Parlament eine gewisse Priorität des Europarates, in dem 21 Staaten zusammengeschlossen sind, in Sachen Menschenrechten an. So forderte das Parlament den förmlichen Beitritt der Gemeinschaft zur Menschenrechtskonvention des Europarats. Auch bei den Arbeiten an einem eigenen Grundrechtskatalog will man dem Europarat den Vortritt lassen – zumindest was die Formulierung neuer sozialer und kultureller Grundrechte angeht.

Amerikas Nachgeben gegenüber Arabern stört Israel

Nach dem Scheitern des Reagan-Plans / Jerusalem fordert „realistischere Haltung" Washingtons im Nahen Osten

PETER M. RANKE, Jerusalem

Das Scheitern des Reagan-Planes sei nicht auf Israels Ablehnung zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß die arabischen Staaten mit der Ausnahme Ägyptens nicht friedensfähig oder friedenswillig seien, erklären israelische Regierungskreise. Amerikanischer Druck, von dem das State Department im Zusammenhang mit einem Besiedlungsstopp in den besetzten Gebieten gesprochen hatte, sei nicht gegen Israel notwendig, sondern gegen arabische Regierungen.

Das endgültige Nein der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an König Hussein von Jordanien, er dürfe die Palästinenser nicht vertreten und nicht im Rahmen des Reagan-Planes mit Washington und Israel verhandeln, „führt in Washington hoffentlich zu einer realistischeren Einschätzung der Lage im Nahen Osten", betonen Regierungsvertreter. Vor einer Anerkennung der friedlichen und gesicherten Existenz Israels durch arabische Staaten seien keine Fortschritte beim „Friedensprozeß" zu erwarten.

Die israelische Regierung tritt dafür ein, daß zunächst die Verhandlungen über einen allseitigen Truppenabzug aus Libanon erfolgreich beendet und dann die Autonomie-Verhandlungen über die besetzten Gebiete wiederaufgenommen werden, und zwar ohne Vorbedingungen und entsprechend der Abmachungen von Camp David. Die Amerikaner könnten die Libanon-Verhandlungen positiv beeinflussen, wenn sie ihre einseitige Haltung zugunsten der libanesischen Regierung aufgäben.

Im übrigen herrscht in Jerusalem, wo jetzt die großen Gedenkfeiern für die Opfer des Holocaust und den Aufstand im Warschauer Getto vor 40 Jahren stattfinden, eine Stimmung vor, sich nicht mit Washington streiten zu wollen. Dazu ist die Abhängigkeit von amerikanischen Geldern und Waffen zu groß. Allerdings wird in Regierungskreisen mit Genugtuung verzeichnet, daß das arabische Nein zum Reagan-Plan gerade das amerikanische Judentum mit Israel und der Regierung Begin versöhne, nachdem es während des Libanon-Vorstoßes zu Spannungen und Ablehnung gekommen war.

In Jerusalem ist man der Ansicht, Hussein sei von Anfang an gegen den Reagan-Plan gewesen und habe sich für den viel radikaleren arabischen Fes-Plan eingesetzt. Wenn er jetzt noch einem Friedensplan der USA zusage, sei er ein Todeskandidat wie Sadat und Beschir Gemayel vor ihm. Zumindest würden ihm die Syrer die Grenze sperren und unter den Palästinensern in Jordanien (60 Prozent) Unruhe schüren.

Gespannt wartet jetzt die israelische Regierung, ob Hussein die erwünschten modernen US-Waffen und Kampfflugzeuge erhält. In Jerusalem würde das als weitere Anbiederung an die arabische Seite trotz ihrer Friedensunwilligkeit beurteilt werden.

Aber die israelische Regierung ist überzeugt: „Belohnungen" wie die massive Aufrüstung Saudi-Arabiens oder auch Jordaniens, das ja an der Seite des Irak im Golfkrieg kämpft, sowie die „Rücksichten" auf die libanesische Regierung führen die US-Nahostpolitik nicht zum Erfolg.

Diese Meinung wird von Regierung und Opposition gerade jetzt geteilt, wo sich der Tag der Sinai-Räumung jährt, von der Israel nur einen „kalten Frieden" der Ägypter gewonnen und dafür das Yamit-Trauma (der erzwungenen Räumung einer blühenden Kleinstadt) geerbt hat. (SAD)

Fanfanis Wandel vom schroffen zum behutsamen Politiker zahlt sich aus

Selbstbewußtere Christdemokraten / Sozialisten fühlen sich „nicht mehr in Mode"

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Immer wenn Italiens christdemokratischer Veteran Aminto Fanfani im Auf und Ab seiner langen Karriere wieder einmal einen politischen Gipfel erklommen hatte, geriet er schon bald ins Kreuzfeuer der Kritik. Sein Schicksal schien vorgezeichnet durch einige diese Kritik herausfordernde Seiten seines Wesens. Es ließ ihn mit unerbittlicher Regelmäßigkeit jedes Mal wieder von den Höhen der Macht eines Ministerpräsidenten, Parteisekretärs oder Außenministers in die Tiefe stürzen – wenn auch stets ohne ernsthafte Verletzungen. Auf Grund dieser Erfahrungen war ihm auch nach der Bildung seines fünften Kabinetts Ende November vorigen Jahres allgemein keine lange Amtszeit vorausgesagt worden. Um so erstaunter wird jetzt sein relativ sicherer Stand registriert.

Tatsache ist, daß sich Fanfani vier Monate nach seiner Rückkehr in den Palazzo Chigi kaum ernsthaft attackiert sieht. Selbst den Karikaturisten fällt zu ihm nichts Besseres mehr ein als seine Körpergröße (1,61 Meter). Dabei hat seine Regierung bisher wahrhaftig keine Wunder vollbracht. Die italienische Inflationsrate liegt nach wie vor bei mehr als 16 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter, und die Industrieproduktion geht immer mehr zurück. Die Lira mußte abwerten, und „aufgewertet" wurden allein die Steuern.

Gut angeschrieben ist angesichts dieser Misere eigentlich kein Politiker im Lande. Aber Fanfani kommt, obwohl unter allen Politikern in der exponiertesten Stellung, dabei noch am glimpflichsten davon. Man ist bereit, ihm zuzubilligen, daß er zumindest „tut, was er kann". Von Regierungskrise und vorgezogenen Neuwahlen jedenfalls spricht im Augenblick kaum noch jemand.

Zunächst wirkt schon das als Erfolg, mögen seine Grundlagen auch noch so schwach sein. Eine der Voraussetzungen dafür war zweifellos, daß Fanfani seinen persönlichen Stil geändert hat. Er hat in seinem Wesen und Auftreten all das unterdrückt oder stark abgemildert, was ihn früher besonders unbeliebt machte: seinen forschen Aktivismus und Autoritarismus, seinen professoralen Hang zum Belehrenwollen, sein verschlagenes Taktieren und nicht zuletzt auch eine gewisse Eitelkeit, die ihn immer wieder ins Rampenlicht drängte.

Regierung und Koalition erleben heute einen ganz anderen Fanfani als früher – nicht mehr den oft schroff und autoritär wirkenden Dirigenten, sondern eher den behutsamen Koordinator und Vermittler. Die Bühne der Öffentlichkeit meidet er, wann immer er das kann. Interviews gibt er – ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Spadolini – so gut wie überhaupt keine. Von den Kameras und Mikrophonen des Fernsehens hält er sich möglichst fern. Offenbar hat er aus Erfahrung gelernt, daß für manchen Politiker die „Televisione" tödlicher sein kann als der Dolch des Rivalen.

Die augenblickliche Sturmstille um Fanfani – und generell in Rom – hat freilich neben den persönlichen auch noch andere Gründe. Sie liegen im politischen Bereich,



„Sturmstille" um Ministerpräsident Amintore Fanfani FOTO: DPA

bei den Sozialisten, bei den Christdemokraten und bei den Kommunisten.

Fanfanis Vorgänger Spadolini war letztlich deshalb gestürzt worden, weil Sozialistenführer Bettino Craxi hoffte, über die Regierungskrise die Parlamentsauflösung und vorzeitige Ausschreibung von Neuwahlen erreichen zu können. Er sah seine Partei das ganze letzte Jahr über im politischen Aufwind und wollte sich diesen Trend so schnell wie möglich an den Wahlurnen zunutze machen.

Diese Taktik ist gescheitert. Die Sozialisten sind sich heute ihrer Anziehungskraft auf die Wähler bei weitem nicht mehr so sicher wie noch vor einem halben Jahr. „Wir sind etwas außer Mode gekommen", gestand Craxi dieser Tage ein. Diese Erkenntnis gründet sich sicherlich nicht nur auf die jüngsten schlechten Wahlerfahrungen der Genossen in Bonn und Paris. Sie ist wohl auch zurückzuführen auf die weitverbreitete Empörung und Enttäuschung, mit der ein Teil der linksorientierten Wählerschaft des eigenen Landes auf einige Skandal-Affären – etwa in Turin – reagiert hat, in die vornehmlich sozialistische Politiker verwickelt sind.

Das Ergebnis ist jedenfalls, daß Craxi heute innerhalb der Regierungskoalition weit weniger aggressiv auftritt als zu Zeiten Spadolinis. Er will wohl zunächst den Test lokaler und regionaler Teilneuwahlen abwarten, die für den 26. Juni anberaumt worden sind. Bis dahin zumindest dürfte Fanfani von sozialistischer Seite kaum Gefahr drohen.

Hinzu kommt, daß die Christdemokraten unter ihrem neuen Parteisekretär Demita allmählich den Abhängigkeitskomplex zu überwinden beginnen, den sie in den letzten Jahren gegenüber den Sozialisten entwickelt hatten. Sie treten wieder betonter als das auf, was sie sind: als die bei weitem stärkste Partei in einer Koalition mit den kleineren Parteien des traditionellen italienischen Laizismus. Mit diesem wiedergewonnenen Selbstbewußtsein sehen sie eventuellen Neuwahlen gelassener entgegen, als das die Sozialisten tun können.

Was schließlich die Kommunisten anbelangt, so zeigen sie sich wenig an einer baldigen Regierungskrise interessiert. In einem vorösterlichen Meinungsaustausch mit Craxi konzentrierte sich KPI-Sekretär Berlinguer auf die Politik der Linkskoalitionen im lokalen und regionalen Bereich, wo er offensichtlich das Experimentierfeld für die zunächst nur als Fernziel anvisierte Linksalternative in Rom sieht.

Erst wenn es nach den Juni-Wahlen zu einer Intensivierung der kommunistisch-sozialistischen Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene kommen sollte, könnte Fanfani mit seiner Regierung in stürmischere Zonen geraten. Denn die Democrazia Cristiana scheint wenig geneigt zu sein, ihrem sozialistischen Koalitionspartner in Rom in der Provinz überall, wo das möglich ist, das Zusammengehen mit den Kommunisten zuzugestehen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn-2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Betroffene und Begünstigte

„Wer ist schwerbehindert?"; WELT vom 26. März

Wenn ein soziales Netz – in welchem Bereich auch immer – zu dicht geknüpft wird, damit nur ja keiner hindurchfallen möge, dann muß es zu einem Netzbruch kommen. Wir kennen die Entwicklungen im Bereiche der Arbeitslosensicherung genauso wie im Bereiche der Krankheits-Absicherung. Nun sind (dies war zu erwarten) die Schwerbeschädigten dran.

Die Leidtragenden solcher Entwicklungen aber sind zwangsläufig immer die wirklich und konsequent Betroffenen, die zu keiner Zeit ihr Betroffensein oder in diesem Fall ihr Behindertensein vor sich hergetragen haben. Jede Belegschaft kennt ihre Krankfeierer recht gut. Die wirklich Kranken müssen oft mit sanfter Gewalt nach Hause, zum Arzt oder gar ins Krankenhaus gebracht werden. Und jeder Betrieb kennt die arbeitslosen Stellungsuchenden, die jedem Einstellungsgespräch mit viel Taktik aus dem Wege gehen. Genauso mußten früher die wirklich Beschädigten zum Arzt oder von der Schwerbeschädigtenstelle überredet werden, den Ausweis zu beantragen und sich damit als „Beschädigte" abstempeln zu lassen.

Heute aber – in einer Zeit, die an Lebens-Qualität bisher wohl noch niemals übertroffen wurde – ist es schick und einträglich, sich als Betroffener oder Beschädigter darzustellen; und die Gesetze, die Ämter und die Gutachter helfen bei der Realisierung. Ein Ansteigen von 60 Prozent innerhalb von zwei Jahren – dies alles ohne epidemische Gründe – ist Beweis genug. Neue Spielregeln werden gefunden werden müssen, und schon jetzt ist absehbar, daß die wirklich Leidtragenden dieser neuen Gesetzgebung wiederum die sein werden, die ihre Schwerbeschädigung schon immer heruntergespielt haben, um sich möglichst wenig vom Normalverbraucher unterscheiden zu müssen.

Der Begriff „Minderung der Erwerbsfähigkeit" (MdE) war schon immer ein viel zu einseitiger Maßstab, da es sich de facto um eine körper- oder geistesbedingte Minderung der Lebensqualität handelt. Der als Beispiel angezogene beinamputierte Büroangestellte mag zwar am Schreibtisch und in seinem Fach nur geringfügig behindert sein, wer aber kennt seine Phantomschmerzen, seine Rükkenschmerzen, seine überaus behinderte Bewegungsfähigkeit außerhalb seines Arbeitsplatzes und vielleicht seine ständigen Kreislauf-Schwierigkeiten?

Wann werden endlich die Politiker, wann wird endlich der Gesetzgeber erkennen, daß sich zu dicht geknüpfte soziale Netze gegen die auswirken, die sie eigentlich schützen sollen?

Mit freundlichen Grüßen
F. J. Otto,
Berlin 38

*

Dieser Artikel ist meines Erachtens sehr einseitig abgefaßt worden, so daß der Eindruck entstehen muß, es sei ein „erstrebenswerter Zustand", behindert zu sein.

Durch einen Unfall auf dem Wege zur Arbeitsstelle verlor ich rechtsseitig mein Bein und muß demzufolge eine Oberschenkel-Prothese tragen.

Weiß der Verfasser, wie schwierig es ist, mit einer Beinprothese fertig zu werden, obwohl mein Prothesenbauer das Beste, was überhaupt möglich ist, für mich getan hat?

Es ist als Angestellter, der ich es war, einfach unmöglich, stundenlang zu sitzen oder zu stehen, weil immer wieder Nervenschmerzen oder Veränderungen der Prothese beim Sitzen oder Stehen auftreten. Er kann also nicht, wie Sie schreiben, genausoviel schaffen wie ein Nichtbehinderter.

Ich habe versucht, durch Operationen Linderung in mein Befinden zu erreichen, aber leider ohne Erfolg. Ich bin daher gezwungen, zeitlebens mit diesem Gebrechen fertig zu werden.

Ein gesunder Mensch kann mit seinem Auto ins Grüne fahren, aber ein Schwerbehinderter mit 80 Prozent Schwerbeschädigung findet nicht einmal für sich einen Parkplatz, weil nur noch für Rollstuhlfahrer separate Parkplätze vorgesehen sind. Ich muß also genauso wie ein gesunder Mensch mich umsehen, wo ich einen Stellplatz finde. Und ist dies wirklich einmal der Fall, dann ist dies nur mit langen Gehwegen erforderlich, und das ist mir unmöglich. Die Folge ist, daß ich sehr oft gezwungen bin, im Hause zu bleiben, was nicht gerade für den Kreislauf des Menschen vorteilhaft ist.

Der Artikel in Ihrer Ausgabe ist meines Erachtens zu einseitig abgefaßt worden, deshalb als Erwiderung diese Stellungnahme.

Mit freundlichem Gruß
Herbert Schomann,
Hamburg 76

Angst vor Fans

„Leere Ränge beim 1. FC Köln": WELT vom 24. März

Sehr geehrte Redaktion,
die Verantwortlichen der Bundesliga wissen anscheinend nicht, daß Tausende Fußballanhänger nicht in ihre Stadien gehen, da sie um ihre Gesundheit fürchten. Denn nirgendwo gibt es so viele Betrunkene und Rowdies wie in den Fußballarenen.

Sollten die Verantwortlichen kein Mittel gegen die sogenannten Fans finden, dann werden die Zuschauer noch weniger.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Eibner,
Freystadt

Heile Schulwelt

„Eine Attacke gegen die Sonderschule": WELT vom 25. März

Die Diskussion über die Schule für Lernbehinderte ist nicht neu. Ihre Abschaffung wird begründet mit der ideologischen Theorie von der Gleichheit aller, die sich bereits in der Schulpraxis als Torheit erweist. Alle Menschen haben nun einmal nicht das gleiche Gesicht.

Ich will nicht sagen, daß man nicht eines Tages über die Abschaffung der Sonderschule für Lernbehinderte nachdenken könnte. Dann freilich müßte es vorher gelingen, das ständig wachsende Lernversagen einzudämmen, und danach sieht es im Moment nicht aus, im Gegenteil: Unsere Schulen sind immer weniger kindorientiert und immer mehr verwaltungsbezogen, als befänden sich dort die besten Lehrer und Unterrichtsbedingungen, wo keiner den anderen mehr kennt, wo der Schulleiter in der höchsten Besoldungsgruppe ist.

Die in Ihrer Besprechung zum Ausdruck kommende Kritik an der Schule für Lernbehinderte widerspricht nicht nur meinen Erfahrungen (ich weiß mich in dieser Frage einig mit den meisten meiner Kollegen).

Das Gegenteil ist der Fall. In einer Sonderschule ist die Schulwelt oft noch heil, wenn sie anderswo schon kaputt ist. Die überwiegende Mehrheit der Kinder findet Hilfe, faßt wieder Mut, lernt wieder gern. Das übrigens ist auch die vorherrschende Meinung der Eltern.

In Hamburg scheinen die Uhren auf diesem Gebiet in der Tat anders zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Günther Posern,
Sonderschulrektor,
Biebertal

Personalien

GEBURTSTAGE

Sechzig Jahre alt wird am 1 April Prof. Dr. **Karlheinz Reb** geschäftsführender Direktor d Deutschen Instituts für Fernst dien an der Universität Tübinge Nach den beiden Staatsexamir für das Höhere Lehramt war Re zuerst an einer Internatsschu tätig, ehe er 1960 ein Zweitst dium der Erziehungswissensch begann. Nach Lehraufträgen erziehungswissenschaftlichen I stituten der Universität Hambu und der Freien Universität Berl trat Rebl 1966 als wissenschaft cher Mitarbeiter in das Deutsc Institut für Fernstudien an d Universität Tübingen ein. Reb sieht im wissenschaftlichen Fer studium eine reale Möglichke Bildung und vor allem wisse schaftliche Weiterbildung zu d mokratisieren und heterogen Bevlkerungskreisen nahezubri gen. Am 11. April vollendet **He mann Arnhofer**, Vizepräside des Bundesverbands Deutsch Versicherungskaufleute (BVK sein 60. Lebensjahr. Der Mitinh ber der Firma Arnhofer & Engl h sich frühzeitig der Belange sein Berufskollegen, der selbständ gen Versicherungskaufleute, a genommen. Auf sein Betreibe wurden der Betriebsvergleic (durch das Institut für Handelsfo schung an der Universität Köl sowie die Strukturerhebung ei geführt. **Wilhelm Spengler**, de älteste noch praktizierend Kneipp-Arzt der Welt, feiert a Mittwoch in Bad Wörishofen se nen 90. Geburtstag. Spengler, de den Erfolg der Kneipp-Method an seiner eigenen, vital gebliebe nen Person demonstriert, ist Ver fasser des Hausbuchs „Glück un wahrer Reichtum durch Kneipp Lehre und Naturheilkunde", da eine Auflage von 300 000 Exem plaren erreichte.

Wort des Tages

„Wenn Gott dieses Leben, das der Verderbnis unterworfen ist, mit unzähligen Gütern so schmückt, wie wird Er dann erst das künftige Leben gestalten?"

Martin Luther, Reformator (1483–1546)

Manchester – Bilder aus einer englischen Stadt im Umbruch

Cottonopolis muß von vorne anfangen

Manchester hat wieder einmal eine schlechte Presse. Polizeichef James Anderton brachte sich letzte Woche in die Schußlinie der Kritik mit seiner Entscheidung, als erster Polizeipräsident Englands bewaffnete Bobbys rund um die Uhr patrouillieren zu lassen. Die Zahl der Raubüberfälle nahm im vorigen Jahr um 41 Prozent zu. Da die Gangster immer häufiger mit Schußwaffen an die „Arbeit" gehen, müsse er seine Beamten wirksamer schützen, verteidigte Anderton sein Abweichen von dem geheiligten Prinzip des nur mit einem Schlagstock ausgerüsteten Bobbys, der nur in Ausnahmefällen bewaffnete Verstärkung erhält.

Manchester macht nicht zum ersten Mal mit revolutionären Ideen von sich reden. Im vorigen Jahrhundert Zentrum der industriellen Revolution, von dem Friedrich Engels seinem Freunde Karl Marx Materialien für Umsturz-Theorien vermittelte, steht es auch heute als drittgrößter Ballungsraum Englands im Kraftfeld starker sozialer Spannungen. Als Mittelpunkt der englischen Baumwollindustrie und des Weltmarktes für Baumwolle nannte man es „Cottonopolis". Als die Schwerindustrie zur See, nach Liverpool zu, abwanderte, holten sich die findigen „Mancunians" das Meer 1894 mit dem 64 Kilometer langen Manchester-Schiffskanal ins Haus. Der Binnenhafen gilt als einer der größten Häfen Englands.

Manchester steht heute an der Schwelle einer schon überfälligen industriellen Revolution zum Computerzeitalter. Die Geburtswehen sind beträchtlich. Stadtrat William Edgerton gab diesen Lagebericht: „Mit der Textilindustrie ist es vorbei. Ebenso mit einem großen Teil der Schwerindustrie. Was die Zukunft bringt? Manchester muß sich auf eigene Füße stellen und wieder ganz von vorne anfangen." Den Niedergang belegen diese Zahlen: Noch in den 50er Jahren zählte die Stadt 750 000 Einwohner, heute sind es nur noch 450 000. Vor zwei Jahrzehnten stellte die Fertigungsindustrie 45 Prozent der Arbeitsplätze, heute arbeiten in der Fertigung nur noch 25 Prozent. Dienstleistungsbetriebe sind auf dem Vormarsch. Manchester ist ein Banken-, Versicherungs- und riesiges Einkaufszentrum geworden.

Britische Nachbarn – ARD, 21.15 Uhr

Die trostlosen Slums, die einst wie Krebsgewschwüre um die Textilfabriken mit ihren Schloten wuchsen, sind weitgehend verschwunden. Vieles legte der Bombenkrieg in Schutt und Asche. In den 60er Jahren startete man ein gigantisches Sanierungsprogramm. 85 000 Häuser wurden abgerissen. Auf einem der industriellen Friedhöfe unweit der City entsteht gegenwärtig Englands erster archäologischer Stadtpark nach US-Vorbild. Manchester hat sein Gesicht gewandelt, aber die Repräsentationsbauten seiner großen Vergangenheit im viktorianischen Zeitalter wurden restauriert, wie das imposante neugotische Rathaus von Alfred Waterhouse und die Free Trade Hall, Heimstatt des Hallé Orchestra, das übrigens der erste Bayreuther „Ring"-Dirigent Hans Richter eine Zeitlang leitete.

Die Künste fanden in diesem Dorado des Kapitalismus großzügige Gönner. Die 1653 gegründete Chetham's Library erhebt den Anspruch, Europas älteste „Volksbibliothek" zu sein. In der John-Rylands-Library wird die älteste Evangelienhandschrift aufbewahrt, das zwischen 100 und 150 geschriebene „Johannesfragment". An seiner aus einer College-Stiftung eines Großkaufmannes hervorgegangenen Universität entwickelte Cockcroft die erste Maschine zur Spaltung des Atoms.

Bis heute blieben die Gedanken von Cobden und Bright, die 1846 als Führer der Manchesterpartei die Aufhebung der Kornzölle erreichten, ein Grundstein der Nationalökonomie. Die Politik des „Laisser-faire" der Manchester-Schule, die für Freihandel und unbeschränkten Wettbewerb als Motor der Wirtschaft eintritt, hat ungeachtet ihrer Verteufelung durch Generationen von Sozialreformern im England Margaret Thatchers wieder offene Ohren gefunden.

SIEGFRIED HELM

STUDIO

Der vom Sender Freies Berlin (SFB) und dem Zweiten Deutschen Fernsehen alle zwei Jahre gemeinsam veranstaltete Internationale **Hörfunk- und Fernsehwettbewerb „Prix Futura"** ist gestern in Berlin eröffnet worden. Zum achten Mal bewerben sich Hörfunk- und Fernsehproduktionen um den „Prix Futura", der Sendungen auszeichnet, „die durch die Qualität ihres Inhalts oder die Neuartigkeit ihrer Form zukunftsweisend sind". Diesmal wurden aus 45 Ländern 58 Radio- und 67 Fernsehproduktionen angemeldet. Auch die Ostblockländer sind vertreten. Bei der sich anschließenden 9. Internationalen Feature-Konferenz nimmt zum ersten Mal die Volksrepublik China teil.

Der Wettbewerb wird am 17. April mit der Preisverleihung abgeschlossen. Er steht unter der Schirmherrschaft der Union der Europäischen Rundfunkorganisationen. SFB-Intendant Lothar Loewe wies vor Journalisten auf die große Anzahl von Beiträgen aus Ländern der Dritten Welt hin, die auch qualitativ besser geworden seien.

Peter Leonhard Braun von der SFB-Feature-Redaktion berichtete, daß im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise im Bereich der Medien das Hörspiel als erstes in die Schußlinie geraten sei. In den USA habe dies schon zu einer „Nullproduktion" geführt. Dokumentarsendungen hingegen hätten starken Aufwind. (dpa)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
(Nur über HR, NDR, RB, SFB, WDR)
10.00 heute
10.05 Heimat, die ich meine . . .
11.25 Oft ist die Angst ihr Begleiter
11.55 betrifft: Fernsehen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Max und Sandy
Deutscher Spielfilm (1978)
Von Doris Dörrie
In dieser Produktion wird versucht, die Realität jugendlicher Lehrlinge auf eine unprätentiöse Art und Weise darzustellen. Die beiden Hauptdarsteller, Max und Sandy, werden von Laien gespielt, die sich zum Zeitpunkt der Dreharbeiten in einer ähnlichen Situation befanden.
17.00 Aus den Wolken ins Abenteuer
Ein Flugkapitän berichtet über eine Reise durch Südamerika
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Abenteuer Bundesrepublik
Besatzer und Besetzte
In Potsdam versuchen die Siegermächte, sich auf eine deutsche Nachkriegspolitik zu einigen. Aber schon brechen Gegensätze auf, die die gemeinsame Gegnerschaft nur übertüncht hatte.
Anschl.: Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.15 Britische Nachbarn
Ein Monument von stolzer Häßlichkeit
Bilder aus der Stadt Manchester
Von Wolf von Lojewski
21.45 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Mit Beiträgen über Mode, Erotische Fotografie, Faschings-Rückblick, u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Der Kanal
Polnischer Spielfilm (1956)
00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Strafverfahrensrecht
Neue 13teilige Fernsehserie
1.: Die Vollbremsung
Gang des Strafverfahrens – Polizeiliche Vernehmung
Diese Reihe wendet sich nicht lediglich an Personen, die eine juristische Ausbildung anstreben, sondern in erster Linie an interessierte Laien. Entsprechend sind die Beiträge aufgebaut: aus Fallbeispielen (in Form spannender und durchaus heiterer Szenen) und der jeweiligen Interpretation durch den Fachwissenschaftler.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Am Start: Little Jim
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Haysi Fantayzee und Christian Anders
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Charles Niemans Millionen (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Ein Colt für alle Fälle (Teil 2)
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 Kontakte
Ich bin mir fremd geworden
Selbstverwirklichung und Entfremdung
Moderation: Michael Albus
21.00 heute-journal
21.20 Heimat, die ich meine . . .
Zweiteiliger Fernsehfilm (2. Teil)
23.00 Sport aktuell
Golf-Masters-Turnier
Aus Augusta/Georgia
23.50 heute



Tadeusz Gwiadowski (l.) und Wienczyslaw Glinski in einer Szene des Andrzej-Wajda-Films „Der Kanal", ARD, 23.00 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (27)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Aus Duisburg-Rheinhausen
21.45 Landesspiegel Lokaltermin
Sprachzentrum Waldbröl
22.15 Die WDF-Spielproduktion
Die andere Seite der Welt
Von Brian Phelan
Mit Hildegard Kuhlenberg, Eric Bergkraut u. a.
Regie: Hanno Brühl
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (1)
Kochtopf und Fabrik
19.00 Antiquitäten in Serie (2)
Ein Stil wird neu entdeckt: Kunstgewerbe des Historismus
19.15 Die Sprechstunde
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Live-Fragestunde mit Richard Hey
21.15 Die Stunde der Republikaner
Dokumente, Bilder, Szenen
22.45 Dr. Mambos Musikjournal
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Kopfball III (1)
19.30 Elternstammtisch
Eine Ausbildungsgruppe bei der Post
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
Amerikan. Krimiserie
Heute: Gesetze des Hafens
22.00 Bücher-Report
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Dienst im Strafvollzug
21.05 Soap oder Trautes Heim
21.35 Reden muß man miteinander (5)
22.05 Rock- und Klassik-Nacht (1)

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mar
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
19.05 Bäckerei Zürrer
Schweizer Spielfilm (1957)
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 . . . daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen
22.50 Rundschau

KRITIK

Verschüttete Gefühle

Nach 21 Jahren kehrt die verlorene Tochter ins Haus der Mutter zurück. Diese, vom Leben in Einsamkeit verbittert, schlachtet jedoch kein Kalb zur Feier der **„Heimkehr einer Fremden"** (ZDF), wie dieser Film des Amerikaners Milton Katselas hieß. Die Tochter läßt sich nicht abschrekken und versucht stur, Zug um Zug die längst verschütteten Gefühle der alten Frau wieder auszugraben. Doch immer wieder brechen aus der Mutter Wut und Eifersucht hervor, weil der verstorbene Vater angeblich die Tochter mehr geliebt habe als sie. Ganz am Schluß finden die beiden Frauen dann doch noch zueinander, die Mutter in dem Wissen, daß sie ihre Tochter bald für immer durch den Tod verlieren wird.

Das ZDF strahlte den amerikanischen Spielfilm (1979) als deutsche Erstaufführung zu Ehren von Bette Davis aus, die kürzlich ihren 75. Geburtstag beging. Figuren wie die alte Lucy liegen der Davis besonders. „Ich war und ich bin ein Biest", sagte sie einmal, „und ich werde niemals rosawangige Großmütter spielen."

Und Regisseur Katselas tat seiner Geschichte, einer vertrackten Mutter-Tochter-Beziehung, ein zusätzlich Gutes, indem er der Diva mit Gena Rowlands eine starke Schauspielerpersönlichkeit gegenüberstellte. Den beiden großartigen Darstellerinnen gelang es denn auch, ein eher mittelmäßiges Melodram in das packende Psychogramm einer komplizierten Beziehung zu verwandeln.

M. v. SCHWARZKOPF

Temperamentvoll und freimütig

Es sind in der Tat allemal nur **„Aspekte"**, die das gleichnamige Kulturmagazin des ZDF jeweils anleuchten kann. 30 Minuten standen für drei Themen zur Verfügung, von denen zumindest zwei eine Vertiefung verdient hätten. So erfuhr man über den türkischen Schriftsteller Yasar Kemal nicht viel mehr, als im Lexikon steht. Immerhin konnte die Kamera zusätzlich den Eindruck einer sympathischen, temperamentvollen, von den Landsleuten leidenschaftlich verehrten Persönlichkeit vermitteln. Anlaß dazu war die Verfilmung seines bekanntesten Romans „Memed" (Mein Falke), der bei den Festspielen in Cannes Premiere haben soll.

Ähnlich der Beitrag über Stefan Heym, der vor 70 Jahren als Hellmuth Fliegel in Chemnitz geboren wurde. Er brachte in der Sache nicht viel Neues. Doch die Kamera zeigte einen freimütigen Menschen, der mit heiterer Gelassenheit die 70 Lebensjahre registriert, obwohl sie ihm selber unwahrscheinlich vorkommen. Seit 30 Jahren lebt er in der „DDR". Aber er glaubt nicht, daß man ihn dort feiern wird; er legt auch keinen Wert darauf.

Zwischen Kemal und Heym lernte man Ernst-Günther Hansing kennen, den Porträtisten politischer und geistlicher Prominenz, der im Auftrag des Vatikans die Medaille zum 5. Jahrestag des Pontifikats von Papst Johannes Paul II. in bewährter Manier geschaffen hat.

EO PLUNIEN

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Italien verwies 33 Ostagenten des Landes

dpa, **Rom**

Der militärische Abschirmdienst Italiens hat in den vergangenen drei Jahren 33 meist aus dem Ostblock stammende Geheimdienstleute enttarnt, die daraufhin aus Italien ausgewiesen wurden. Gleichzeitig wurde „mehreren hundert Personen" – ebenfalls meist aus dem Ostblock – aus Sicherheitsgründen die Einreise nach Italien verweigert. Diese Angaben machte der italienische Verteidigungsminister Lelio Lagorio in Rom in einem Zeitschriften-Interview. Nach seiner Ansicht sind „*die Störmanöver der Länder des* Ostens im Westen nicht nur als Spionagetaten, sondern als Versuche der politischen Destabilisierung einzuordnen". Lagorio nannte dazu als Beispiel ausdrücklich das Attentat auf den Papst im Mai *1981*.

Asyl für Chinesin von USA abgelehnt

AFP/rtr, **Tokio/Peking**

Eine chinesische Dolmetscherin, die im Februar in der US-Botschaft in Tokio um Asyl ersucht hatte, ist in die Volksrepublik China abgeschoben worden. Wie das japanische Außenministerium jetzt bestätigte, war die 29jährige Cai Gu*angming mit einer chinesischen* Handelsdelegation eingereist und am 23. März mit dieser Delegation nach China zurückgekehrt. Wie es hieß, verübte die Frau, die als Grund für ihr Asylgesuch ihre Beziehung zu einem Japaner angegeben hatte, einen Selbstmordversuch, als sie von der Absage erfuhr.

Die Ablehnung des Asylgesuchs erfolgte, kurz bevor die USA am 5. April der chinesischen Tennisspielerin Hu Na Asyl gewährten und deswegen sogar eine politische Krise zwischen Peking und Washington in Kauf nahmen. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua wies inzwischen Erklärungen der USA zurück, der Fall Hu Na sei ein Einzelfall, der *nicht die gesamten Beziehungen* belasten sollte.

Son Sann verurteilt Vietnam-Massaker

dpa, **Singapur**

Der Führer der nichtkommunistischen Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes, Son Sann, hat Vietnam angeklagt, bei der Offensive gegen die kambodschanischen Widerstandsbewegungen in der vergangenen Woche 200 Frauen und Kinder grausam ermordet zu haben. Son Sann gab nach einer Meldung von Radio Singapur bekannt, die Vietnamesen hätten bei der Erstürmung des Hauptquartiers von Prinz Norodom Sihanouk die 200 unschuldigen Frauen und Kinder in einen Graben getrieben und dann durch Handgranatenwürfe und mit Bajonetten getötet.

Grüne für höheren Strompreis

dpa, **Bonn**

Die Grünen im Bundestag halten eine Erhöhung des Strompreises für sinnvoll, um damit die notwendigen radikalen Maßnahmen gegen das Waldsterben zu finanzieren. Der Abgeordnete der Grünen im Bundestag, Wolfgang Ehmke, kündigte das gestern abend in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" an, in der sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) und Vertreter der übrigen Fraktionen für verstärkte Maßnahmen zur Beendigung des Waldsterbens aussprachen.

Wörner läßt Haltung zur Nachrüstung beschreiben

Im Herbst Weißbuch über Bonner Sicherheitspolitik

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Bundesregierung will schon im Herbst in einem ersten Weißbuch zu ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundsätzlich und ausführlich Stellung nehmen. Dies bestätigte der Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Hans Rühle, der WELT. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hatte gemeldet, Minister Manfred Wörner (CDU) habe eine Studie, die noch für seinen Amtsvorgänger Hans Apel (SPD) verfaßt worden sei, unter Verschluß genommen. Rühle sagte weiter, das erste Weißbuch der Regierung Kohl/Genscher werde sich ausschließlich auf sicherheitspolitische, militärstrategische und rüstungskontrollpolitische Aspekte der Außenpolitik Bonns und des westlichen Bündnisses beschränken. Eine ausführliche Darstellung über die Bundeswehr und aller mit ihr direkt im Zusammenhang stehenden Fragen sei für 1984 in Planung.

Mit dieser Zweiteilung ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen folgt die Bundesregierung offenkundig dem Wunsch von Bundesverteidigungsminister Wörner, der bereits am Tage seines Amtsantritts für die 10. *Legislatur*periode des Bundestages der WELT erläutert hatte, daß in diesem Jahr, in dem die Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenrüstung zu einem vorläufigen Ergebnis kommen müssen oder scheitern, die Regierung mit hoher Intensität „die Schlacht um das Bewußtsein der Bevölkerung" in Verteidigungsfragen bestehen müsse.

Wörner vertritt die Auffassung, daß klargemacht werden müsse, aus welchen Gründen die Allianz bei einer möglichen sowjetischen Verweigerung der Verschrottung von Mittelstreckenwaffen zur Stationierung entsprechender Syste*me in mehreren westeuropäischen* Ländern, so auch auf deutschem Boden, gezwungen sei. Zu dieser Aufgabe soll das für Herbst geplante Weißbuch ganz wesentlich beitragen.

Der Leiter des Planungsstabes unter Wörner sagte weiter, es sei für die neue Regierung „von prinzipieller Bedeutung", daß sie ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Öffentlichkeit vorlege, das ihre Politik präzisierte. Deshalb sei es ausgeschlossen gewesen, den unter Apel im wesentlichen abgeschlossenen Entwurf für ein solches Weißbuch einfach zu übernehmen und eventuell mit kleinen Abwandlungen als Positionsbeschreibung der CDU/CSU-FDP-Koalition zu veröffentlichen.

In dieser Beurteilung hat es nach Rühles Worten in der neuen Regierung keinen Dissens gegeben. Wie er hinzufügte, seien in den ersten Kapiteln des Apel-Entwurfs die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Bundesrepublik Deutschland zu sehr im Lichte einer gewünschten Äquidistanz Bonns zwischen den USA und der Sowjetunion beschrieben worden. Häufig haben Kanzler und Minister der neuen Regierung inzwischen erläutert, daß dieses Prinzip der gleichen Entfernung zu den beiden Supermächten für Bonn nicht gelten könne.

Seite 2: Weißbuch

Senator Tower: Zweibahnstraße bei Rüstungskauf

vmc, **Bonn**

Der US-Kongreß will nach den Worten von Senator John Tower künftig – wie auch die US-Regierung – die Rüstungskooperation zwischen Amerika und Westeuropa fördern. Im Deutschlandfunk zeigte sich der Vorsitzende des Streitkräfte-Ausschusses des US-Senats davon überzeugt, daß die Mehrheit des Kongresses bereit sei, die „Zweibahnstraße" über den Atlantik zur Verbesserung von *Standardisierung und Rationalisie*rung in der Beschaffung von Waffen für die Streitkräfte der NATO nicht mehr zu behindern.

Nach diesen Äußerungen Towers haben offenbar die Forderungen europäischer Politiker und insbesondere auch Bonner Regierungsmitglieder ihre Wirkung auf den Kongreß nach Revision der Einfuhrbeschränkung für Sondermetalle bei der Ausrüstung der US-Streitkräfte nicht verfehlt.

Im Dezember 1982 hatte der Kongreß die sogenannte „Specialty Metals Clause" verabschiedet, nach der die US-Armee nur mit Material aus eigener Produktion versorgt werden darf. Tower erläuterte, daß die Europäer gegenwärtig neunmal mehr Verteidigungsmaterial in den USA kaufen als die USA in Europa. „Wir müssen wieder auf eine zweibahnige Straße zurückkommen", betonte der Senator. Im übrigen forderte er die europäischen Verbündeten auf, die Lücken zu füllen, „die entstehen, wenn wir Truppen aus dem NATO-Bereich abziehen müssen, um die Interessen Westeuropas in der Golfregion zu verteidigen".

SI stimmt für „Einfrieren" aller Atomwaffen

rtr/DW, ***Albufeira***

Die Sozialistische Internationale (SI) hat die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion aufgerufen, unverzügliche und praktische Schritte zur Abrüstung der Atomwaffen zu unternehmen. Die Delegierten der SI stimmten zum Abschluß des Treffens im portugiesischen Badeort Albufeira für ein beiderseitiges Einfrieren aller Nuklearарsenale.

Vor der Abrüstungsdebatte hatten die *Vereinigten Staaten und* die Sowjetunion Botschaften an den Kongreß gerichtet. In einem Schreiben an SI-Präsident Willy Brandt machte das Zentralkomitee der KPdSU die USA für mangelnde Fortschritte bei den Genfer Verhandlungen verantwortlich. Nach Angaben von Delegierten heißt es in der in deutsch geschriebenen und in Bonn überreichten Erklärung: „Die Möglichkeiten für eine Lösung sind da, aber es gibt einen Mangel an politischen Willen auf der anderen Seite".

In dem amerikanischen Schreiben wird der Sowjetunion vorgeworfen, den Westen spalten zu wollen. Ferner solle Europa von den Vereinigten Staaten abgekoppelt werden. *Falls dies gelinge*, so argumentierten die Amerikaner, hätte die Sowjetunion ihr wichtigstes strategisches Ziel seit 1945 erreicht.

Während der Debatte der Sozialistischen Internationale über Abrüstung waren die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gleichermaßen für den Stillstand bei den Abrüstungsgesprächen verantwortlich gemacht worden.

USA lassen „Copperhead" nicht fallen

rtr, **Washington**

Die amerikanische Regierung hält an der neuen Panzerabwehrwaffe „Copperhead" fest, obwohl die bisherigen Testergebnisse gegen sie sprechen. Gestern veröffentlichte Dokumente zeigen, daß das Heer angesichts einer Kostenverdoppelung auf die lasergelenkte Waffe verzichten wollte, die eine Reichweite von rund 16 Kilometern hat. Verteidigungsminister Caspar Weinberger setzte sich darüber aber jetzt hinweg. Dem Kongreß erklärte er das inzwischen schätzungsweise 50 000 bis 60 000 Dollar (121 000 bis 145 000 DM) pro Schuß teure System in einem Brief als „grundlegend wichtig für die nationale Sicherheit".

Bei der letzten Einsatzerprobung im Jahre 1979 wurde die Waffe nur unzureichend oder gar nicht mit ganz gewöhnlichen Gefechtsfeldbedingungen wie schlechtem Wetter, Rauch und beweglichen Zielen fertig, wie ein amtlicher Testbericht zeigt. Eine Kopie davon wurde von der Organisation „The Project on Military Procurement" veröffentlicht, die auf privater Basis als Prüfer von Pentagon-Projekten fungieren.

Die „Copperhead" wird von einem Geschütz abgefeuert und in der Endphase des Fluges mit einem Laserstrahl gelenkt, den ein Beobachter in vorgeschobener Position oder in einem Hubschrauber auf das Ziel richtet. Eigentlich sollte das Geschoß diesem Strahl folgen, doch schlechtes Wetter, etwa im nördlichen Europa, kann die Zielerfassung unmöglich machen.

Im Testbericht wird „Copperhead" als Schönwetterwaffe dargestellt: „Das System funktioniert ausschließlich unter perfekten Wetterbedingungen. Nebel, Schnee, *starker* Regen beeinträchtigen die Beweglichkeit auf das schwerste ... und machen es völlig untauglich." Zu Beeinträchtigungen komme es schon bei niedriger Wolkendecke, „im nördlichen Europa zum Beispiel". „Copperhead" kostet insgesamt 1,7 Milliarden Dollar (rund 4,11 Milliarden DM). Für die Entwicklung der ganzen Bandbreite lasergelenkter Waffen werden aber allein im kommenden Jahr schätzungsweise zwei Milliarden Dollar (rund 4,84 Milliarden DM) aufgewendet werden müssen – was aber keineswegs heißt, daß sie von Kinderkrankheiten verschont bleiben, wie aus dem Verteidigungsministerium verlautete.

Die Daten des Prüfberichtes zeigen, daß die „Copperhead" ausgerechnet gegen die Waffe wirkungslos ist, zu deren Abwehr sie in erster Linie entwickelt wurde: fahrende Panzer. Bis die Geschützmannschaft vom Beobachter die *Zieldaten erhält und die Granate* detoniert, vergehen zehn oder mehr Minuten. In dieser Zeit, so ein Beamter des Verteidigungsministeriums, werde das Ziel vielleicht schon aus dem Blickfeld des Beobachters verschwunden sein.

Gesagt

„Während die USA bei mehr als 200 Millionen Einwohnern mit 1,1 Millionen Staatsdienern auskommen, brauchen wir mit unseren 60 Mil*lionen Einwohnern vier* Millionen Staatshelfer."

Otto Wolff von Amerongen bei den 70. Baden-Badener Unternehmer-Gesprächen

‚DDR'-Kirche bekennt sich zu Wehrdienstgegnern

„Pazifismus ein deutliches Zeichen für den Frieden"

epd/dpa, **Berlin**

Die Leitung der Ostregion der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat vor der in Ost-Berlin tagenden Synode ihren Willen bekräftigt, Wehrdienstverweigerer weiterhin zu unterstützen, für die *Freiheit ihrer Gewissens*entscheidung einzutreten und sich gegen ihre gesellschaftliche Diskriminierung zu wenden.

In ihrem von Generalsuperintendent Erich Schuppan (Eberswalde) vorgetragenen Bericht forderte die Kirchenleitung die Christen in Mitteldeutschland zugleich zu verstärktem Friedensengagement und zum Gebet für alle auf, „die um ihres Friedenszeugnisses willen leiden müssen". Die Kirchenleitung nennt die Friedensfrage „eine Herausforderung zu aktuellem Bekennen" und bezeichnet die pazifistische Entscheidung als das „deutlichere Zeichen für den Frieden". Sie hebt hervor, daß kein Kriegsziel mehr den Einsatz von Gewalt rechtfertigen und daß auch die Verteidigung des Sozialismus nur in Frieden gelingen könne. Die Bergpredigt erweise gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation ihre „Politikfähigkeit", da dem Gebot der Feindesliebe und der Absage an das Vergeltungsprinzip mehr politische Realität innewohne, „als wir es früher wahrhaben wollten".

Die 1982 zwischen Staat, Kirche und christlichen Jugendlichen geführte Auseinandersetzung um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" hat nach Darstellung der Kirchenleitung zu Resignation und Verbitterung unter Betroffenen geführt. Auch wenn einzelne Fälle von „Benachteiligung" geklärt werden konnten, sei man in den Gemeinden weiterhin beunruhigt. Die seelsorgerische Bewältigung der Probleme sei nicht abgeschlossen, auch wenn die Staatsführung im Herbst mit der Druckgenehmigung für das Symbol auf Plakaten und Lesezeichen „Schwerter zu Pflugscharen" gleichsam legalisiert und das Symbol als Zeichen eigenständiger kirchlicher Friedensverantwortung anerkannt habe. „Mit einer gewissen Besorgnis" sehe die Kirche, „daß in der Friedensfrage zwischen Basis und Leitung der Kirche eine Spannung herrscht."

Nach Angaben der Kirchenleitung sind gegenwärtig zehn Wehrpflichtige aus dem Berlin-Brandenburgischen Bereich wegen Verweigerung des Waffendienstes in Haft: Drei „Totalverweigerer", sechs Männer, die nach Ableistung des aktiven Wehrdienstes den bewaffneten Reservedienst verweigert haben und einiger Wehrpflichtigen, die 1982 gegen ihren Willen zu bewaffneten Armee-Einheiten eingezogen wurden und, als sie auf dem Recht zum waffenlosen Dienst beharrten, zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Kirchenleitung unterrichtete die Synode über eine im Gespräch mit Kirchenvertretern abgegebene Erklärung des für Kirchenfragen zuständigen Staatssekretärs Klaus Gysi, nach der Wehrpflichtige ohne Gewissensprüfung Bausoldaten werden könnten und ihr waffenloser Dienst der Ableistung des Wehrdienstes entspreche.

Moskau sorgt sich um den Energieverbrauch

AP, **Moskau**

Das zwölfköpfige sowjetische Politbüro hat am vergangenen Wochenende Wege zur Lösung der „erstrangigen strategischen Frage" erörtert, den Energieverbrauch in der Sowjetunion zu drosseln und die Erzeugung von Energie bis zum Jahr 2000 zu erhöhen, wie die Moskauer Nachrichtenagentur Tass meldete.

Die Sicherstellung einer möglichst großen Energieerzeugung, *das Einschränken des Energiever*brauchs und die Verbesserung der Technologie wurden als „wichtigste Aufgabe" aller Parteiorganisationen und aller sowjetischen Werktätigen bezeichnet. Die erstrangige strategische Aufgabe der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung bestehe in der Verbesserung der Energieversorgung des Landes, hieß es bei der Agentur.

Als ein Weg zur Verbesserung der Lage im Energiebereich wurden die verstärkte Ausbeutung der großen Öl- und Gasreserven in Westsibirien sowie die Sicherstellung ihres Transports in den europäischen Teil der Sowjetunion bezeichnet. Der Bericht, daß das Politbüro der KPdSU die langfristige Energieversorgung des Landes als „strategische" Aufgabe einstuft, deutet darauf hin, daß sich die Kremlführung Sorgen darum macht, das wirtschaftliche Wachstum bei gleichzeitiger Beibehaltung der militärischen Stärke aufrechtzuerhalten.

In der Tass-Meldung wurden keine Angaben gemacht, ob besondere Maßnahmen für den Energiesektor beschlossen worden sind.

Prozesse gegen Regimekritiker in Ungarn

AP/DW, **Wien/Budapest**

Geplante Prozesse gegen eine Gruppe von sechs Intellektuellen, die dem Regime in Budapest nicht genehme Publikationen verbreiteten, signalisieren eine Verschärfung des innenpolitischen Klimas in Ungarn. Der Schriftsteller Miklos Haraszti berichtete der Nachrichtenagentur AP, er und seine Gesinnungsfreunde Laszlo Rajk, Jenö Nagy, Gabor Demszky, Ferenc Koszeg und Ottilia Solt müßten sich zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt wegen Verstoßes gegen die Pressegesetze verantworten.

Die sechs Intellektuellen waren am 29. März in der Budapester Wohnung Rajks, die ihnen als Treffpunkt diente, festgenommen, später wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Rajk ist der Sohn des gleichnamigen ehemaligen Innenministers, der 1949 als angeblicher Titoist hingerichtet und im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert wor*den war. Rajks Wohnung* wurde polizeilich geräumt.

Haraszti vertrat die Ansicht, die Polizei habe von der politischen Führung den Auftrag erhalten, der Untergrund-Publikationstätigkeit ein Ende zu machen. Er hoffe nur, daß dies „auf ungarische Art" ohne große politische Prozesse geschehe. Die Polizei gehe mit Haussuchungen, kurzen Festnahmen und Geldbußen gegen die nicht genehmen Intellektuellen vor.

Haraszti war im Mai 1973 als „Ultralinker" verhaftet und im Januar 1974 zu acht Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden.

Pauschale für Wahlkampf soll erhöht werden

AP, **Hamburg**

Die Wahlkampf-Kostenpauschale für die Parteien soll von 3,50 auf *fünf Mark pro Stimme* angehoben werden. Dies wird nach Informationen der „Bild am Sonntag" in einem von Bundespräsident Karl Carstens in Auftrag gegebenen Professoren-Gutachten zur Parteienfinanzierung empfohlen. Demnach soll das Einkommensteuergesetz so geändert werden, daß auch Spenden über die bislang geltende Grenze von 20 000 Mark steuerlich absetzbar sind. Sie sollen jedoch weiterhin im Bundesanzeiger mit Namen des Spenders und der Partei veröffentlicht werden. Des weiteren soll beim Bundespräsidenten ein neuer Spenden-Fonds eingerichtet werden, in den anonyme Spender bis zu 20 000 Mark überweisen können.

„DDR" hat 160 000 Hilfspolizisten

AP, **Berlin**

Das Westberliner Informations*büro West (IWE) schätzt die Zahl* der „DDR"-Bürger, die als freiwillige Hilfspolizisten zur Verfügung stehen, auf mehr als 160 000. Als Helfer der regulären „Volkspolizei" würden diese Leute besonders zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung herangezogen. Unter westlichen Beobachtern gilt es als unstrittig, daß ein Großteil dieser Hilfspolizisten zu Spitzeldiensten benutzt wird.

Bull will Ablösung vor Volkszählung

AP, **Bonn**

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Hans Peter Bull, hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) aufgefordert, umgehend einen Nachfolger zu ernennen. In einem Interview mit Radio Luxemburg sagte Bull gestern, er habe sein Gesuch bereits am 5. April eingereicht. Anscheinend sollte die Entscheidung nicht vor der Volkszählung gefällt werden, weil man sich in dieser Sache gern auf ihn berufe.

Bull äußerte, er sei grundsätzlich bereit, das Amt weiterzuführen, wenn dessen Kompetenzen „geklärt" würden. Er wiederholte seine positiven Aussagen zur Volkszählung.

„Reine Spekulation" über Leo 2

gba, **Bonn**

Ein Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" über angebliche Vorentscheidungen von Bundeskanzler Helmut Kohl für den Export deutscher Kampfpanzer des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien sind gestern im Bundeskanzleramt als „reine Spekulation" und als „unwahr" gewertet worden.

Zum einen könne der Kanzler nicht allein entscheiden, hieß es. Der zuständige Bundessicherheitsrat habe sich allerdings mit der Frage nicht befaßt. Zum anderen sei es wohl kaum angebracht, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Art Vorreiter in die eine oder andere Richtung spiele, wenn gegenwärtig über eine im Bündnis abzustimmende generelle Strategie gegenüber dem Nahen Osten nachgedacht werde. Grundsätzlich gelte für die Union weiter die in der Oppositionszeit beschlossene Resolution der CDU/CSU-Fraktion vom Februar 1981 zum Waffenexport. Grundsätzlich wird der Rüstungsexport dort unter restriktiven Gesichtspunkten gesehen.

Schwierige Mission

J. Sch. (Paris) – Auf ihrer ersten Pressekonferenz als Ministerin für Außenhandel und Touristik hat sich die frühere Landwirtschaftsministerin Edith Cresson vor allem um Entdramatisierung bemüht. Es komme überhaupt nicht in Frage, so erklärte Madame Cresson kategorisch, zu protektionistischen Maßnahmen zu greifen, um den französischen Außenhandel wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Vielmehr werde Frankreich seine internationalen Verpflichtungen, insbesondere gegenüber dem Gatt, „buchstabengemäß" erfüllen.

Allerdings soll eine „deloyale" Auslandskonkurrenz auf dem französischen Markt nach Madame Cresson keinesfalls geduldet werden. Was die Franzosen unter deloyal alles verstehen, haben sie schon oft gezeigt, zuletzt gegenüber ausländischen Video-Recordern, die immer noch im Zollamt von Poitiers festgehalten werden.

Im Grunde ihres Herzens scheint Madame Cresson jedenfalls nicht vom Segen des Freihandels überzeugt zu sein. So verkniff sie sich nicht den Hinweis, daß Frankreich im Außenhandel weit weniger schlechte Ergebnisse verbucht hätte, wenn es seinen Markt in autoritärer Weise geschützt hätte. Wird sie deshalb nicht spätestens dann auf protektionistische Maßnahmen zurückgreifen, wenn sich herausstellt, daß sie die ehrgeizigen Ziele, die ihr Präsident Mitterrand gesetzt hat, nicht erreichen kann?

Für dieses Jahr mag es Frankreich dank verbilligter Ölimporte und des einfuhrdämpfenden Effekts des neuen Austerity-Plans möglicherweise gelingen, das letztes Jahr auf 30 Milliarden Mark verdoppelte Handelsbilanzdefizit um die Hälfte zu reduzieren. Es für 1984 voll aus der Welt zu schaffen, dürfte aber ohne massiven Protektionismus unmöglich sein.

Mehr Durchblick

adh. – Frohe Botschaft für alle am Bau. Bei der Eröffnung der Baumaschinenmesse „Bauma" in München hat Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider Signale gesetzt: Er sieht es als vordringlich an, das Gestrüpp des Bau- und Planungsrechts zu lichten. Alle, die rund um den Bau tätig sind, wünschen dem Minister dazu eine gut geschärfte Machete und die notwendige Standfestigkeit, um diese löbliche Ankündigung nicht über den Ereignissen der Tagespolitik zu vergessen. Denn das Verordnungsgestrüpp um den Bau hat schon manche Baustelle überwuchert und ist vor allem kleineren und mittleren Bauunternehmen längst über den Kopf gewachsen: Niemand blickt mehr so recht durch. Das überläßt man den Bauämtern, die sich zwar redlich mühen, aber angesichts der in den letzten Jahren ins Undurchsehbare geschwollenen Verordnungsflut auch ihre liebe Mühe haben. Die Folgen sind sattsam bekannt: Verzögerungen, teure Änderungen. Ein energischer Bauminister, der zumindest offensichtlichen Unsinn und Widersprüchliches beseitigt, könnte glatt ein Konjunkturprogramm ersetzen.

VW-Fehlkalkulation

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Nicht überrascht hat in der amerikanischen Automobilindustrie, daß sich die Volkswagen of America Inc. (VoA) von ihrem zweiten, niemals in Betrieb genommenen Montagewerk in Sterling Heights, Michigan, trennt. Dafür war der Niedergang der Wolfsburger US-Tochter zu offensichtlich. Während die Wall Street auf die Japaner tippte, rief der Name des Käufers – Chrysler – indes Erstaunen hervor.

Immerhin hat die Chrysler Corporation von 1978 bis 1981 nahezu 3,5 Milliarden Dollar verloren – die schlimmsten Verluste, seit es in der Neuen Welt Unternehmen gibt. Im vergangenen Jahr klingelte es zwar wieder in der Kasse, aber der Gewinn von 170 Millionen Dollar resultierte beinahe ausschließlich aus dem Verkauf der Panzerherstellung an General Dynamics. Am Leben gehalten wurde Amerikas drittgrößter Autokonzern durch Konzessionen der Banken, Lieferanten und Mitarbeiter sowie durch einen von Washington verbürgten Kredit über 1,2 Milliarden Dollar.

Noch ist denn auch das letzte Wort über den „Deal" zwischen VoA und Chrysler nicht gesprochen. Zustimmen muß nicht nur der Verwaltungsrat des Unternehmens (vermutlich im Mai), sondern auch das Federal Loan Guarantee Board, das 1979 eigens zur Überwachung der Chrysler-Finanzen geschaffen worden ist. Oberaufseher sind US-Finanzminister Regan und der Chef der amerikanischen Notenbank, Volcker. Sie machen ihre Entscheidung davon abhängig, ob Chrysler die neue Last verkraften kann und nicht eines Tages doch der Bund zahlen muß.

Wie es aussieht, hat der gewiefte Chrysler-Retter Lee Iacocca, von Henry Ford II. 1978 über Nacht entlassen, den Wolfsburger Preis gehörig gedrückt. So soll VW 300 Millionen Dollar verlangt und sich schließlich nach langem Gerangel mit etwa der Hälfte zufriedengegeben haben. Hinzu kommt, daß Chrysler den Kaufbetrag in zwölf Jahren abstottern kann. Soweit Einzelheiten der Vereinbarung durchgesickert sind, bleibt die VoA bis 1995 Eigentümer der Anlagen; so kann die VoA die Abschreibungsmöglichkeiten nutzen.

Volkswagen wollte ursprünglich 300 Millionen Dollar in Sterling Heights, einer tristen Industriestadt 24 Kilometer nördlich von Detroit, investieren. Abgewickelt wurden bis zum letzten Sommer rund 80 Prozent, als horrende Absatzeinbußen zur Aufgabe des Projektes zwangen. Gekauft hatte die VoA 1980 das ehemalige Raketenwerk der amerikanischen Armee für 21 Millionen Dollar. Dafür baute der Staat Michigan im sogenannten Swap-Verfahren zwei Bürotürme in Warren. Das Gelände umfaßt 117 Hektar, die Gebäude sind 29 Jahre alt. Laut Plan wollte Volkswagen in Sterling Heights 4000 Arbeiter beschäftigen.

Abgesehen davon, daß Chrysler modernste Ausrüstungen in einem völlig renovierten Werk übernimmt, kann sich Iacocca auch sonst die Hände reiben: Mit geringer Anzahlung und ohne Bankkredit – den der Konzern auch von keinem Institut erhalten hätte – stehen nun dringend benötigte Montagekapazitäten zur Verfügung. Wegen des Kostenabbaus, den der Washingtoner Garantierat vorgeschrieben hatte, verlor Chrysler mehrere Werke; die Produktionsgrenzen sind jetzt praktisch erreicht. Von Juli 1984 an soll in Sterling Heights ein neuer Wagen vom Band laufen. Chrysler gewährt freigebig Rabatte und Billigdarlehen. Dadurch ist es gelungen, den Marktanteil in den USA von zehn auf zwölf Prozent zu erhöhen.

Volkswagens Geschäft mit Chrysler ist nicht ohne Risiko. Wenn Iacoccas Absatzrechnung nicht aufgeht, wird der Konzern wieder mit Überkapazitäten geplagt. In Sterling Heights will Chrysler zusätzlich 160 Millionen Dollar investieren und 1600 Mitarbeiter beschäftigen. Der Kassenbestand wird in der Branche auf 900 Millionen Dollar veranschlagt, wobei jedoch 1984 zurückgestellte Pensionszahlungen in Höhe von 228 Millionen Dollar fällig sind. Erfolgreich untergebracht hat der Konzern jedoch soeben 26 Millionen Aktien (Kurswert: 16,625 Dollar). Der Erlös betrug 432,2 Millionen Dollar.

Die Fehlkalkulation kostet die Volkswagen AG eine Menge Geld. Aber Sterling Heights zu halten wäre nicht zu vertreten gewesen. Der VW-Anteil am US-Markt ist von 2,7 auf 1,2 Prozent geschrumpft. 1982, verglichen mit dem Vorjahr, sanken die Verkäufe um 43,9 und im ersten Quartal 1983 um 21,7 Prozent. Die Ironie will es, daß die VoA Grundstück und leere Hallen ihres im April 1978 in Westmoreland, Pennsylvania, in Betrieb genommenen Werkes von Chrysler erwarb. Damals stand Chrysler das Wasser bis zum Hals. Heute ist es umgekehrt.

OTTO WOLFF / DIHT-Präsident räumt mit Illusionen über Ostgeschäfte auf

Handelsaustausch war nie stark genug, um politischen Wandel zu erreichen

HEINZ HECK, Bonn

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat unter Hinweis auf die jüngsten französischen Devisenbeschränkungen vor einem „Waschmaschinen-Nationalismus" gewarnt. Bei den 70. Baden-Badener Unternehmer-Gesprächen hat er gestern abend die Bundesregierung aufgefordert, der deutschen Stahlindustrie entweder auch mit Subventionen zu helfen oder „Maßnahmen zumindest zur Preiskontrolle" an den Grenzen der Bundesrepublik zu ergreifen.

In seiner Grundsatzrede zum Thema „Wirtschaft und Staat" übte Wolff Kritik an den jüngsten Pariser Beschlüssen. Er räumte zwar ein, nicht die Bundesrepublik, sondern vor allem Spanien, die Schweiz und Österreich seien Hauptbetroffene der Beschränkungen, wobei er offenließ, ob diese „überhaupt zu Deviseneinsparungen führen werden".

Hinter dem Schweigen der Bundesregierung zu dem französischen Schritt vermutet er – „ähnlich wie bei der schiefen und zum Teil verfehlten Argumentation in Sachen Wechselkursanpassung" – politische Gründe: Bonn zeige Entgegenkommen gegenüber Paris auch deswegen, weil Präsident Mitterrand nicht nur im, sondern auch nach dem Wahlkampf „die sicherheitspolitische Linie der Bundesregierung voll unterstützt hat".

Der erfahrene Osthändler versuchte mit politischen Illusionen der Vergangenheit aufzuräumen: „Der Handel war meines Erachtens nie stark genug, um im Osten einen politischen Wandel zu erreichen, wie es einige deutsche Politiker Anfang der siebziger Jahre geglaubt haben ... Der Handel war aber auch nicht stark genug, daß er als ein politisches Druckmittel verwendbar gewesen wäre."

Unter Hinweis auf die mit den Partnern nicht abgestimmten Sanktionsbemühungen des amerikanischen Präsidenten Reagan als Antwort auf die Ereignisse in Afghanistan und Polen empfahl Wolff „vor allem eine Konsultation mit Verbündeten". Zwar akzeptiere die Wirtschaft die Unterordnung wirtschaftlicher Anliegen unter die Erfordernisse der Sicherheits- und Außenpolitik. „Jedoch warne ich vor untauglichen Versuchen, mit Restriktionen in der Handelspolitik Fehler und Versäumnisse in der Außen- und Sicherheitspolitik heilen zu wollen." Um zu vermeiden, daß sich ein amerikanisches Embargo erneut gegen europäische Verbündete richte, empfahl Wolff der westlichen Allianz „eine höhere Qualität an Beratungs- und Entscheidungsprozessen."

Im innenpolitischen Teil seiner Rede forderte Wolff „ein baldiges Ende" der europäischen Stahlsubventionen, „denn sonst ist jede Neuordnung illusorisch". Den Vorschlag der Stahlmoderatoren nannte er „vernünftig", nur sei es „bedauerlich festzustellen, daß man sich in der Stunde der größten Gefahr in einem Gerangel zwischen staatlichen und privaten Verantwortlichkeiten nicht einigen kann."

Als Ergebnis der 13jährigen sozialliberalen Ära sieht Wolf heute einen „Reparaturbedarf ..., der die Aufgabe der neuen Bundesregierung für die nächsten Jahre darstellt". In der Steuer- und Sozialpolitik seien eine hohe Abgaben- und Steuerlast zementiert worden, von zusätzlichen Belastungen durch Arbeits- und Kündigungsschutzgesetz und Sozialplanregelungen ganz zu schweigen. „Diese verstärkte Verteilungsaktivität des Staates hat aber nicht nur den Handlungsspielraum der Unternehmen eingeschränkt, sondern auch die Marktsignale verfälscht", betonte Wolff und nannte beispielhaft den Mietwohnungsmarkt und die Schattenwirtschaft.

Mobilität, Flexibilität und Rentabilität in der deutschen Wirtschaft hätten sich „deutlich verringert, gerade jetzt, wo diese Eigenschaften besonders dringend erforderlich wären". Wolff unterstützte erneut alle Initiativen für einen Subventionsabbau zugunsten einer gleichzeitigen generellen Steuerentlastung. Die öffentlichen Defizite dürften nicht mehr wachsen, und in besseren Konjunkturzeiten müßte die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte „deutlich" vermindert werden.

Der neuen Regierung empfahl er, alle Möglichkeiten zum persönlichen Gespräch mit Gewerkschaftern und Arbeitgebern zu nutzen und die Konzertierte Aktion wieder einzuführen.

AUF EIN WORT



„Unser Hauptproblem ist nicht der Strukturwandel an sich, sondern das häufig mangelnde Verständnis dafür, daß Strukturwandel Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit ist. Eine Volkswirtschaft, die immer mehr Strukturen konserviert, verliert auch immer mehr die Fähigkeit, Wohlstand zu erzeugen."

Peter Jungen, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Frankfurt FOTO: DIE WELT

Kühnen: Noch Zinsspielraum

AP, Osnabrück

Ein weiterer Zinsrückgang ist nach Einschätzung des Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken, Harald Kühnen, möglich, sofern von den Vereinigten Staaten keine größeren negativen geldpolitischen Wirkungen ausgehen. In einem Interview für die „Neue Osnabrücker Zeitung" sagte Kühnen, die Bundesrepublik müsse sich darum bemühen, ihre Abhängigkeit vom amerikanischen Zinsniveau weiter zu verringern. Eine Quelle der Unsicherheit sei allerdings die Frage, ob die Regierung in Washington ihre Fiskalpolitik in den Griff bekomme. Insgesamt zuversichtlich zeigte sich Kühnen über eine weitere Senkung der Zinssätze, obwohl der Spielraum dafür in der Bundesrepublik nicht sehr groß sei.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Der zwölfte Rahmenplan hat höher gesteckte Ziele

ERWIN SCHNEIDER, Bonn

Gegenüber dem vorangegangenen sind die Ziele des zwölften Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 1983 bis 1987 weitergefaßt. Gravierende Änderungen zu den bisherigen Regelungen sieht die Bundesregierung allerdings nicht. Der Planungsausschuß, in dem Bund und Länder vertreten sind, beschloß jetzt einstimmig, bis 1987 private Investitionen von 57,7 Milliarden Mark zu fördern, im elften Rahmenplan von 1982 bis 1986 waren für die Regionalförderung rund elf Milliarden Mark vorgesehen.

Mit den Förderungsmaßnahmen des neuen Rahmenplans sollen etwa 249 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und rund 218 300 bestehende gesichert werden. Im elften waren die Ziele mit rund 170 200 neuen und 214 300 gesicherten Arbeitsplätzen niedriger gesteckt. Für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurde im letzten Jahr ein Investitionsvolumen von 1,4 Milliarden Mark angesetzt, nun sind es rund zwei Milliarden Mark.

Die Investitionsanreize für die Gründung von selbständigen Existenzen und für die Modernisierung von Fremdenverkehrsbetrieben sollen im zwölften Rahmenplan verstärkt werden, ebenso sollen auch Erweiterungsinvestitionen gefördert werden. Das 1981 festgelegte Fördergebiet bleibt nach der Entscheidung des Planungsausschusses unverändert. Allerdings schwebt noch ein Verfahren bei der Europäischen Gemeinschaft, denn die EG-Kommission hatte beim zehnten und elften Rahmenplan bei 15 Arbeitsmarktregionen die Förderung vollständig oder in ihrer Intensität in Frage gestellt. Der Planungsausschuß ließ aber seine Bereitschaft erkennen – trotz seiner grundsätzlichen Bedenken gegen die Haltung der EG-Kommission – das Fördergebiet noch einmal zu reduzieren.

NEW YORKER BÖRSE

Gute Einzelhandelsumsätze stoppen die jüngste Talfahrt

H.-A. SIEBERT, Washington

Ermuntert durch ein kräftiges Anziehen der Einzelhandelsumsätze im März, das eine größere Kaufbereitschaft der Verbraucher signalisiert, haben sich die US-Aktienmärkte an den beiden letzten Börsentagen etwas erholt. Der Dow-Jones-Industrie-Index legte nach längerer Talfahrt am Donnerstag und Freitag vier und sieben Punkte zu, sank aber im Wochenverlauf noch einmal um 5,32 auf 1124,71 Punkte. Er hat damit seit dem 24. März, als er mit 1145,90 Punkten einen neuen Rekord aufstellte, 21 Punkte eingebüßt.

Das Kaufinteresse konzentrierte sich hauptsächlich auf die im „Dow" enthaltenen Wachstumswerte, die sogenannten Glamours. Der breitgestreute Nyse-Index verlor über die Woche 0,16 Punkte, stieg am Schluß jedoch um 0,35 und 0,55 auf 87,87 Punkte. Mit unter 70 Millionen Papieren lagen die Börsenumsätze allerdings weit unter dem Durchschnitt. Zur Stabilisierung trugen vor allem Ölaktien bei; für die Wall Street scheint der Rutsch der Ölpreise zunächst beendet. Atlantic-Richfield gewann 1,875, Standard of California und Phillips Petroleum 1,375 sowie Standard of Ohio 1,25 Dollar.

Das künftige Börsenklima machen Broker weitgehend von der Entwicklung an den Rentenmärkten abhängig. Zinssenkungen lösten hier vergangene Woche einen leichten Spurt aus. Wenn er sich fortsetzt, rechnet David M. Polen von der Polen Securities Inc. mit einem „Dow", der die alte Rekordmarke durchbricht. Zu beobachten ist die Tendenz, daß immer mehr Investoren in unterbewertete und damit billige Aktien umsteigen. Auf dem geplanten Kurs liegt zur Zeit die US-Geldpolitik. Auch in der letzten Berichtswoche nahm die Geldmenge ab. An allen wichtigen Bankplätzen stagniert die Kreditnachfrage der Privatwirtschaft.

US-BANKENAUFSICHT

Fünf-Punkte-Programm für Kontrolle der Auslandskredite

H.-A. SIEBERT, Washington

Strenger kontrolliert werden in den USA künftig die Auslandsgeschäfte der Privatbanken. Das gilt nun als sicher, nachdem die Aufsichtsbehörden, die aus dem Federal Reserve Board, dem Comptroller of the Currency und der Federal Deposit Insurance Corp. bestehen, dem Kongreß ein gemeinsames Fünf-Punkte-Programm vorgelegt haben. Es sieht im einzelnen vor:

1. Verschärft wird die Bankenaufsicht insofern, als die Institute früher als bisher auf risikoreiche Ausleihungen aufmerksam gemacht werden. Banken, die ihre Kredite außerdem auf nur ein oder wenige Länder konzentrieren, müssen über mehr Kapital verfügen als Institute mit einer diversifizierten Ausleihstrategie.
2. Über ihr Auslandsengagement müssen die Geschäftsbanken des öfteren und ausführlicher Bericht erstatten als bisher. Dazu gehören genaue Informationen über die Kreditnehmer. Einleger dürfen ihre Gelder zurückziehen, wenn die Praktiken des Managements Mißtrauen hervorrufen. Die Aktionäre wiederum können die Geschäftsführung zur Änderung der Bankpolitik zwingen.
3. Wenn Kredite an souveräne Staaten nicht pünktlich und im vereinbarten Umfang zurückgezahlt werden, müssen die Banken besondere Rückstellungen vornehmen, und zwar aus dem laufenden Einkommen. Diese Regel gilt aber nicht für Länder, die eine Umschuldung ausgehandelt haben und die Kredite nach den neuen Verträgen bedienen. Nicht mehr anerkannt wird das Argument, die Banken brauchten gegenüber säumigen Staaten keine Reserven zu bilden, weil Regierungen nicht in Konkurs gehen könnten.
4. Untersagt wird den Banken, Gebühren, die bei der Kreditvergabe anfallen, sofort als Einkommen zu verbuchen. Vielmehr dürfen die „Fees" nur noch über die gesamte Laufzeit der Darlehen amortisiert werden. Besonders machen die Regulatoren geltend, daß die Gebühren einen Anreiz für Auslandskredite darstellen. Sie polsterten die Bankgewinne auf, während vielleicht in Wahrheit eine Verschlechterung der Bilanzsumme eingetreten sei.
5. Um das Ausleihrisiko zu reduzieren und die Verschuldung einzelner Länder besser zu beobachten, soll die Koordinierung zwischen der amerikanischen Bankenaufsicht, den ausländischen Regulatoren und dem Internationalen Währungsfonds verbessert werden.

Wie bereits ausführlich berichtet, ist eine strengere Bankenkontrolle die Voraussetzung dafür, daß der Kongreß den US-Anteil für die Aufstockung der IWF-Mittel – 8,4 Milliarden Dollar – freigibt. Ob diese Vorschläge ausreichen, ist indes fraglich. Führende Senatoren verlangen zum Beispiel ein festgeschriebenes Kreditlimit für jedes Land.

US-Banken warnen vor allzu scharfen Kontrollen. Sie zitieren den geschäftsführenden Generaldirektor des IWF, de Larosière, der vorgerechnet hat, daß die Bankkredite an die Dritte Welt jährlich um 20 Milliarden Dollar wachsen müssen, wenn die Weltwirtschaft florieren soll.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Lambsdorff eröffnet morgen Hannover-Messe

Hannover (dpa/VWD) – Wichtige konjunkturpolitische Aussagen erhoffen sich in- und ausländische Wirtschaftskreise von der Hannover-Messe '83, die am Dienstag abend (12. April) von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) eröffnet wird. Auf dieser größten Industrieausstellung der Welt werden vom 13. bis 20. April rund 6000 Firmen und Organisationen aus 47 Ländern einen Überblick über den neuesten Stand der technischen Entwicklung geben. Nahezu jeder dritte Aussteller kommt aus dem Ausland.

Weg der Kurse

	8. 4. 83	31. 3. 83
Boeing	40	40
Chrysler	17	17
Citicorp	41,75	41,25
Coca-Cola	54,625	53,50
Exxon	31	30,625
Ford Motors	37,875	40,25
IBM	103,125	101,625
PanAm	4,75	5,25
US Steel	22,50	22,875
Woolworth	34,50	32,875

„Durchreise" begann

Berlin (dpa/VWD) – In Berlin hat am Sonntag die „129. Berliner Durchreise" begonnen. Über 250 Aussteller aus neun europäischen Ländern zeigten bis zum 13. April die Damenmode der Herbst-Wintersaison 1983/84. Insgesamt werden knapp 600 Kollektionen präsentiert. Nach Rückschlägen in den vergangenen Jahren sehen die Vertreter der Damenoberbekleidungs-Industrie jetzt wieder optimistischer in die Zukunft. Bereits auf den letzten Messeveranstaltungen sei „die Stimmung gut" gewesen, hieß es.

Bundesbahn-Defizit

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Defizit der Deutschen Bundesbahn (DB) ist im vergangenen Jahr zwar weiter gewachsen, fiel aber mit 4,45 Milliarden Mark um über 160 Millionen Mark geringer aus, als im Nachtrag zum Wirtschaftsplan erwartet worden war. Gegenüber dem Ergebnis von 1981 verschlechterte sich die Gewinn- und Verlustrechnung der Bahn nach vorläufigen Zahlen um insgesamt 400 Millionen Mark.

MBB: Keine Kündigungen

München (dpa/VWD) – Ohne Kündigungen soll die Zahl der im Konzern der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), Ottobrunn, Beschäftigten bis Ende 1983 auf 35 086 (Ende 1982: 37 869) verringert werden. Diese Angaben machte die MBB-Geschäftsführung nach einem Bericht der MBB-Mitarbeiterzeitschrift. Das Unternehmen sehe noch keine positiven Veränderungen der allgemeinen Geschäftslage. Zudem erfordere die Krise im Lufttransportgeschäft, von der auch der Airbus betroffen sei, Kapazitätsanpassungen.

Urkunden hinterlegt

Hamburg (dfh) – Der Verband Deutscher Reeder (VDR) hat begrüßt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande als erste westliche Länder die Urkunden zur Ratifizierung des UN-Verhaltenskodex für Linienkonferenzen bei den Vereinten Nationen hinterlegt haben. Damit sei gewährleistet, daß dieser Kodex am 6. Oktober international verbindlich in Kraft tritt. Der lange erwartete Vollzug der Ratifizierung ist nach VDR-Meinung „ein nennenswerter Schritt auf dem Wege zur Realisierung einer aktiveren Linienschiffahrtspolitik der Bundesregierung".

Londoner Kassapreise

	8. 4. 83	31. 3. 83
Kupfer (£/t)	1076,75	1103,75
Blei (£/t)	303,75	311,75
Zink (£/t)	450,5	462,75
Zinn (£/t)	9290,5	9264
Gold ($/Unze)	421,5	414,5
Silber (p/Unze)	733,00	708,00
Kakao [1] (£/t)	1233,5	1275,5
Kaffee [1] (£/t)	1666,5	1898
Zucker (£/t)	110	113
Kautschuk (p/kg)	78,5	80
Wolle (p/kg)	400	409
Baumwolle [2] (cts/lb)	80,10	79,70

[1] Abladung Juli; [2] Abladung Juli;
[3] A-Index-Preis Liverpool

FRANKREICH

Paris lockert zum zweiten Mal Devisenbeschränkungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die in Frankreich tätigen in- und ausländischen Reiseagenturen sind jetzt von den Devisenbeschränkungen, welche die Regierung im Rahmen ihres Austerity-Planes vom 25. März beschlossen hatte, weitgehend freigestellt worden. Ein am Wochenende von ihrem Verband mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium unterzeichnetes Abkommen verpflichtet sie lediglich, die Devisenausgaben zur Finanzierung von pauschalen Gruppenreisen ins Ausland vom 1. April bis 31. Oktober 1983 auf 75 Prozent der Devisenabgänge in der gleichen Vorjahreszeit zu begrenzen.

Unter dieser Bedingung dürfen jetzt sämtliche Projekte voll honoriert werden, die in den vor dem 25. März herausgegebenen Programmen und Katalogen angeboten werden. Die Buchung solcher Reisen unterliegt unabhängig von dem Bestimmungsland und von den Kosten keinen Beschränkungen – „solange der Vorrat reicht".

Allerdings müssen sich die Franzosen auf den Kaufpreis einen Teil ihres Reisedevisenkontingents (pro Jahr 2000 Franc bzw. für Kinder unter zehn Jahren 1000 Franc) anrechnen lassen, und zwar 1750 Franc bei einer Reise mit Vollpension und 1150 Franc bei einer solchen mit Halbpension. Das Recht zur Mitnahme von 1000 Franc je Person (und Reise) in nationaler Währung bleibt unberührt.

Die Regierung will mit dieser Regelung die Franzosen wohl daran hindern, in diesem Jahr mehr als eine Gruppenreise anzutreten. Auch werden die Agenturen entmutigt, für die Wintersaison Engagements für Auslandsreisen einzugehen. Auf die Handhabung der Devisenbeschränkung nach dem 31. Oktober hat sich das Wirtschaftsministerium noch nicht festgelegt.

AMERIKANISCHE HANDELSKAMMER / Jubiläumsfeier in Berlin

Enge Beziehungen zum Gründungsort

PETER WEERTZ, Berlin

Für die Amerikanische Handelskammer in Deutschland (American Chamber of Commerce in Germany) ist Berlin ein Traditionsort. Sie wurde hier vor 80 Jahren, Anfang 1903, gegründet. Mit ihren 1700 Mitgliedern, darunter 600 Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen, versteht sie sich heute wie damals als Brücke über den Atlantik. Ihr Doppelsitz Berlin und Frankfurt/Main weist auf ihre engen Beziehungen zum Ort ihrer Gründung hin. Zu den Mitgliedern gehören auch viele deutsche Unternehmen, die mit Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten vertreten sind.

Der Präsident der Amerikanischen Handelskammer, George N. Fugelsang, Leiter der Citibank in Frankfurt/Main, hat zur 80. Jahresmitgliederversammlung am 14. und 15. April nach Berlin eingeladen. Jubiläumsgast ist Bundespräsident Professor Karl Carstens. In seiner Einladung erinnert Fugelsang daran, daß vor 300 Jahren die ersten Einwanderer aus Deutschland amerikanischen Boden betraten. Zugleich unterstreicht er die Bedeutung der freien Marktwirtschaft, die beide Nationen verbinde.

Von Anfang an war die Amerikanische Handelskammer in Deutschland mehr als ein Büro für Handelsinformationen. In der „Vossischen Zeitung" der Reichshauptstadt von Freitag, dem 30. Januar 1903, heißt es zur Gründung: „Vor allem aber wird es Aufgabe der Kammer sein, die guten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu pflegen." In den beiden Weltkriegen war die Tätigkeit der Kammer nur für wenige Jahre unterbrochen.

Auf ihren Veranstaltungen in Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover oder Hamburg nimmt die Handelskammer regelmäßig Stellung zu wirtschaftspolitischen, unternehmerischen und fachlichen Fragen. „Wir reagieren dann, wenn die Interessen unserer Mitglieder berührt werden", meint ein Repräsentant der Kammer. Fachseminare über Investitionen in den USA oder Steuerfragen in Deutschland stehen ebenso auf dem Programm wie aktuelle Fragen der Wirtschaftsbeziehungen, des Ost-West-Handels oder Einzelheiten des Erdgas-Röhren-Geschäfts.

Seit Jahren schon informieren sich besonders mittelständische deutsche Unternehmen über Märkte, Standorte und Vorschriften in den USA, wenn sie dort Zweigbetriebe gründen wollen. Ohnehin arbeitet die Amerikanische Handelskammer eng mit den örtlichen Wirtschaftsorganisationen zusammen, sie ist außerdem akkreditiertes Mitglied der American Chamber of Commerce in den Vereinigten Staaten.

Zwei Themen stehen bei der Jubiläumsfeier in Berlin am 14. und 15. April im Vordergrund: der Protektionismus in der Weltwirtschaft und die Arbeitslosigkeit.

GRUPPE DER 77

Gefahr für Frieden und Stabilität

AP, Buenos Aires

Mit der Forderung nach Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist am Samstag in Buenos Aires eine zweiwöchige Tagung der in der „Gruppe der 77" zusammengefaßten Entwicklungsländer zu Ende gegangen. Die Dringlichkeit der Forderung wurde durch die Feststellung der Konferenzteilnehmer unterstrichen, daß „die Gefahren, die von der gegenwärtigen Krise *für Frieden und Stabilität in der* Welt ausgehen", sehr ernst seien.

Die Konferenzteilnehmer formulierten Vorschläge, die die Organisation auf der im Juni stattfindenden Tagung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung in Belgrad vorlegen will. In einer Erklärung heißt es, die Weltwirtschaft befinde sich in der tiefsten und gefährlichsten Krise seit den dreißiger Jahren. Als Faktoren für die wirtschaftlichen Nöte der Entwicklungsländer werden stetig rückläufige Preise für deren Rohstoffe, protektionistische Maßnahmen der Industrieländer sowie Zahlungsbilanzschwierigkeiten genannt.

STAHLINDUSTRIE / Die Branche soll nicht zu Kostgängern des Staates werden

Wettbewerb bleibt ein Stimulans

Von RUPRECHT VONDRAN

„Die Bundesregierung soll keine Stahl-Oberbehörde werden." Darin ist dem Wirtschaftsminister zuzustimmen. Beamte erzeugen keinen kostengünstigeren und besseren Stahl als branchenerfahrene Manager mit ihren Belegschaften. Die Bundesrepublik hat schon heute Züge eines unwirtschaftlich geführten Großunternehmens. Die Angliederung zusätzlicher Grundstoff-Interessen hieße die Fehlerquote erhöhen und die Verluste vergrößern. Ein Blick über europäische Grenzen vermittelt dazu Anschauung zu Genüge. In Deutschland *gibt es in dieser Frage breiten* Konsens. Er umfaßt alle großen Parteien, die Unternehmer und ihre Verbände sowie die Führung der Arbeitnehmerorganisationen.

Das Maß der Übereinstimmung *reicht noch weiter. Im Interesse* einer differenzierten Verarbeitung muß dem Land eine leistungsfähige Stahlindustrie erhalten bleiben. Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern bleibt ein notwendiges Stimulans. Die Stahl-Einheitsgesellschaft ist keine Lösung. Auch dies unterscheidet die Bundesrepublik von den Nachbarn.

Das Ziel ist markiert

Weitgehende Einigkeit besteht sogar über Grundlinien deutscher Stahlpolitik. Das Gleichgewicht auf dem europäischen Markt kann nur durch Kapazitätsabbau wiederhergestellt werden. Dazu müssen auch die heimischen Unternehmen beitragen. Wegen der im europäischen Umland gewährten Subventionen darf der Ausleseprozeß nicht einem ungezügelten Wettbewerb überlassen werden. Die kostengünstigen deutschen Anbieter würden dabei auf der Strecke bleiben. Mengen- und preisregulierende Maßnahmen sind daher leider gegenwärtig unverzichtbar. *Unbestritten ist auch,* daß ohne Einsatz öffentlicher Mittel in Deutschland die in acht Jahren aufgestauten Probleme nicht mehr zu lösen sind. Selbstgestellte Aufgabe der Industrie und öffentlicher Auftrag bleibe es jedoch, möglichst schnell zu den Bedingungen eines freien gemeinsamen Marktes zurückzukehren.

Der Boden der Gemeinsamkeit ist also fester und tragfähiger als es die oft schrillen und unfruchtbaren Diskussionen der letzten Zeit erwarten lassen. Obwohl das Ziel markiert ist, bleibt derzeit ungewiß, ob es gelingt, einen Weg über das schwierige, noch offene Gelände zu legen. Politiker und Unternehmer, ohne deren Zusammenwirken es nicht geht, können sich bisher nicht über die Arbeitsteilung und die Schrittfolge einigen.

Die Stahlunternehmen haben die *Aufgabe,* Optimierungsprobleme zu lösen. Sie müssen die Qualität der Standorte richtig bewerten, die erhaltenswürdigen Kapazitäten auswählen, die betriebswirtschaftlichen, technischen und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für eine Konzentration der Erzeugung auf diesen Anlagen schaffen und die notwendigen personellen Anpassungen vornehmen. Die Unternehmensführungen haben *schließlich zu entscheiden, ob das* Rationalisierungspotential am besten im Alleingang, durch firmenübergreifende Zusammenarbeit oder durch Fusionen geschaffen werden kann.

Das ist ein anspruchsvolles Programm. Politiker und Gewerkschaftler verlangen jedoch noch mehr. Die Montanmitbestimmung soll möglichst unverändert erhalten bleiben. Die Konzepte sollen wettbewerbs- und regionalpolitisch ausgewogen sein. Die Beschäftigung darf nirgends zu sehr zurückgeschnitten werden. Auch wer solchen Forderungen hohen Stellenwert beimißt, muß sich fragen, wie es gelingen kann, allem durch unternehmerische Entscheidungen gleichermaßen Rechnung zu tragen? Liegen Zielkonflikte nicht offen zutage? Sind Sozial- und Beschäftigungspolitik, Wettbewerbspolitik, Regionalpolitik vorrangig unternehmerische Aufgaben? Verfügen die Unternehmen über die Mittel zu ihrer Lösung? Darf sich der Staat darauf beschränken zu fordern, zu kritisieren und anzuklagen? Läßt man sich von den Worten vieler Politiker in den betroffenen Gemeinden und Ländern und im Bund leiten, so muß man solche Fragen bejahen; die Bundesregie*rung ist ja keine „Stahl-Oberbehörde".*

In solchem Zusammenhang sind nun Zweifel erlaubt. Aus gutem Grund ist deutsche Strukturpolitik traditionell bescheiden in ihrem Anspruch. Sie gibt nicht vor zu wissen, wo die Märkte und die Arbeitsplätze von morgen zu finden sind. Sie verzichtet nach Möglichkeit auf den unmittelbaren Eingriff. Beim Stahl wäre eine solche Zurückhaltung allerdings grob inkonsequent.

Die abgelöste Regierung hat diese Industrie einem beispiellosen europäischen Dirigismus überantwortet. Sie hat Subventionen wuchern lassen und zur Eindämmung der unerwünschten Folgen mengen-, preis- und investitionsregulierenden Maßnahmen zugestimmt. Politische Enthaltsamkeit in Bonn öffnet nach diesen Vorbelastungen nur zusätzlichen Freiraum für Übergriffe der Brüsseler Bürokratie. Politik nach dem Pilatus-Prinzip muß der deutschen Stahlindustrie weiteren schweren Schaden zufügen.

Die öffentliche Hand will zur Wiedergesundung der Stahlindustrie erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Zwei bis drei Milliarden Mark sind als Starthilfe genannt. Der mittelfristige Bedarf wird noch höher sein. Es wäre vor dem Steuerzahler kaum zu verantworten, wenn mit Hilfe von Staatsmitteln Kapazitäten erhalten oder aufgebaut würden, die, privatwirtschaftlich finanziert, bereits an anderer Stelle in Deutschland zu Genüge vorhanden sind.

Die Unternehmen haben nur begrenzten Spielraum, ohne Hilfe von außen zu firmenübergreifenden betriebswirtschaftlichen Lösungen zu kommen, die außerdem den bereits genannten Balanceanforderungen entsprechen. Die vorhandenen Anlagen lassen sich nicht beliebig teilen, sondern sind nur in wenigen Kombinationen sinnvoll zu ordnen.

Nur der Staat verfügt noch über die notwendige finanzielle Kompromiß-Masse, mit der er Ungleichgewichte austarieren kann, die mit jedem Konzept, seien es Moderatorenempfehlungen oder Gegenvorschläge, verbunden sind. Er kann Standorte, die von der Natur nicht begünstigt sind, die er aber aus volkswirtschaftlichen Gründen erhalten will, so ausstatten, daß sie verteidigungsfähig werden. Eine Schleuse, ein Hafenbecken oder andere Infrastrukturmaßnahmen können die Kosten einer Produktionsstätte nachhaltig verbessern. Weder einzelne Unternehmen noch die ganze Branche dürfen auf die Dauer zu Kostgängern des Staates werden.

Entschlossener Kurs

Die Stahlindustrie hat nur die Chance, sich vom Tropf öffentlicher Beihilfen zu lösen, wieder staatsfrei zu werden, wenn die Regierungen den ihr gegenwärtig zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum energisch nutzt. Es bedarf eines entschlosseneren europapolitischen Kurses. Dafür gibt es immerhin Anzeichen. Es bedarf aber auch einer größeren Gestaltungskraft im Inneren. Davon ist noch wenig zu spüren.

Bonn hat die Dinge so lange schleifen lassen, daß die Beistellung von Kasse nun nicht mehr ausreicht. Das ist eine sehr betrübliche Diagnose. Es hilft jedoch nicht, die Augen davor zu verschließen. Angesichts des weit fortgeschrittenen, besonders bedrohlichen Krankheitszustands der Stahlbranche ist eine aktivere Strukturpolitik geboten, die sich auch darum kümmert, wie betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und politische Erfordernisse unter die passenden und wetterfesten Hüte zu bringen sind.

Ruprecht Vondran ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie

NORDSEE-ÖL

Shell und Esso akzeptieren Preis

fu. London

Der von der staatlichen Nordsee-Ölgesellschaft British National Oil Corporation (BNOC) Anfang dieses Monats empfohlene Referenzpreis für Nordseeöl höchster Qualität von 30 Dollar je Barrel (=159 Liter) wird am heutigen Montag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch von den letzten großen Ölgesellschaften akzeptiert. Bereits am Wochenende hatten sich Shell und Esso, die zusammen mehr als ein Viertel der gegenwärtigen Ölförderung aus dem britischen Nordseesektor produzieren, offiziell mit dem von BNOC empfohlenen neuen Preisgefüge einverstanden erklärt.

Verläßlichen Quellen zufolge wird sich heute auch BP, die gegenwärtig einen Produktionsanteil an der britischen Nordseeöl-Förderung in Höhe von 20 Prozent hält, trotz anfänglich erheblicher Bedenken mit dem rückwirkend vom 1. März an geltenden Referenzpreis einverstanden erklären.

In den letzten zehn Tagen haben sich die Spotmarktpreise für Nordseeöl deutlich erholt. Dies hat die Zustimmung der Öl-fördernden und -abnehmenden Kunden von BNOC, die gut die Hälfte der gesamten britischen Nordseeöl-Produktion zu vermarkten hat, erleichtert. *So ist etwa der Spotmarkt-Preis für* Öl aus dem Brent-Feld, dessen Preis von jetzt an als neuer Referenzpreis gilt, innerhalb von 14 Tagen von 28,10 auf 29,40 Dollar je Barrel am vergangenen Freitag gestiegen.

ZINSEN / Rom senkt den Diskontsatz

Prime Rate ist noch zu hoch

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das italienische Schatzministerium hat am Freitag auf Vorschlag der Zentralbank völlig überraschend den Diskontsatz von 18 auf 17 Prozent gesenkt. Die letzte Diskontsenkung gab es am 25. August vergangenen Jahres, ebenfalls um einen Prozentpunkt. Die Währungsbehörden haben die neue Maßnahme mit der Entspannung an der internationalen Zinsfront und der damit auch Italien gebotenen Möglichkeit begründet, die Bremsen etwas zu lockern. Für Schatzminister Giovanni Goria kann diese Lockerung aber nur „mit größter Vorsicht und Schritt für Schritt erfolgen", um nicht die Stabilisierungsbemühungen in Frage zu stellen, die derzeit im Gange sind.

In italienischen Wirtschafts- und Finanzkreisen wird die Diskontsenkung als Antwort der Währungsbehörden auf die in den letzten Wochen mit großer Härte von dem sozialistischen Koalitionspartner erhobene Forderung nach einem deutlichen Zinssignal interpretiert. Noch Mitte voriger Woche hatte der *sozialistische Staats*beteiligungsminister Gianni de Michelis eine mindestens drei- bis vierprozentige Senkung der Leitzinsen als Voraussetzung erklärt, um der italienischen Wirtschaft zum Durchstarten zu verhelfen und das Staatsdefizit abzubauen. Gegenwärtig entspricht der Zinsendienst des Staates bereits ungefähr der Hälfte des Kassenfehlbetrages der öffentlichen Hand.

Mit der Diskontsenkung und dem jetzt erwarteten Abbau der Schatzamtszinsen in etwa gleichem Ausmaß wird der Staat nach Expertenschätzungen in diesem Jahr rund 1200 bis 1500 Milliarden Lire (3,0 bis 2,52 Milliarden Mark) einsparen können. Wie weit die Maßnahme auf die Wirtschaft durchschlägt, hängt davon ab, wie das Kreditsystem darauf reagiert. In Bankkreisen wird jetzt damit gerechnet, daß die für den 3. Mai vorgesehene Sitzung der Zentralvereinigung der italienischen Kreditinstitute auf diese oder die kommende Woche vorgezogen wird. Als sehr wahrscheinlich gilt dabei, daß der Verband eine Empfehlung zur Senkung der Prime Rate aussprechen wird. Auf seiner letzten Sitzung Anfang April hatte die Bankenvereinigung ihre Prime-Rate-Empfehlung von 20 auf 19,5 Prozent zurückgenommen. Diese Abnahme war aber weder von den Währungsbehörden noch von der Wirtschaft als ausreichend angesehen worden.

Mit inzwischen 17 Prozent Diskont und 19,5 Prozent Prime Rate ist Italien noch immer das westliche Industrieland mit dem höchsten Zinsniveau. Diese Höhe erklärt sich aus der Tatsache, daß es der italienischen Regierung bisher noch nicht gelungen ist, die Inflation entscheidend zu vermindern. Die derzeitige Inflationsrate liegt noch immer leicht über 16 Prozent im Jahresvergleich und ist damit gegenüber Dezember fast unverändert geblieben. Regierungsamtlich *ist für 1983 eine Inflation* von 13 Prozent als Limit ins Auge gefaßt worden. Das bedeutet, daß bis zum Jahresende die Preisrate tendenziell auf zehn Prozent gebracht werden müßte. Experten bezweifeln jedoch, daß dieses *Ziel* erreicht werden kann. Starke inflationäre Antriebskräfte gehen nach wie vor sowohl von den Lohnkosten als auch von den Defiziten der öffentlirhen Hände aus.

GETRÄNKE

Ifo: Verbrauch noch angestiegen

rtr, München

Die Branntweinsteuer-Erhöhung des vergangenen Jahres hat offenbar vielen Bundesbürgern die Freude an „harten Sachen" verdorben. Nach einer gestern vom Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegten Schätzung ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Spirituosen 1982 um etwa einen Liter oder mehr als 10 Prozent auf 6,9 Liter gesunken. Die Hersteller hätten sich bis heute nicht von den Folgen der Verteuerung erholt. Auch im Februar dieses Jahres hätten noch 60 Prozent der Brenner über eine schlechte Geschäftslage geklagt.

Insgesamt ließ der heiße Sommer den Getränke-Verbrauch der Bundesbürger aber im vergangenen Jahr um rund 3,5 Liter oder 0,5 Prozent auf knapp 666 Liter pro Kopf klettern. Während Mineralwässer und Fruchtsäfte Hochkonjunktur hatten, veränderte sich der Verbrauch an alkoholischen Getränken, Kaffee, Tee und Milch nur wenig. Der Mineralwasser-Konsum nahm um gut 10 Prozent zu und erreichte mit 48,5 Litern pro Kopf einen neuen Rekord. Der Fruchtsaft-Verbrauch kletterte ebenfalls *um rund 10 Prozent, und zwar auf* 22,8 Liter.

Bei den alkoholischen Getränken hatte auch der Sekt unter den Folgen der Steuererhöhung zu leiden. Die Bundesbürger tranken im Schnitt nur noch 4,2 Liter, rund 9 Prozent weniger als 1981. Dagegen waren Bier und Wein gut gefragt. Der Bierverbrauch kletterte um knapp einen auf 147,8 Liter, der Weinkonsum um 0,3 auf 20,5 Liter pro Kopf. Während ausländische Tropfen große Absatzerfolge erzielten, war der Verbrauch an deutschen Weinen laut Ifo wegen der geringen Ernten von 1978 bis 1981 rückläufig.

Der Verbrauch von Bohnenkaffee dürfte der Schätzung zufolge leicht von 198,2 auf 196 Liter abgenommen haben. Als Ursache wurden vor allem höhere Preise genannt. Auch die Nachfrage nach Tee ist zurückgegangen, und zwar von 49,7 auf 48,5 Liter. Der Boom bei aromatisierten Tees, der in den letzten Jahren noch hohe Zuwachsraten gebracht hatte, ist laut Ifo abgeklungen. Der Milchverbrauch blieb mit durchschnittlich 93,8 Litern unverändert.

ITALIEN / Schwacher Automarkt

Fiat mit Vorschußlorbeeren

dpa/VWD, Mailand

Die italienischen Autofahrer, die den Fahrzeugherstellern zwei Jahre lang einen Absatzboom bescherten, haben neuerdings mit dem Sparen begonnen. Branchenschätzungen zufolge lag der Binnenabsatz in den ersten drei Monaten 1983 um rund 15 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Während dabei die ausländischen Marken ihren Anteil von fast 40 Prozent beinahe zu halten vermochten, mußten Alfa Romeo und Innocenti *an den größten italienischen Her*steller, Fiat in Turin, Marktanteile abgeben.

Als Renner im Fiat-Stall erweist sich gegenwärtig der Ende Januar *auf den italienischen Markt einge*führte Kleinwagen „Uno", der seit Ende März auch in der Bundesrepublik ausgeliefert wird. Von ihm erhofft sich die Fiat-Leitung für 1983 Absatzimpulse auch im Ausland. *In der zweiten Jahreshälfte* wird Fiat ein völlig neues Modell in der Hubraumklasse von 1,3 und 1,6 Liter vorstellen: Der „Fiat 1499" soll zunächst das Modell „131" ergänzen und später ersetzen.

Mit neuen Modellen wartet in *diesem Jahr auch der zweitgrößte* italienische Automobilhersteller auf, das Staatsunternehmen Alfa Romeo in Mailand. An die Stelle des alten Alfasud tritt wahrscheinlich schon zur Jahresmitte der Alfa 33 *mit* 1,2- und 1,5-Liter-Motor, während der mit Nissan-Karosserie ausgestattete Arna in drei Hubraumversionen (1,1, 1,3 und 1,5 Liter) voraussichtlich im November auf den Markt kommen wird.

Automobilexperten rechnen damit, daß die italienische Pkw-Produktion in diesem Jahr ungefähr das gleiche Volumen erreichen wird wie 1982 (1,3 Millionen Stück). Davon dürften auf Fiat allein über 1,1 Millionen Wagen entfallen. Im Jahr 1982 wurden in Italien insgesamt 1,69 Millionen Automobile zugelassen. Davon entfielen rund 51 Prozent auf die Fiat-Gruppe (Fiat, Lancia und Autobianchi), 40 Prozent auf Importmarken und knapp sieben Prozent auf Alfa Romeo. Der Rest verteilte sich auf Innocenti und die Sportwagenhersteller.

RENTENMARKT / Zum Coupontermin stabilisiert

Erhoffte Belebung blieb aus

Der Rentenmarkt hat sich in der vorigen Woche stabilisiert. Das war wohl in erster Linie dem Anlagebedarf zu verdanken, der zum Coupontermin am Monatsbeginn zu decken war. Die *erhoffte* Geschäftsbelebung ist jedoch ausgeblieben, ebenso ein deutliches Wiederingangkommen der seit der letzten Leitzinsermäßigung gestoppten Zinssenkungstendenz am *Kapitalmarkt.* Festverzinsliche Anlagen gelten zur Zeit offensichtlich als nicht sonderlich attraktiv. Und das, obwohl die Realverzinsung, also die nominale Rendite abzüglich der aktuellen und erwarteten Inflationsrate, mit rund vier Prozent recht hoch ist, so daß eigentlich noch einiger Spielraum für einen Zinsrückgang vorhanden sein müßte. Doch lockt die Aktienbörse immer noch Anlagemittel an. Außerdem wirken die höheren amerikanischen Zinsen, die ihrerseits den Dollar-Kurs auf einem hohen Niveau stützen, nach wie vor als Zinssenkungsbremse bei uns. (cd.)

Emissionen	8. 4. 83	31. 3. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,84	6,81	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,59	6,59	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,86	6,82	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,07	7,33	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,96	6,91	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,56	6,53	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,48	7,50	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	6,93	6,90	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,81	7,96	8,45	10,32	8,32

SPANIEN / Der Expräsident des Rumasa-Konzerns hat Klage eingereicht

Enteignung stärkt die Staatsmacht

ROLF GÖRTZ, Madrid

José Maria Ruiz-Mates, Ex-Präsident der enteigneten Rumasa-Holding, reichte in der letzten Woche beim zuständigen Madrider Ge*richt Klage gegen den Staat* wegen „Raub" ein. Die Enteignung am 23. Februar habe ihn nicht nur seines Eigentums, sondern auch der Titel zu seiner Verteidigung – Eigentum, Archive, Papiere und Bilanzen – beraubt.

Ruiz-Mates bat das Gericht über seine Madrider Anwälte, die Aktien der Rumasa-Gesellschaften zu beschlagnahmen. Er forderte, daß die von Finanzminister Boyer einberufenen Generalversammlungen seiner Gesellschaft storniert werden sollten. Der einzige Eigentümer sei nach der Beschlagnahme der Staat – eine Generalversammlung also eine „demagogische *Monstrosität*". Er *forderte* Entschädigung für den Verlust seiner Aktientitel für sich und seine Familie.

Im Zusammenhang mit der Rumasa-Enteignung griff auch der Präsident des Dachverbandes der Unternehmervereinigungen CEOE, Carlos Ferrer, die Regierung vor der Jahresversammlung des Verbandes *in scharfen Worten* an. Ferrer warf der Regierung vor, daß das Rumasa-Weingut La Almoraima bei der ersten Gelegenheit mit dem Charakter „permanent" vom Staat in Besitz genommen wurde.

Die Regierung habe, so Ferrer, mit einem neuen Verstaatlichungssystem bei der Unternehmerschaft Mißtrauen und juristische Unsicherheit verbreitet. Seinerseits *wirft er dem Staat vor, das öffentli*che Defizit auf sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöht zu haben, ohne daß die Kontrolle über die staatlichen Ausgaben verstärkt worden seien. Insgesamt hätten *seit 1976 rund 47 000 Unternehmen* ihre Tore schließen müssen. 200 000 Unternehmer mußten ihre Aktivität aufgeben. Die Zahlungsschwierigkeiten haben sich in den letzten beiden Jahren durch staatliche Eingriffe noch verschlechtert, die Investitionsmöglichkeiten verringert.

Mit gleicher Besorgnis verfolgen Wirtschaft und (bürgerliche) Landesregierung in Katalonien die Transaktion der Banca Catalana (14 Milliarden Peseten Kapital). So verhandelt man über die Übernahme dieser einzigen katalanischen Bank von Bedeutung durch die Sparkasse La Caixa. Da die Banca Catalana aber bereits mit einem Kredit von 120 Milliarden Peseten von der Bank von Spanien belastet ist, besteht die Möglichkeit, daß schließlich die staatlich kontrollierte Banco Exterior das katalanische Bankwesen übertragen bekommt.

Damit erhöht sich die Gefahr, daß der Staat, der über das INI mindestens 65 Prozent der Schwerindustrie kontrolliert, in Kürze auch der größte Bankier des Landes werden könnte. (SAD)

THYSSEN / Partner Krupp will alles oder nichts

Hürden vor der Stahlfusion

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Als in der siebten Stunde der Thyssen-Hauptversammlung am letzten Freitagnachmittag die vorgeschlagenen Ausgliederungen des Massen- und des Edelstahlbereichs (zwecks Fusionen mit den jeweiligen Krupp-Bereichen) zu Diskussion und Abstimmung anstanden, waren die dazu angemeldeten Redner aus dem Aktionärskreis schon nicht mehr vorhanden. Mit mehr als 90prozentiger Zustimmung erledigte die Versammlung auch diese Punkte der Tagesordnung.

Zu Wort meldete sich hingegen (außerhalb der Hauptversammlung) unverzüglich der Partner Krupp zu den von Thyssen-Chef Dieter Spethmann den Aktionären vorgetragenen Problemen einer Massenstahlfusion Krupp/Thyssen unter 75prozentiger Thyssen-Führung. Sprach Spethmann von dem noch ungelösten Problem einer (zeitlich befristeten) Haftung der beiden Eigentümer für zunächst wahrscheinliche Verluste des vereinten Massenstahlpotentials, so sieht Krupp darin „zur Zeit überhaupt kein Problem". Mehr noch: Betonte Spethmann Thyssens Bereitschaft, wegen der „sehr beträchtlichen" Rationalisierungsvorteile eines Zusammengehens notfalls statt Fusion nur Kooperation zu betreiben, so verkündete die Krupp-Konzernleitung: „Entweder die ganze Lösung oder gar keine."

„Unglaublich groß" sind nach Einschätzung des Thyssen-Vorstands sowohl im eigenen Stahlbereich (einschließlich Edelstahl) als auch erst recht in Kombination mit der Krupp-Produktion die mittelfristig realisierbaren Chancen zur Kostensenkung durch Kapazitätsreduzierung. Unabdingbare Voraussetzung dafür aber bleibe, daß die Bundesregierung klar bekenne, welche Verteidigungslinie deutschen Stahlpotentials sie gegen die Subventionslawinen der EG-Nachbarn mit allen Mitteln halten wolle.

Von den 13 Mill. t Kapazitätsabbau, die in den Strukturkonzepten deutscher Stahlunternehmen nun der EG-Kommission gemeldet wurden, entfallen allein auf Thyssen 6 Mill. t, obwohl hier seit dem letzten Boomjahr 1974 die Produktion bereits am stärksten gedrosselt wurde.

IBH / Positive Resonanz auf der Bauma '83 läßt gutes Nachmessegeschäft erwarten

Aufträge haben wieder zugenommen

DANKWARD SEITZ, München

Zufrieden mit dem Verlauf der ersten drei Messetage der Münchener „Bauma '83" ist die IBH Holding AG, Mainz. Der Besuch sei sehr rege und zu einigen Abschlüssen sei es auch schon gekommen. Vorstandsvorsitzender Horst-Dieter Esch meint jedoch, daß es während dieser Messe nicht zu überraschend vielen Aufträgen kommen werde; hier gehe es mehr um die Selbstdarstellung der einzelnen Firmen. Festzustellen sei aber eine äußerst positive Resonanz bei den vielen Fachbesuchern, die ein gutes Nachmessegeschäft erwarten lasse.

Auf Grund der Branchen-Entwicklung in den letzten Wochen und den Erfahrungen dieses Bauma könnten die Baumaschinen-Hersteller den kommenden Monaten recht zuversichtlich entgegensehen. Das Anziehen der Konjunktur vor allem auf dem Inlandsmarkt, aber auch in Großbritannien und in den USA, müßte sich bei vielen Firmen 1983 in höheren Produktions- und Umsatzzahlen niederschlagen. Sogar beim Ertrag könne es wieder aufwärts gehen.

Mit dem Verlauf des ersten Quartals ist der drittgrößte Baumaschinen-Hersteller der Welt recht zufrieden. Vor allem die deutsche und britische IBH-Gruppe habe, so Esch, einen guten Umsatzzuwachs erzielen können. In den USA laufe das Geschäft jetzt erst wieder etwas besser an. Ingesamt habe die IBH in den ersten drei Monaten 1983 im Vergleich zur Vorjahreszeit ein Auftragsplus von 6 Prozent auf 600 Mill. DM verbuchen können. In den meisten Werken müsse daher auch nicht mehr kurzgearbeitet werden; Hanomag in Hannover habe sogar für einige Maschinentypen Lieferengpässe.

Ziel für 1983 sei, so Esch, ein Umsatz von rund 2,7 Mrd. DM und ein „ausgeglichenes bis leicht positives Ergebnis". 1982 war es trotz weltweit schlechter Baumschinenkonjunktur der IBH gelungen, den Umsatz um 5 Prozent auf 2,51 Mrd. DM zu steigern und in den wesentlichen Bereichen Markanteile auszubauen. Allerdings mußte auf Grund des harten Wettbewerbs, notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen und bedingt durch neue Firmenübernahmen ein „unvermeidbarer" Verlust von 50 bis 60 Mill. DM hingenommen werden. Das sei aber, insbesondere nach den Kapitalerhöhungen, gut verkraftet worden: „Unsere Aktionäre stehen voll hinter uns."

Um künftig noch stärker am Markt präsent sein zu können, will Esch die Forcierung von Forschung und Entwicklung, für die schon 1982 rund 150 Mill. DM aufgewendet wurden. Die IBH-Produktpalette soll ausgebaut und noch größere Lücken geschlossen werden. Was noch fehle, seien Grader, einige Typen von Hydraulikbaggern und Muldenkippern sowie verschiedene Raupen. Neue Firmenübernahmen seien zur Produktabrundung „nicht unbedingt notwendig", lägen aber „im Bereich des Möglichen, wenn sich jemand anbietet".

Kein Thema sei mehr, so Esch, der Werksneubau bei Hanomag. Das Projekt werde, wie geplant, 1985 fertiggestellt. Die Finanzierung sei gesichert.

JCB / Krisenjahr 1982 ganz gut überstanden

Anlaß zum Optimismus

DANKWARD SEITZ, München

Das Krisenjahr 1982 „gut überstanden" hat die JCB Baumaschinen GmbH, Köln, „obwohl wir nicht erreicht haben, was wir wollten", so Geschäftsführer Horst Bock. Gegenüber dem Planziel von 25 Mill. DM Umsatz mußte ein Rückgang von 3 Prozent auf etwas über 20 (21) Mill. DM hingenommen werden. Zufrieden zeigte sich Bock jedoch damit, daß der Gesamtmarkt im Durchschnitt eine Absatzeinbuße von 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen mußte, während JCB mit 220 verkauften Maschinen „nur" um 17 Prozent zurückstecken mußte.

Insgesamt sei es aufgrund antizyklischer Verkaufsmaßnahmen sowie eines konsequenten Ausbaus des Händler- und Kundendienstnetzes JCB gelungen, den Marktanteil um 4 auf 25 Prozent zu steigern und damit die „führende Position" unter den deutschen Baggerlader-Anbietern zu erobern. Aufgewertet werde der „erfreulich geringe" Umsatzverlust durch die Tatsache, daß trotz weiterer Preiseinbußen und des äußerst harten Wettbewerbs schwarze Zahlen erreicht werden konnten.

Für 1983 erwartet die deutsche Tochter des britischen JCB-Konzerns, Rocester, das vor einem Jahr gesteckte Umsatzziel von 25 Mill. DM erreichen zu können. Anlaß zu dieser optimistischen Erwartung gebe die Entwicklung im ersten Quartal, das preisbereinigt ein Umsatzplus von 15 Prozent gebracht habe. Insgesamt sollen rund 300 Einheiten 1983 abgesetzt werden.

Um im Leasing-Geschäft Fuß fassen zu können, wurde jetzt zusammen mit der 100prozentigen DG-Bank-Tochter Allgemeine Mietgesellschaft (AMG), Neu-Isenburg, die JCB Vermietungs-GmbH gegründet; Anteile: AMG 60 Prozent, JCB 40 Prozent. Sie soll den Kunden eine Alternative zum Kauf einer Baumaschine bieten. Jedoch sei man dabei, wie Bock betonte, nur an Mietzeiträumen von 12 bis 48 Monaten interessiert. Bei „vorsichtigen" Erwartungen gehe man bei JCB für 1983 von einem Mietvolumen von 30 Maschinen aus.

Die britische Mutter produzierte 1982 nach Angaben von Bock etwas mehr als 6000 Maschinen und erzielte einen Umsatz von umgerechnet 505 Mill. DM.

SOPEXA / Frankreich wichtiger Lieferant

Marktanteil noch ausgebaut

HENNER LAVALL, Düsseldorf

Mit einem blauen Auge davongekommen sind 1982 Frankreichs Lieferanten von Nahrungsmitteln auf dem deutschen Markt. Denn der Verbraucher in der Bundesrepublik hat im Rezessionsjahr 1982 auch bei der Ernährung etwas kürzer getreten. Dies traf vor allem die als Spezialitäten angepriesenen – und im Preis deshalb teureren – französischen Produkte. Camenbert, Geflügel, Cognac und das berühmte Rindfleisch aus dem Charolais fielen zunehmend unter die Sparmaßnahmen der deutschen Hausfrau.

François Pommereau von der Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa) in Düsseldorf sah dennoch Anlaß zur Zufriedenheit. Am schrumpfenden Markt konnte Frankreich seinen Anteil nochmals leicht auf 11,7 Prozent steigern, da andere wichtige Lieferanten von Ernährungsprodukten wie die Niederlande, Vereinigte Staaten und Italien größere Einbußen zu beklagen hatten. Insgesamt lieferten die Franzosen im letzten Jahr für knapp 5,8 (5,4) Mrd. DM Nahrungsmittel sowie Wein und Spirituosen nach Deutschland. Der Mehrwert kam einmal zustande durch die im Zusammenhang mit dem Währungsausgleich spekulativ aufgeblähten Getreide-Exporte in die Bundesrepublik, zum anderen durch Preiserhöhungen.

Nur beim Wein stiegen auch die Franzosen voll in den Preiskampf auf dem deutschen Markt ein – was von der Sopexa übrigens nicht als richtiger Weg der Absatzförderung angesehen wird. Immerhin konnte gerade wegen der billigeren „Vins de Pays" der Anteil Frankreichs an der deutschen Weineinfuhr auf 25,4 Prozent klettern, das entspricht einer Menge von 2,5 Mill. hl im Wert von 607 Mill. DM.

Käse, mit 69 000 Tonnen für 604 Mill. DM ein weiterer wichtiger Posten für die französischen Exporteure, soll nach den Vorstellungen der Sopexa im laufenden Jahr ein „Massenprodukt" werden. Hier habe man im letzten Jahr gesehen, daß ein Image als Spezialität zwar Geld bringt, der Mengenabsatz aber darunter leide. Mit ihrem 38-Mill.-Franc-Etat wird die Sopexa von Düsseldorf aus wieder mehr als 20 Produktgruppen betreuen. Einen besonderen Schwerpunkt sollen im laufenden Jahr frisches Obst und Gemüse einnehmen.

Océ will Expansion weiter fortsetzen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der knapp ein Zehntel seines Umsatzes auf deutschem Markt erzielende holländische Produzent von Vervielfältigungstechnik Océ-van der Grinten N. V., Venlo, hat seinen Gruppenumsatz 1981/82 (30. 11.) zwar nur mäßig auf 1,65 (1,64) Mrd. hfl (1,5 Mrd. DM) verbessert. Doch nach dem 1981 in der Bilanz überwundenen Debakel bei der britischen Ozalid-Tochter (Repro-Geräte), deren Beschäftigtenzahl um nahezu drei Viertel auf 1000 abgebaut wurde, besserten sich nun der Cashflow auf 165 (104) Mill. hfl und der „Reingewinn" auf 43,3 (30,1) Mill. hfl.

Ohne die (diesmal unnötige) Mobilisierung von ao. Erträgen schloß 1981 noch mit 7,9 Mill. hfl Verlust ab. Analog zur klaren Rückkehr in die Gewinnzone wird den Aktionären zur Hauptversammlung am 13. April eine Verdoppelung des Dividendensatzes auf 8 hfl je Aktie von nom. 20 hfl vorgeschlagen.

Der Vorstand erwartet für 1983 ein weiter schwaches Geschäft auf dem Produktmarkt für Konstruktionsbüros, andererseits aber eine Expansion von Umsatz und Ertrag im Bereich Bürotechnik. Schon 1982 ist hier der Bestand an vermieteten Geräten auf 231 (166) Mill. hfl Buchwert gestiegen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Günter Glass: Englische Rechtssprache, Bauverlag GmbH, Wiesbaden 1982, 87 S., 24 Mark.

Das Buch enthält englische Texte, wie sie häufig in der handels- und wirtschaftsrechtlichen Praxis vorkommen. Der Umgang mit den Texten setzt zwar fundierte Kenntnisse der englischen Sprache voraus, doch helfen Wörterverzeichnisse mit den einschlägigen Vokabeln beim Auffrischen. Wer beruflich mit Sachverhalten aus dem angelsächsischen Rechtswesen zu tun hat, kann sich mit dieser Auswahl praxisnaher Texte orientieren.

Otto M. Saner: Die Publikums-Kommanditgesellschaft, Erich Schmid Verlag, Bielefeld 1982, 172 S., 58 Mark.

Die gründliche und dennoch flüssig lesbare Arbeit gibt eine systematische Darstellung über die Organisationsform der Publikums-Kommanditgesellschaft aus betriebswirtschaftlicher, handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht. Eingehend wird die neueste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum Anlegerschutz und des Bundesfinanzhofes zur Verlustzuweisung diskutiert und erläutert. Ebenso wird die Einführung des Paragraphen 15 a EStG, mit den ungerechtfertigten Steuervorteilen durch Verlustzuweisung begegnet werden sollen, diskutiert.

Rüdiger Diedrigkeit: Atlas Geld und Wertpapiere, Gabler Verlag, Wiesbaden 1982, 426 S., 19,80 Mark.

Das Buch vermittelt das Grundwissen des bankmäßigen Handelns mit Geld und Wertpapieren. Die Darstellung beschränkt sich nicht nur auf die reine Definition von Fachbegriffen, sondern beschreibt leicht verständlich die grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge, Voraussetzungen und Usancen im bankmäßigen Umgang mit Geld und Wertpapieren.

Dieter Schneider: Grundzüge der Unternehmensbesteuerung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1982, 259 S., 48 Mark.

Dieses Lehrbuch behandelt die Besteuerung als betriebswirtschaftliches Problem, wobei mit der nun vorliegenden dritten Auflage die „Grundzüge der Unternehmensbesteuerung" als Einführung in eine ökonomische Analyse des deutschen Steuerrechts verstanden werden soll.

Mehr KHD-Motoren für Baumaschinen

D. SEITZ, München

Auf die japanische Herausforderung, die in der letzten Zeit auf dem Baumaschinen-Sektor zunehmend spürbar wird, will der weltgrößte Produzent luftgekühlter Dieselmotoren (1982: 210 000 Einheiten), die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, mit noch größerer Flexibilität reagieren. Dabei wird man in verstärktem Maße mit der Baumaschinenbranche, die heute über 40 Prozent der KHD-Motoren bezieht, zusammenarbeiten. So sei unter anderem daran gedacht, die Baumaschinen-Hersteller bei der Realisierung ihrer Aufgaben und Probleme mit Produktanpassung im Motorenbereich zu unterstützen.

Auch auf dem schwierigen US-Markt sei es KHD so gelungen, trotz der rückläufigen Baumaschinen-Produktion den Marktanteil von 17 auf 20 Prozent auszubauen. Der Grund lag nach KHD in der zunehmenden Neigung der Hersteller, auf den Fremdbezug der benötigten Motoren auszuweichen.

Der weltweite Umsatz der KHD-Gruppe, die auch eine führende Rolle im Industrie-Anlagenbau und als Traktoren- und Landmaschinenhersteller spielt, betrug 1982 rund 5 Mrd. DM. Auf die AG entfielen davon 3,92 Mrd. DM mit einem Exportanteil von 61 Prozent.

Daimler-Benz gut gerüstet

SZ. München

Mit vielen Hoffnungen, aber ohne euphorische Erwartungen ist die Daimler-Benz AG mit ihren Nutzfahrzeugen zur Bauma '83 nach München gekommen. „Wir sind für den Aufschwung gut gerüstet", meinte Arthur Mischke, Leiter der Nutzfahrzeug-Entwicklung des Stuttgarter Automobilkonzerns. Er begründete dies damit, daß man in den vergangenen schweren Jahren nicht an eine dauerhafte Krise geglaubt und diese Zeit genutzt habe, das gesamte Daimler-Benz-Nutzfahrzeugprogram bis hin zu den schweren Euclid-Typen (bis 170 t Nutzlast) zu erneuern und zu verbessern.

Mischke zeigte sich überzeugt, daß Daimler-Benz damit nun das für die Bauwirtschaft notwendige Modell- und Leistungsspektrum voll abgedeckt hat. Und wenn es der Markt verlange, sei man auch „in kürzester Zeit in der Lage", höhere Motorleistungen von über 355 PS anzubieten. Daimler-Benz sei darauf vorbereitet, die Transportbasis für einen wirtschaftlichen Aufschwung im gesamten Bausektor zu stellen. Insgesamt gehe man davon aus, 1983 am deutschen Markt ein Absatzplus von 7 Prozent erreichen zu können.

ERGEBNISSE

Leverkusen – K'lautern	0:0
Bremen – Nürnberg	3:2 (3:0)
Bielefeld – Köln	2:0 (0:0)
Bochum – Stuttgart	2:2 (0:1)
München – M'gladbach	3:1 (1:0)
Braunschweig – Hamburg	2:4 (1:3)
Düsseldorf – Schalke	3:1 (2:1)
Frankfurt – Berlin	3:1 (2:1)
Karlsruhe – Dortmund	ausgef.

DIE SPIELE

Bremen – Nürnberg 3:2 (3:0)
Bremen: Burdenski – Fichtel (29. Bracht) – Okudera, Siegmann, Otten – Sidka, Gruber, Möhlmann, Meier – Reinders, Völler (46. Böhnke). – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Brunner, Reinhardt, Brendel – Eder, Botteron, Heidenreich, Schlegel – Trunk (62. Schneider), Dreßel. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 0:1 Völler (31.), 2:0 Reinders (32., Foulelfmeter), 3:0 Meier (45.), 3:1 Dreßel (72.), 3:2 Weyerich (77.). – **Zuschauer:** 26 100. – **Gelbe Karte:** Heidenreich (2).

Leverkusen – Kaiserslautern 0:0
Leverkusen: Greiner – Gelsdorf – Saborowski, Demuth, Winklhofer – Hermann, Bittorf, Röber – Vöge, Ökland, Waas. – **Kaiserslautern:** Henrichs – Dusek – Wolf, Briegel, Melzer – Eilenfeldt, Geye, Bongartz, Brehme – Nilsson, Allofs. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Bittorf (2), Demuth, Eilenfeldt (2).

München – Gladbach 3:1 (1:0)
München: Müller – Beierlorzer – Grobe, Horsmann – Martin, Kraus, Del'Haye, Dremmler, Pflügler – Hoeneß, Rummenigge. – **Gladbach:** Kamps – Hannes – Drehsen (46. Rahn), Schäffer – Schmider, Mohren, Matthäus, Bruns, Schäfer (84. Brandts) – Mill, Reich. – **Schiedsrichter:** Clajus (Karlsruhe). – **Tore:** 1:0 Del'Haye (32.), 2:0 Rummenigge (53.), 3:0 Kraus (89.), 3:1 Bruns (90.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Pflügler (2), Del'Haye (4), Reich (3), Mohren. – **Rote Karte:** Mill.

Bielefeld – Köln 2:0 (0:0)
Bielefeld: Diergardt – Wohlers – Geils, Hupe, Pohl – Schnier, Rautiainen (89. Riedl), Büscher, Schröder – Grillemeier (85. Reiss), Lienen. – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Zimmermann – Willmer (68. Allofs), Sljivo, Engels, Hartmann – Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Tore:** 1:0 Lienen (48.), 2:0 Reiss (86.). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karten:** Engels (4), Willmer.

Braunschweig – Hamburg 2:4 (1:3)
Braunschweig: Franke – Studzizba – Borg, Pahl – Lux (36. Keute), Tripbacher, Hollmann (51. Bruns), Kindermann, Geiger, Herbst, Worm. – **Hamburg:** Stein – Groh – Jakobs, Wehmeyer – Kaltz, Hartwig, Milewski, Rolff, Magath – Hrubesch, Bastrup. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 0:1 Borg (10., Eigentor), 1:1 Worm (11.), 1:2 Jakobs (28.), 1:3 Hrubesch (31.), 1:4 Hrubesch (68.), 2:4 Borg (85.). – **Zuschauer:** 26 000. – **Gelbe Karten:** Lux (2), Jakobs (4/1), Groh (2).

Düsseldorf – Schalke 3:1 (2:1)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Bockenfeld, Kuczinski, Löhr – Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kruse (46. Clute-Simon), Drexler, Schipper – Bittcher, Opitz, Lorant – Wuttke, Abel, Tüfekci (75. Janzon). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Bittcher (31.), 1:1 Bommer (32.), 2:1 Dusend (43.), 3:1 Bommer (89.). – **Zuschauer:** 19 500. – **Gelbe Karte:** Kruse (2).

Bochum – Stuttgart 2:2 (0:1)
Bochum: Zumdick – Bast – Oswald, Knüwe, Jakobs (78. Zugcic) – Lameck, Woelk, Kühn, Patzke (29. Pater) – Benatelli, Schreier. – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – Schäfer, K.-H. Förster, Habiger – Kempe, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert, Six (85. Grüninger/Torwart). – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 0:1 Allgöwer (22.), 1:1 Kühn (60.), 2:1 Lameck (80.), 2:2 Six (83.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Knüwe (2), Habiger (3), Sigurvinsson (2). – **Rote Karte:** Roleder.

Frankfurt – Berlin 3:1 (2:1)
Frankfurt: Jüriens – Pezzey – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Siewers, Nickel, Trieb – Kaczor (73. Gulich), Tscha. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Timme – Beck, Blau, Mohr, Schmitz – Killmaier, Remark (64. Mack). – **Schiedsrichter:** Röthlisberger (Schweiz). – **Tore:** 0:1 Blau (5.), 1:1 Tscha (9.), 2:1 Nickel (34.), 3:1 Tscha (82.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karte:** Gruler (4/1).

VORSCHAU

Freitag, 15. April, 19.30 Uhr
Dortmund – Leverkusen (2:1)

Freitag, 15. April, 20.00 Uhr
K'lautern – Bielefeld (2:2)
Nürnberg – Düsseldorf (1:3)

Samstag, 16. April, 15.30 Uhr
Schalke – Karlsruhe (2:2)
M'gladbach – Hamburg (3:4)
Stuttgart – München (0:4)
Berlin – Bochum (0:4)
Köln – Frankfurt (0:3)
Bremen – Braunschweig (1:3)
In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde

FUSSBALL / Platzverweise in Bochum und München – Schiedsrichter im Blickpunkt – Diskussion um Präzedenzfall


Die Linie zeigt es: Torwart Roleders Ringergriff gegen Schreier (links) geschah vor dem Strafraum – Notbremse mit Folgen ...

Rot für die „Notbremse" von Torwart Roleder und Gelb und Sperre, weil Del'Haye Schuhe wechselte

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Der 27. Spieltag der Bundesliga war der Tag der Schiedsrichter. Hans-Peter Dellwig (33), Regierungsoberinspektor am Arbeitsamt Trier, wird in die deutsche Fußball-Geschichte eingehen, weil er wegen einer sogenannten „Notbremse" den Stuttgarter Torwart Helmut Roleder vom Platz gestellt hat. So etwas wie am Samstag in Bochum ist hierzulande noch nicht passiert. In der 85. Minute hatte Roleder Bochums Mittelstürmer Schreier kurz vor dem Strafraum festgehalten und umgerissen. Schreier hatte nur noch das leere Tor vor sich, der Ringergriff verhinderte in dieser Sekunde das 3:2.

Hans-Peter Dellwig zog, ohne zu zögern, die rote Karte – und die Bundesliga hat einen Präzedenzfall.

Bis Samstag galt das, was Roleder getan hat, als durch und durch normal. Ein Kavaliersdelikt, mehr nicht. Roleder hat Schreier schließlich nicht verletzt, ist diesem nicht gewalttätig ins Kreuz gesprungen. Mit einem bißchen Glück hätte Roleder sogar ohne Verwarnung davonkommen können. Dafür gibt es in der Bundesliga genügend Beispiele.

Aber dem Urteil, wie lange Roleder für diese „Notbremse" gesperrt wird, hat sich Dellwig entzogen. In seinem Bericht verzichtete er auf jegliche Wertung, ob Unsportlichkeit oder gar schweres Foul. Nach diesen Begriffen richtet sich nämlich der Katalog der Sperren. Dellwig sagte: „Ich schreibe den Vorgang rein, aber da zu werten, das überlasse ich dem Kindermann."

Nun ist Hans Kindermann, der Vorsitzende des Kontrollausschusses, um dieses Urteil nicht zu beneiden. Außer moralischen Grundsätzen gibt es nicht viel, auf das er sich stützen kann. Und die Grenzen dieser Moral sind im Profi-Fußball schon lange verschwommen. Sonst würde ja nicht jeder Trainer die Notbremse rechtfertigen. Die Engländer nennen diese Art Unsportlichkeit „Profifoul" und ahnden sie mit einer Matchstrafe. 14 Tage später wird der Spieler dann für ein Spiel, höchstens für drei gesperrt.

Hans Kindermann aber wohnt nicht irgendwo in London, sondern in der Othellostraße in Stuttgart. Das macht die Sache doppelt schwer. Drückt er ein Auge zu, schreien sie überall von schwäbischer Vetternwirtschaft. Greift er hart durch, geht wieder einmal Stuttgarts Vereins-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder auf seinen einstigen juristischen Ausbilder los.

Die Zivilcourage des Neulings Dellwig – er hat in Bochum sein sechstes Bundesligaspiel gepfiffen –, seine Auffassung von Ehrlichkeit bringt den Deutschen Fußball-Bund ganz ordentlich in die Bredouille.

Mit einer anderen Entscheidung hat sich der deutsche Schiedsrichterboß Johannes Malka selbst in den Schwitzkasten genommen. Daß Klaus Clajus vom Karlsruher SC die Partie Bayern München gegen Borussia Mönchengladbach (3:1) leiten durfte, verrät das Fingerspitzengefühl eines Steinklopfers. Denn nicht nur die Karlsruher, auch die Gladbacher zählen zu den Abstiegskandidaten. Clajus (42) hat es fertiggebracht, ein anständiges, faires Spiel zu einer hektischen Partie zu zerpfeifen.

„Am Ende war die Stimmung so gereizt, daß die Spieler nicht mehr gewußt haben, was darf ich und was *darf ich nicht*", sagte Münchens Trainer Pal Csernai. Paul Breitner meinte: „So kann man nur im Kindergarten pfeifen." Dieter Hoeneß nannte Clajus' Gehabe „Profilneurose", Del'Haye fand ihn „lächerlich", und Mill gab Clajus mit einer Geste zu verstehen, was er von ihm hält: Er wedelte mit der flachen Hand vor seiner Stirn – beschränkt.

Clajus brauchte sechs gelbe und eine rote Karte, *von denen bis auf* eine Verwarnung gegen den Münchner Pflüger allesamt unnötig wie ein Kropf waren. Del'Haye und Mill sind Opfer des Schiedsrichters. Der kleine Stürmer des FC Bayern kann nach der vierten gelben Karte am nächsten Samstag in Stuttgart nicht mitmachen. Sein Vergehen: Weil er wegen einer Blase am rechten Fuß in seinen neuen Stiefeln Schmerzen hatte, bat er Manager Uli Hoeneß um die alten Schuhe. Der brachte sie, Del'Haye wechselte auf dem Platz sein Schuhwerk und rannte sofort dem Ball hinterher.

Del'Haye: „Um mich herum hat alles gebrüllt. Der Linienrichter schrie was von Kontrolle, von der Bank schrien sie: weiterspielen." In dieser Situation hätte ein Wort von Clajus gereicht. Statt dessen markierte er den starken Maxen und die Allmacht seiner Karten.

Clajus: „Das war eine Unsportlichkeit. Das müssen auch die hochbezahlten Manager wissen. Ich verdiene weniger und weiß das. Aber der Hoeneß, der bläst sich doch nur auf, weil es bei Del'Haye eben die vierte gelbe Karte war. Mir ist das wurscht, denn draußen sitzt ein Beobachter, der mir Punkte reinhaut, wenn ich da nicht die gelbe gebe."

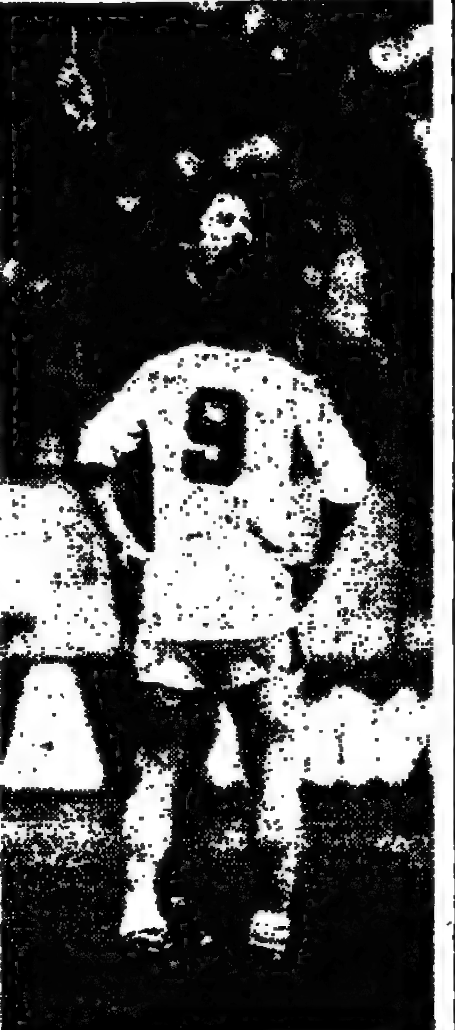
Die Schiedsrichter und ihr sportlicher Überwachungsstaat: Der Neid auf den Geldbeutel des Uli Hoeneß zeigt den eher psychologischen Konflikt. In Karlsruhe weist *Clajus gelegentlich schon mal* Nationalspieler und Journalisten auf die Bedeutung seiner Person hin. „Kennen Sie mich nicht, ich bin der Bundesliga-Schiedsrichter Clajus?" Auf seiner Visitenkarte steht nicht etwa sein Beruf (selbständiger Heizungsbauer), sondern „Klaus Clajus, Bundesliga-Schiedsrichter".

Auf seinen Samstagsjob ist Clajus stolz. Auch auf Mills Platzverweis. *Zur roten Karte für Mill* wollte er nicht Stellung beziehen, es handle sich ja um ein schwebendes Verfahren. Immerhin sagte er dann noch soviel: „Der Mill, der ist mir genau ins offene Messer gelaufen, der hat doch von der ersten Minute an nur gemeckert." Daß er Mill schon nach fünfundzwanzig Minuten angedroht habe: „Seien Sie ruhig, ich schmeiß' Sie sowieso gleich runter", bestritt Clajus gestern. Mill bleibt bei dieser Behauptung.

Die nutzt ihm freilich nichts. „Wenn es eine Gerechtigkeit gäbe, müßte Mill nächste Woche wieder spielen", sagte Jupp Heynckes. Doch an diese Gerechtigkeit kann er selbst nicht glauben: „Ehrlich, ich sehe beim DFB da keine Chance."

Mill wird Gladbach im Abstiegskampf fehlen, Del'Haye den Bayern beim Spitzenspiel und Roleder den Stuttgartern womöglich in der entscheidenden Phase der Meisterschaft. Ohne den aufrechten Dellwing und ohne den Aufschneider Clajus wäre das 27. Bundesliga-Wochenende fast langweilig gewesen, oder ...?


Schuhwechsel, mit der gelben Karte als Folge: Karl del'Haye.



Platzverweis: Theatralische Geste, verblüffter Frank Mill.

Der Schiedsrichter eilt herbei und zeigt Roleder die rote Karte. Er kann es ebensowenig fassen wie Karl-Heinz Förster (links).
FOTOS: WEREK (3)/LUBE

Warum Tscha verbittert schweigt und Kremer sich auf den Boden warf

Von ULRICH DOST

Bruno Pezzey (28) kann sich noch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß Eintracht Frankfurt in der nächsten Saison ohne den Koreaner **Bum Kun Tscha** (29) auskommen muß. Der österreichische Libero sieht noch einen Hoffnungsschimmer, er sagt: „Noch ist er ja nicht weg." Zum gleichen Zeitpunkt sagt **Georg Gawliczek** (64), Trainer von Hertha BSC Berlin: „Mit Tscha stünden wir fünf Plätze besser da."

Zuvor hatte der Koreaner wieder einmal bewiesen, welch überdurchschnittliches Format er besitzt. Zwei Tore erzielte er beim 3:1-Erfolg über die Berliner. Dank der Tore von Tscha dürften die Frankfurter das Thema „Abstiegskampf" wohl endgültig abgeschlossen haben. Das Kapitel Tscha wird für die Frankfurter auch nicht mehr weitergeschrieben, wobei jetzt schon feststeht, daß es kein Happy-End geben wird. Tschas Entschluß, Frankfurt zu verlassen, läßt sich nicht mehr umstoßen. Nun hat das Frankfurter Präsidium den Schwarzen Peter. Es muß sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht alles Erdenkliche getan zu haben, um diesen Weltklassemann zu halten. *Im Gegenteil:* Geradezu dilletantisch hat es dafür gesorgt, den Koreaner so weit zu bringen, daß er sich mit ihnen nicht mal mehr an einen Tisch setzt.

Die Kündigung des Koreaners, der seit 1979 dem Verein angehört, lag gerade auf dem Tisch, da begannen auch schon die Ränkespiele und Intrigen. Noch am gleichen Abend war Tscha mit seiner Frau **On-Mi** (27) beim Mannschafts-Kollegen **Karl-Heinz Körbel** (28) zum Essen eingeladen. Körbel und **Willi Neuberger** (36) bezeichnet Tscha als seine einzigen Freunde in der Mannschaft. Familie Tscha hatte noch nicht einmal bei den Körbels Platz genommen, als auch schon das Telefon klingelte und sich mit **Bernd Nickel** (34) ein weiterer Kollege meldete. Ob man nicht gemeinsam rüber kommen wolle, um bei Nickels weiterzufeiern?

Das war ein abgekartetes Spiel. Denn bei Nickel saß der frühere **Bundesligatrainer Horst Heese** (39) und der Schweizer Spielervermittler **Ernst Schmitt** (47). Sie kamen sofort zur Sache: Schmitt griff zum Telefon und rief die italienischen Klubs Inter und AC Mailand sowie den AC Turin. Dann sagte er Tscha, daß die Angebote der Italiener, die ihm sein neuer Manager **Holger Klemme** (31) unterbreitet hatte, alle *nicht* stimmen würden. Aber er, Schmitt, könne etwas für ihn tun und bei der Gelegenheit Nickel und Heese auch gleich unterbringen.

Tscha winkte höflich ab und ging nach Hause. Doch am nächsten Tag ging es weiter. Plötzlich tauchte Frankfurts Präsident **Axel Schander** (43) bei den Tschas auf. Wie sich der Präsident dann aufführte, läßt auf keine gute Kinderstube schließen: Er schrie den verdutzten Koreaner an. Danach zog Tscha den Schlußstrich: In diesem Verein, für den er vier Jahre nur Hervorragendes geleistet hatte, wollte er nicht mehr bleiben. Nun haben sich die Frankfurter in den eigenen Geldbeutel geschnitten. Tscha geht, und der mit rund vier Millionen Mark verschuldete Verein wird für den Koreaner nicht allzuviel Geld sehen.

*Rund zwei Millionen Mark Ablö*sesumme rechnete sich das Präsidium aus. Wie es jetzt aussieht, können die Frankfurter froh sein, wenn sie knapp 800 000 Mark bekommen. Am 21. Mai wird der Koreaner 30 Jahre alt, und wenn er dann den Verein verläßt, wird die Ablösesumme durch die UEFA-Bestimmungen geregelt. Für Spieler über 30 Jahre darf der Klub nur mit der zweifachen Summe des Spielergehalts rechnen. Tscha verdient rund 400 000 Mark im Jahr, also beträgt seine Ablösesumme knapp 800 000 Mark.

Diese Entwicklung haben sich die Frankfurter selbst zuzuschreiben. Tscha selbst war immer bereit, über eine Vertragsverlängerung in Frankfurt zu reden, doch seit diesen Vorkommnissen schweigt er nur noch. Für seine Zukunft bieten sich mehrere Möglichkeiten. Erst in der vergangenen Woche erhielt Tscha vom Präsidenten des koreanischen Fußball-Verbandes einen sehr persönlich gehaltenen Brief, in dem er ihm vorschlug, in Südkorea eine Fußball-Schule zu eröffnen. Tscha ist von dieser Idee sehr angetan, am 26. Juni wird er deshalb mit seinem Manager in die Heimat fliegen, um Näheres über das Projekt zu erfahren. Denn es sei noch keineswegs gewiß, so Tschas Manager, daß ein Wechsel nach Italien bereits perfekt sei. Der Koreaner möchte gerne seine Karriere „im Land des Weltmeisters" beenden, doch auch eine Rückkehr in seine Heimat ist denkbar. Eins steht dabei fest: Dumm in die Röhre schauen nur die Frankfurter.

*

„**W**enn wir uns jetzt nicht mehr schusselig anstellen", sagte **Willibert Kremer** (43), Trainer von Fortuna Düsseldorf, „dann dürften wir mit dem Abstieg nichts mehr zu tun haben." Das mag so stimmen und so schusselig, wie sich seine Spieler *in den 90 Minuten* zuvor beim 3:1-Erfolg über Schalke 04 angestellt haben, können sie es bestimmt nicht ein zweites Mal tun. Es war am Ende wirklich mühsam, die zahlreichen Torchancen der Düsseldorfer nachzuzählen. Was sich im Düsseldorfer Rheinstadion tat, erinnerte stark an Spiele von Jugendmannschaften, die irgendwann einmal im Spiel jegliche Taktik aufgeben, um eine Entscheidung zu erzwingen. Was dabei herauskam, war herzerfrischender Fußball.

Nach der 2:1-Pausenführung der Düsseldorfer ging Schalkes Trainer **Jürgen Sundermann** (44) aufs ganze, ließ mit Mann und Maus stürmen und vertraute in der Abwehr nur noch auf das Unvermögen der Düsseldorfer. Damit lag er bis zur 89. Minute richtig. Dann erzielte **Rudi Bommer** (25) doch noch das 3:1. Davor aber lagen Düsseldorfer Chancen, die nicht verwertet wurden und Trainer Willibert Kremer fast den Nerv raubten. Kremer: „Nachdem es drei, vier Male nicht geklappt hatte, war ich noch ganz ruhig. Doch bei der fünften großen Chance habe ich mich auf die Erde geworfen." Da lag er nun und konnte nicht begreifen, wie gleich drei Düsseldorfer, die nur noch **Bernard Dietz** (34) vor sich hatten, den Ball nicht einmal aufs Tor brachten. Schalkes Torwart **Walter Junghans** (24), zuletzt oft gescholten, bewies einige Male, daß er doch besser ist als sein Ruf.

Rudi Bommer hatte in der vorletzten Minute tatsächlich nur noch das leere Tor vor sich und dennoch befiel ihn die Angst. Bommer: „Das gibt es doch gar nicht. Das Tor wurde plötzlich immer kleiner. Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn ich auch noch versagt hätte." Geschimpft hat der Trainer hinterher nicht. Kremer: „Die Betroffenen wissen selbst, was sie gemacht haben. Da nutzt keine Brüllerei."

Viel mehr lag dem Trainer noch daran, ein Wort über seinen Spieler **Günter Kuczinski** (28) zu verlieren. Kremer: „Da heißt es oft, die Profis seien verweichlicht und Drückeberger. Kuczinski aber wurde vor dem Spiel und in der Halbzeit gespritzt. Er hatte höllische Schmerzen in den Rippen. ‚Ich kann keine Luft holen', hat er gesagt. Dann zog er sich im Spiel noch eine weitere Verletzung zu. Wahrscheinlich ist eine Zehe gebrochen." Der Vorstopper aber hielt bis zum Schluß durch und ging dann direkt ins Krankenhaus.

*

In Düsseldorf schlagen sie dem Trainer auf die Schulter, der den Verein aus dem Abstiegskampf mit Erfolg herausgeführt hat. Welche Wertschätzung Kremer genießt, erfuhr er jetzt auch von **Dettmar Cramer** (57), seinem Nachfolger bei Bayern 04 Leverkusen. Kremer: „Er hat mich angerufen und gesagt, daß er mich wieder nach Leverkusen gebracht hätte, wenn er seinen Vertrag nicht verlängert hätte." Das ist doch nobel, oder?





27. Spieltag: Bremen für 20 Stunden Spitzenreiter – Rüffel des DFB für Trainer Otto Rehhagel

DIE TABELLE

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	27	15	10	2	63:27	40:14	36:10	23:5	27:17	17:9
2. Bremen	27	17	5	5	52:32	39:15	35:13	24:2	17:19	15:13
3. München	27	15	8	4	62:22	38:16	39:7	23:5	23:15	15:11
4. Stuttgart	26	15	6	5	63:35	36:16	38:16	21:5	25:19	15:11
5. Dortmund	26	15	4	7	61:38	34:18	38:14	20:6	23:24	14:12
6. Köln	26	13	7	6	54:32	33:19	32:12	20:4	22:20	13:15
7. K'lautern	27	11	11	5	44:33	33:21	35:13	23:3	9:20	10:18
8. Frankfurt	27	11	3	13	39:38	25:29	31:8	22:6	8:30	3:23
9. Düsseldorf	27	8	8	11	44:62	24:30	27:29	16:10	17:33	8:20
10. Nürnberg	27	9	6	12	35:54	24:30	23:18	19:7	12:36	5:23
11. Bielefeld	26	9	5	12	36:54	23:29	28:18	18:8	8:36	5:21
12. Bochum	27	7	9	11	32:40	23:31	22:17	15:13	10:23	8:18
13. Braunschw.	27	7	9	11	32:45	23:31	19:15	16:10	13:30	7:21
14. Gladbach	27	9	2	16	47:50	20:34	31:18	16:12	16:32	4:22
15. Leverkusen	26	6	7	13	28:51	19:33	14:15	15:13	14:36	4:20
16. Hertha	27	5	8	14	34:47	18:36	22:19	14:14	12:28	4:22
17. Karlsruhe	26	4	6	16	30:71	14:38	16:18	12:14	14:53	2:24
18. Schalke	27	4	6	17	35:60	14:40	19:26	9:17	16:34	5:23

● Torschützenliste

Der Münchner Karl-Heinz Rummenigge verteidigte mit seinem 18. Saisontreffer im Spiel gegen Mönchengladbach seinen Zwei-Tore-Vorsprung in der Torschützenliste vor dem Bremer Rudi Völler. Hinter Manfred Burgsmüller (Dortmund) und Karl Allgöwer (Stuttgart) (je 15 Tore) schossen sich Horst Hrubesch (Hamburg) und Bum Kun Tscha (Frankfurt) mit je zwei Toren an die fünfte Stelle. Hrubesch hat damit bereits 130 Bundesliga-Tore insgesamt erzielt und liegt an sechster Stelle der ewigen Torschützenliste, in der noch immer Gerd Müller (365) führt.

● Zuschauerzahlen

Die Zuschauerzahlen des 27. Spieltages entsprechen dem durchschnittlichen Trend der Saison. Die acht Spiele sahen 161 100 Besucher, das heißt pro Spiel durchschnittlich 20 137 (Saisondurchschnitt: 20 626). Die meisten kamen ins Bremer Weserstadion (26 100) und zu Eintracht Braunschweig (26 000), das damit Saisonrekord verbuchte. Die ausgefallene Begegnung Karlsruhe–Dortmund war bereits der 16. Spielausfall der Saison und der 274. der Bundesliga insgesamt. Mit Köln–Leverkusen (19. April) und Bielefeld–Stuttgart (3. Mai) gibt es noch zwei weitere Nachholspiele.

● Spitzenkampf

Dadurch, daß Bremen bereits am Freitag gegen Nürnberg gewonnen hatte, übernahmen die Bremer erstmals seit dem 15. Mai 1965 wieder die Tabellenführung. Doch die Führung der Bremer dauerte nur 20 Stunden, dann hatte sich der Hamburger SV mit dem Sieg in Braunschweig wieder nach vorn geschoben. Zum 70. Mal befinden sich die Hamburger nun an der Tabellenspitze. Am häufigsten auf Platz eins waren bisher Bayern München (172) und Borussia Mönchengladbach (124) zu finden. Leverkusen und Bochum haben als einzige Bundesligaklubs diesen Platz noch nie erreicht.

● Verweis und Anzeige

Der Streit zwischen dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und Bremens Trainer Otto Rehhagel endete mit einem Verweis für den Werder-Coach. Außerdem muß sich Rehhagel, der die DFB-Gerichtsbarkeit im Fernsehen kritisiert hatte, mit seinem Verein die Verfahrenskosten teilen. – Strafanzeige in fünf Fällen stellte die Polizei nach dem Spiel Braunschweig gegen Hamburg. Grund waren neben einer Schlägerei das Abbrennen von Feuerwerkskörpern, ein Verstoß gegen das Waffengesetz sowie das Verbiegen von Haltestellen-Schildern.

ZWEITE LIGA / Pleite für Fortuna Köln

Nach Einzug ins Pokalfinale Aufstieg schon fast verspielt

DW. Köln

Fünf Tage nach dem triumphalen Einzug ins deutsche Pokalfinale verspielte Fortuna Köln alle Chancen, aus eigener Kraft noch den Einzug in die Bundesliga zu schaffen. Dem 5:0-Sieg über Borussia Dortmund folgte eine deftige 1:4-Heimniederlage gegen Kickers Offenbach. Vereinspräsident Jean Löring, für den der Aufstieg mehr wert ist als der „Augenblickserfolg im Pokal", scheint bereits resigniert zu haben: „Der liebe Gott muß helfen, damit wir Dritter werden." Der dritte Platz – wahrscheinlich hinter Mannheim und Offenbach – berechtigt zu zwei Qualifikationsspielen gegen den Drittletzten der Bundesliga.

Die Kölner besiegten sich in diesem für sie so wichtigen Spiel selbst. Das 0:1 (19. Saisontreffer von Uwe Bein) fiel nach einer mißglückten Rückgabe des Liberos Michael Kuntze, das 0:2 war ein Eigentor von Verteidiger Erich Sauk. Das allerdings ändert nichts daran, daß die Offenbacher als spielerisch stärkere Mannschaft verdient gewannen. Trainer Lothar Buchmann: „Wir haben eine abgerundete Leistung geboten und waren auch läuferisch überlegen." Die weiteren Treffer: Martin und Michelberger für Offenbach, Viettinghof für Köln.

Die Ergebnisse

Wattenscheid – Osnabrück	2:0	(0:0)
Uerdingen – Lüttringhausen	0:0	
Kassel – Neuhaus	4:2	(3:1)
Köln – Offenbach	1:4	(0:2)
Darmstadt – Mannheim	1:1	(1:1)
Fürth – Duisburg	1:0	(1:0)
Hannover – Solingen	3:1	(1:0)
Aachen – Augsburg	ausgef.	
Stuttgart – Frankfurt	ausgef.	
Freiburg – Essen	ausgef.	

1. Mannheim	31	18	9	4	70:28	45:17
2. Offenbach	31	19	6	6	67:33	44:18
3. Kassel	31	17	5	9	62:45	39:23
4. Uerdingen	30	15	8	7	50:39	38:22
5. Köln	31	13	10	8	65:45	36:26
6. Freiburg	29	12	11	6	42:35	35:23
7. Darmstadt	31	13	9	9	55:47	35:27
8. Aachen	30	12	8	10	41:41	32:28
9. Stuttgart	29	12	7	10	60:43	31:27
10. Duisburg	31	12	6	13	45:46	30:32
11. Osnabrück	30	13	3	14	54:52	29:31
12. Hannover	31	10	8	13	59:59	28:34
13. Fürth	31	9	10	12	48:61	28:34
14. Essen	30	9	8	13	44:48	26:34
15. Lüttringh.	29	9	7	13	41:61	25:33
16. Wattensch.	31	10	5	16	45:57	25:37
17. Augsburg	29	8	7	14	24:41	23:35
18. Solingen	30	7	9	14	40:58	23:37
19. Frankfurt	30	6	7	17	39:72	19:41
20. Neuhaus	31	5	5	21	36:76	15:47

Die Vorschau

Dienstag, 12. April, 20 Uhr: Aachen – Augsburg; Freitag, 15. April, 20 Uhr: Duisburg – Essen, Osnabrück – Fürth; Samstag, 16. April, 15.30 Uhr: Solingen – Darmstadt, Schloß Neuhaus – Hannover, Mannheim – Wattenscheid, Augsburg – Stuttgart; Sonntag, 17. April, 15 Uhr: Frankfurt – Köln, Lüttringhausen – Aachen, Uerdingen – Freiburg.

SPORT-NACHRICHTEN

Navratilova zu stark

Hilton Head (sid) – Zu stark war Martina Navratilova (USA) beim Tennis-Turnier von Hilton Head (Süd-Carolina) für Bettina Bunge (Cuxhaven). Im Halbfinale unterlag Bunge klar mit 2:6, 3:6. Zuvor hatte sie sich im Viertelfinale noch gegen Sylvia Hanika mit 6:2, 4:6, 6:2 durchgesetzt.

Borg unterlag Connors

Tokio (sid) – Der Schwede Björn Borg, der in Monte Carlo vor einer Woche sein letztes Grand-Prix-Turnier gespielt hatte, unterlag im Finale eines Tennis-Show-Turniers in Tokio gegen Jimmy Connors (USA) mit 3:6, 4:6.

Schwimm-Staffel Zweite

Nanning (dpa) – Die Damen-Staffel des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) erreichte beim Internationalen Schwimmfest in Nanning (China) über 4x100 Meter Lagen hinter der „DDR" (4:13,8 Minuten) in 4:26,9 Minuten den zweiten Platz.

Mißlungene Premiere

Darmstadt (dpa) – Bei seiner Premiere im Rollhockey-Europapokal unterlag der RSC Darmstadt im Achtelfinal-Hinspiel vor 300 Zuschauern in Darmstadt gegen HC Vercelli (Italien) mit 5:9.

Junioren auf Platz drei

Mannheim (sid) – Die deutschen Basketball-Junioren erreichten durch einen 76:71-Sieg über Finnland beim 12. Albert-Schweitzer-Turnier in Mannheim den dritten Platz. Turniersieger wurde zum dritten Mal Italien durch einen 111:101-Erfolg im Endspiel gegen die USA.

„Mephisto" gibt ihr Debüt

Bremen (dpa) – Deutschlands größte Yacht, die 24 Meter lange „Mephisto", wird zu Pfingsten vor Helgoland ihr Regatta-Debüt geben. Neben dem Start bei der Nordsee-Woche der Hochsee-Segler ist auch die Teilnahme an der Cowes Week vor Südengland geplant. Dort wird in diesem Jahr der Admirals-Cup, die Mannschafts-Weltmeisterschaft der Hochsee-Segler, ausgetragen.

Jockey schwer verletzt

Toronto (dpa) – Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde der kanadische Jockey Colin Bain ins Krankenhaus von Toronto eingeliefert. Beim Galopprennen in Grennwood Park war Bain auf Hoist The Queen beim Überholen gestürzt und von zwei Pferden getreten worden.

Weltmeister im Curling

Moose Jaw (sid) – Die Schweiz gewann durch einen 18:3-Finalerfolg über Norwegen in Moose Jaw (Kanada) die Curling-Weltmeisterschaft der Damen.

Röhrl kämpfte sich vor

St. Wedel (sid) – Weltmeister Walter Röhrl (Regensburg) kämpfte sich auf Lancia bei der Saarland-Rallye, dem dritten Lauf zur Deutschen Meisterschaft, nach einem großen Zeitverlust bei der vierten Wertungsprüfung mit seinem Beifahrer Christian Geistdörfer (München) vom 60. auf den zweiten Platz nach vorn. Sieger wurden Manfred Hero (Schmelz) und Dietmar Müller (Saarbrücken) auf Porsche.

Schwache deutsche Boxer

Kopenhagen (sid) – Ohne Chancen waren die beiden deutschen Profiboxer Georg Butzbach (Sitterswald) und Jean-André Emmerich (Frankfurt) bei einem Kampftag in Kopenhagen. Im Mittelschwergewicht gab Butzbach gegen John Odiambo (Uganda) in der dritten Runde auf, Emmerich unterlag dem Dänen Torben Andersen im Leichtmittelgewicht nach Punkten.

Niederlage zum Auftakt

Kuala Lumpur (sid) – Titelverteidiger Deutschland mußte zum Auftakt der 5. Damen-Hockeyweltmeisterschaft in Kuala Lumpur (Malaysia) mit 0:1 eine überraschende Niederlage gegen Argentinien hinnehmen. Bundestrainer Strödter: „Ich bin maßlos enttäuscht."

Sondermarken ausgegeben

Los Angeles (dpa) – Die Post der USA hat die ersten vier von 24 geplanten Sonderbriefmarken zur Unterstützung der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles herausgegeben. Dabei handelt es sich um einen Block mit den Motiven Kugelstoßen, Gewichtheben, Kunstturnen und Schwimmen.

EISHOCKEY / Kanada mit 5:4 besiegt

Trügerischer Erfolg, aber Selbstbewußtsein wächst

dpa, Dortmund

Zahlen können trügerisch sein: 5:4 gegen Rekord-Weltmeister Kanada gewonnen, davor nur 2:3 und 2:5 gegen die Sowjetunion verloren: Da könnte man meinen, der Weg zum Titel führt bei der 49. Weltmeisterschaft nur über die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft. Doch von dieser Rolle ist die Mannschaft von Bundestrainer Xaver Unsinn weit entfernt, und nichts machte dies deutlicher als der Erfolg gegen die Kanadier am Samstag in Dortmund (das Ergebnis der Begegnung in Frankfurt stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

„Natürlich freue ich mich über den Sieg, so etwas hilft dem Selbstbewußtsein. Aber wir werden ihn nicht überbewerten und ihn richtig einordnen, denn wir wissen ja, wen wir da geschlagen haben", sagte auch Unsinn nach dem vierten deutschen Länderspiel-Sieg gegen Kanada.

Die besiegte Mannschaft war kein Maßstab, sondern ein Provisorium. „In einer Woche, wenn die WM beginnt, werden von meinem heutigen Team nur noch sieben der 20 Spieler dabei sein", rückte Kanadas junger Coach Dave King (35) die Relationen zurecht.

Trotzdem waren die Kanadier ein idealer Testpartner. Ihr aggressives Spielsystem steht im krassen Kontrast zum Eis-Schach der UdSSR, und Unsinns Mannen brauchten fast zwei Drittel, um sich umzustellen. Selbst Karl-Heinz Friesen im Tor machte da keine Ausnahme: Sonst Ruhe und Zuverlässigkeit in Person, ließ sich der Rosenheimer zweimal von der kanadischen Eigenart überraschen, selbst aus unmöglichen Winkeln zu schießen. Auch die anderen Gegentore gingen mit auf seine Kappe, ehe er sich im Schlußdrittel zu gewohnter Form steigerte und letztlich den Sieg sicherte.

Die langsame Gewöhnung von Friesen war bezeichnend für die gesamte deutsche Mannschaft. „Zu gehemmt, zu körperlos, zu langsam", kritisierte Xaver Unsinn die Leistung bis zum 1:4-Rückstand in der 35. Minute, „erst dann merkten einige Spieler, daß man gegen die Kanadier aufsässig sein muß, um gut auszusehen." Diese Einsicht reichte schließlich zum Erfolg – und die drei Tore des Mannheimers Manfred Wolf (26). Zusammen mit seinem Kollegen Roy Roedger und dem Rosenheimer Ernst Höfner bildete er einen zweiten Sturm, der als einziger Mannschaftsteil über die gesamte Spielzeit überzeugte. Ihr starker Auftritt war kein Zufall: Wolf und Roedger gehörten zu den vier in Kanada geborenen und geschulten Spielern im deutschen Team ...

SCHACH / Endlich ein Sieg von Robert Hübner



Spaziergang im Kurort Velden nach dem Sieg: Robert Hübner, seine Delegationsmitglieder Gisbert Jacoby (links) und Otto Meyer. FOTO: SIMON

„Erstmals energisch und kompliziert"

DW. Velden

Endlich, in der neunten von zehn Partien, also kurz vor der endgültigen Niederlage, hat der deutsche Schach-Großmeister Robert Hübner zu sich selbst gefunden. In Velden gewann er zum ersten Mal während des Viertelfinales im Kandidatenturnier gegen den sowjetischen Ex-Weltmeister Wassili Smyslow und glich den Gesamtstand des Wettkampfes auf 4,5:4,5 aus. Heute wird die zehnte Partie gespielt, endet sie Unentschieden, kommt es zu vier weiteren Kämpfen. Steht es dann immer noch insgesamt Remis, entscheidet das Los darüber, wer das Halbfinale erreicht.

Hübners Leistung in der neuen Partie, die Smyslow im 36. Zug aufgab, war so überzeugend, daß WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Großmeister, diese Prognose wagt: „Das war die Wende. Robert Hübner wird gewinnen *und das Finale des Kanidatenturniers erreichen.*" In diesem Finale wäre Garri Kasparow aus der Sowjetunion oder Viktor Kortschnoi sein Gegner, der in Bad Kissingen gegen den Ungarn Lajos Portisch unentschieden spielte und aus drei Partien nur noch ein Remis benötigt, um das Finale zu erreichen. Pachmans Prognose setzt voraus, wovon alle Experten überzeugt sind: Der Filipino Torre und der Ungar Ribli, deren Viertelfinalkampf gerade begonnen hat, sind schwächer als Smyslow und Hübner.

Auch Hübners deutscher Großmeister-Kollege Helmut Pfleger unterstreicht Pachmans Prognose: „Robert hat endlich während der gesamten Partie energisch und kompliziert gespielt, und das ist Gift für Smyslow. Nichts kennzeichnet Smyslows Not mehr, als die Dame in verlorener Stellung zu bewegen" (siehe Pachmans Partie-Kommentar).

Lob erntete Hübner sogar vom sowjetischen Team-Chef Jurij Awerbach: „Er ist nach Emanuel Lasker der beste deutsche Spieler. Vielleicht ist es sein Fehler, daß er mehr mit sich selbst als mit seinen Gegnern zu kämpfen hat." Pfleger sieht es ähnlich: „Robert mußte schon die Auftakt-Partie klar gewinnen. Aber er hat zu lange gezaudert, unmögliche Fehler und sich selbst kaputt gemacht. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt spielte er meisterlich, um dann innerhalb weniger Züge alles kaputt zu machen. So nach dem Motto: Wie stelle ich es an, nicht zu gewinnen? Der Grund dafür liegt im persönlichen Bereich."

Pflegers Kritik an Hübner: Er habe sich die rein ökonomische Spielweise von Smyslow aufzwingen lassen und habe auf komplizierte Züge und jene Varianten verzichtet, die ihn zu einem der besten Schachspieler der Welt werden ließen. Bis eben jetzt, kurz vor dem Ende, in der neunten Partie ...

Notation und Pachmans Kommentar

Die Notation der 9. Partie, Englische Partie, Hübner weiß:

1.c4 e5, 2.g3 Sf6, 3.Lg2 Sc6!?,
Bei dieser Zugfolge gilt 3. ... c6, 4.Sf3. e4, 5.Sd4 d5, 6.cxd5 Dxd5!, oder 4.Lg2 d5, 5.cxd5 cxd5, 6.Db3 Sc6!, 7.Sxd5 Sd4 usw. als günstig für Schwarz. Auch 3. ... d5 ist eine alte und bewährte Fortsetzung, die Smyslow selbst schon oft anwandte.

4.Sc3 d6, 5.e3 Lg4, 6.Sge2 Dd7, 7.h3 Le6, 8.Sd5 Lxd5,
Erzwungen, da nach 8. ... Le7 9.d4 stark wäre. Nun erreicht Hübner seinen ersten Erfolg. Er hat ein aktives Läuferpaar.

9.cxd5 Sb4, 10.Db3 c5, 11.a3 Sa6, 12.0-0 g6, 13.d4 exd4, 14.exd4 Lg7, 15.De3+! Kf8?,
Danach gelingt es Smyslow nicht mehr, eine Stellung zu konsolidieren. Er sollte De7! spielen, da im Endspiel nach 16.Dxe7+ Kxe7 sowie *auch nach 16.Te1* Dxe3, 17.Lxe3 0-0 Schwarz recht gute Ausgleichschancen hätte. Am chancenreichsten für Weiß scheint die Fortsetzung 16.dxc5 Sxc5, 17.b4!.

16.Df3! ...
Jetzt droht Lg5.

16. ... h6, 17. Le3! ...
Eine originelle und ausgezeichnete strategische Konzeption: 17. ... cxd4, 18.Sxd4 förderte die weiße Entwicklung, und der Vorstoß wird den c-Bauern schwächen.

17. ... Sc4!?, 18.Tfc1 Tc8, 19.Sf4 Kg8, 20.Lf1 b5!?,
Hier kam Da4 in Betracht. Nun wird die Stellung geöffnet, und Weiß kommt zum Angriff.

21.a4! bxa4, 22.Lxc4 Sc7, 23.Ld3 ...
Unauffällig, aber sehr stark. Es wird sich zeigen, daß der schwarze König kein sicheres Versteck hat.

23. ... Tb8, 24.Tc2 Kh7, 25.h4! h5,
Erzwungen, um den sofortigen Zusammenbruch nach 26.h5 zu verhindern.

26.Tac1 Thc8, 27.Sxh5 Scxd5, 28.Sxf6+ Sxf6, 29.h5! Txc2, 30.hxg6+ fxg6, 31.Lxc2! ...
Überraschend und entscheidend: Txb2 scheitert an 32., Kg2 nebst Th1+und der Bauer g6 fällt.

31. ... Dh3, 32.d5! ...
Eine weitere taktische Finesse: Txb2 verliert wegen 33.Ld4 Sg4, 34.Lxb2 Lxb2, 37.Df7+.

32. ... Tf8, 33.Ld1 ...
Verhindert Sg4 und droht mit 34.Tc7.

33. ... Sd7, 34.De4 Sf6, 35.Dxa4 Sxd5?
Beschleunigt das Ende, sonst hätte Weiß in überlegener Stellung mindestens einen Bauern mehr.

36.Lg4 – aufgegeben.

FECHTEN

Emil Beck gab Cola aus

dpa, Heidenheim

Der Fechtclub Tauberbischofsheim ist die erfolgreichste Vereinsmannschaft im Degen-Europapokal. Mit einem 9:5-Sieg über ZSKA Moskau holten sich die Tauberbischofsheimer Degenfechter zum dritten Mal hintereinander und zum fünften Mal insgesamt den Europapokal für Degen-Vereinsmannschaften. Alexander Pusch, Elmar Borrmann, Volker Fischer, Gerhard Heer und Rafael Nickel waren bei ihrem Sieg über den sowjetischen Meister die souverän dominierende Mannschaft. Sie sind nun auch die in der ewigen Bestenliste erfolgreichste Mannschaft.

Dominierender Fechter des technisch erstklassigen Finales war Elmar Borrmann. Der Weltranglistenerste hatte mit vier Siegen eine weiße Weste. Ihm stand Alexander Pusch kaum nach, der bei seinen drei Siegen bei nur einer Niederlage beste Fechtkunst demonstrierte.

Bundestrainer Emil Beck mußte freilich erst Cola für die Fechtkinder des Heidenheimer SB spendieren, damit sie mit ihrem Beifall und den „Alex"- und „Elmar"-Rufen nicht nur die Fechter aus Tauberbischofsheim im Degen-Europapokal stimulierten, sondern auch das Heidenheimer Publikum. Den Heidenheimern war es nach dem Ausscheiden der eigenen Mannschaft gegen Budapest zunächst schwergefallen, auch die Fechter aus Tauberbischofsheim lautstark zu unterstützen.

Das packende Finale gegen ZSKA Moskau stimmte dann das Publikum von selbst um. Im großen Stil fochten Elmar Borrmann als Weltranglisten-Erster und Alexander Pusch, der mit dem Degen spielte wie an seinen besten Tagen. Ein Jubelfest für Mitstreiter Volker Fischer, Gerhard Heer und auch den glücklosen Deutschen Meister Rafael Nickel. Genugtuung für Beck: „Das waren wirklich die zwei besten Teams."

Überragender Fechter des Finales bei Tauberbischofsheim war Elmar Borrmann, der alle vier Kämpfe für sich entscheiden konnte. Gerhard Heer und Volker Fischer siegten je einmal und mußten zwei *Niederlagen einstecken.* „*Wenn ich* nur immer so fechten würde", sehnte sich Pusch solche Tage öfters herbei. „So locker und frei bin ich einmal im halben Jahr." Er, der seit September 1982 kein Finale in einem Weltcup-Turnier mehr erreicht hatte, focht von Treffer zu Treffer freier und riß Mannschaft und Zuschauer gleichermaßen mit. Beck: „Das ist das homogenste Team, das ich seit zwei Jahren hatte."

So bleibt im Nationalteam kein Platz mehr für den Heidenheimer Stefan Osztrics, einen gebürtigen Ungarn. Obwohl er sich für die Weltmeisterschaften qualifiziert hat.

TRABEN

Trunkenheit im Sulky . . .

BERND BAKKER, München

Die Geschichte ist einmalig im deutschen Trabrennsport: Klaus Kern, 27 Jahre alter Trabertrainer aus Straubing, mußte am Samstag in München-Daglfing von zwei Polizisten in Handschellen von der Bahn geführt werden. Angezeigt wegen Trunkenheit im Trabersulky, Körperverletzung und Hausfriedensbruch, ist er ab sofort für alle Rennen gesperrt. Mehr noch: Kerns berufliche Existenz ist gefährdet.

Der Polizei-Aktion vorausgegangen war eine 45minütige Einlage des Trainers, die es in sich hatte. Rennbahnbesucher hatten sich beschwert, daß Kern im angetrunkenen Zustand im Traberkasino angetroffen worden sei. Zwei Mitglieder der Rennleitung brachten den für das letzte Rennen des Tages noch als Starter angegebenen Kern zum Rennbahnarzt, der einen Alkoholtest durchführte. Das Röhrchen verfärbte sich, Polizisten stellten fest, daß Kern nicht mehr Auto fahren dürfte, worauf der Vorsitzende der Rennleitung, Walter Ladstetter („Seit 1938 bin ich auf der Bahn, aber so etwas habe ich noch nie erlebt"), keinen Moment zögerte, Kern Startverbot zu erteilen. „Wenn etwas passiert, sind wir dran. Schon 0,3 Promille sind zuviel, um Rennen zu fahren. Kern hatte aber weit mehr."

Doch der Mann, den sie *ob* seines geringen Körpergewichts „Ghandi" nennen, wurde aggressiv, dachte gar nicht daran, im Stall zu bleiben. Kern fuhr mit seinem Wallach Baxa Toni an den Start, blieb dort auch noch, als seine Konkurrenten aus Protest die Bahn verlassen hatten, schlug *schließlich* mit der Peitsche auf einen Rennbahnangestellten ein, der sein Roß stoppen wollte. Geschäftsführer Habers dazu: „Jetzt erst durften wir die Polizei einsetzen." Unter dem Johlen und Pfeifen der fast 4000 Zuschauer begann eine Verfolgungsjagd, ehe ihn zwei Polizisten schließlich vom Sulky zerrten.

Das Schlimme daran: Klaus Kern gilt ohnehin schon als böser Bube des bayerischen Rennsports, seit er vor zwei Jahren in Straubing beobachtet wurde, wie er sein *Pferd Zeno im Jähzorn mit einer* Zaunlatte maßlos prügelte und mißhandelte. Das Unglaubliche daran: Der Mann, der eigentlich schon damals nichts mehr auf einer Rennbahn zu suchen hatte, durfte weiter Rennen fahren, obwohl ihm das Renngericht für drei Monate die Lizenz entzog. Der harte Kern hatte nämlich beim Landgericht Regensburg tatsächlich einen Richter gefunden, der ihm dies per Einstweiliger Verfügung ermöglichte. Der Münchner Staranwalt Bossi hatte damals sogar das Mandat an einen Straubinger Kollegen abgegeben. Heute wird man darüber in Bossis Kanzlei froh sein . . .

MOTORSPORT / Eklat am Hockenheim-Ring: Streit um Motoren für das Maurer-Team – Deutsche Rennsport-Meisterschaft

Pech für Ludwig – Klarer Sieg für Niedzwiedz

dpa/sid, Hockenheim

Einen Start- und Zielsieg feierte Klaus Niedzwiedz (Unna) im Ford-Zakspeed C beim zweiten Lauf zur internationalen deutschen Rennsportmeisterschaft vor nur 26 000 Zuschauern im Motodrom von Hockenheim im Rahmen des Jim-Clark-Formel-2-Rennens (dessen Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Niedzwiedz ging aus der zweiten Startreihe schon nach 300 Meter in Führung und distanzierte das gesamte Feld. Nur noch Volkert Merl im Jöst-Porsche 936 war mit Niedzwiedz in einer Runde und holte sich mit Platz zwei und 15 Punkten in Abwesenheit von Titelverteidiger und Zolder-Sieger Bob Wollek (Straßburg) mit 27 Punkten die Führung in der Gesamtwertung.

Pech hatte einmal mehr der Rennsportmeister von 1981, Klaus Ludwig, der bereits in Zolder ausgeschieden war. Der Bornheimer mußte an sicherer zweiter Stelle liegend seinen Ford-Zakspeed Turbo in der 18. von 24 Runden mit Zündaussetzern in der Boxenstraße abstellen. Zusammen mit Wollek und Niedzwiedz liegt Kurt Lotterschmid (Kolbermoor) durch seinen vierten Platz hinter Leopold Prinz von Bayern (Jöst-Porsche) mit 20 Punkten auf Platz drei der DRM-Wertung.

Am Start waren insgesamt 17 Fahrzeuge, von denen allerdings nur sechs die Klasse für die einstmals so hochstehende deutsche Rennsportmeisterschaft besaßen.

Zuvor hatte sich folgendes zugetragen, und der Fall ist in der Motorsportgeschichte einmalig: Da ließ der Liechtensteiner Motorveredler Max Heidegger in Hockenheim zwei Rennmotoren aus den Formel-2-Rennern von Stefan Bellof und Alain Fertè (Frankreich) vom deutschen Maurer-Team ausbauen, weil er mit Willy Maurer im finanziellen Clinch liegt. Diese Methode, bislang nicht einmal in der rauheren Formel 1 üblich, war das Thema *Nummer eins im Motodrom.*

Zu diesem Ärger kam es, weil sich Heidegger und Maurer über ihre Vereinbarungen nicht klar wurden. Der Liechtensteiner präsentierte eine Rechnung über 220 000 Mark für die zwei Rennen von Silverstone *und Thruxton und* als Vorauszahlung für die Saison 1983, lehnte aber einen Scheck des Münchner Teamchefs ab, weil er damit im Vorjahr einmal schlechte Erfahrungen gemacht habe. Maurer stand plötzlich ohne Motoren da, weil auch BMW die Unterstützung versagte. BMW-Pressesprecher Uwe Mahla: „Wir haben sie für unser Team benötigt und wären andererseits einem Tuner unserer Motoren in den Rücken gefallen."

Ersatz beschaffte dann der Schweizer Heidegger-Konkurrent Heini Mader, der Maurer mit BMW-Werksmotoren belieferte, damit Bellof und Fertè überhaupt fahren und am Samstag, wegen Zündaussetzer, eher schlecht als recht trainieren konnten. Die Zusammenarbeit zwischen Maurer und Heidegger ist passè, durch den Eklat von Hockenheim wohl aber auch die Chance von Stefan Bellof, den Absprung in den Grand-Prix-Sport mit dem Titel eines Formel-2-Europameisters leichter zu schaffen.

In der Nachwuchs-Serie Formel Ford kam es am Samstag zu einem *zweiten* schweren Unfall. Beim Start zum Rennen kollidierten in der hinteren Hälfte des Feldes fünf Wagen, von denen sich zwei überschlugen. Augenzeugen berichteten, daß mehrere Fahrer offensichtlich übersehen hatten, daß das Rennen mit zwei langsamen Einführungsrunden beginnen sollte. Sie hatten Vollgas gegeben und waren in die vor ihnen rollenden Wagen gerast. Nach Angaben eines Sprechers der Pressestelle mußte jedoch nur ein Fahrer wegen Schockwirkung ärztlich behandelt werden.

Bereits im Training zu diesem Lauf war der in Sohren lebende Amerikaner Karl Kirts am Ende der Zielgeraden durch die Fangzäune in die Abgrenzungsmauer gefahren. Dabei hatte er sich schwere Kopfverletzungen zugezogen.



Corbiere (rechts) gewann vor Greasepaint das 137. Grand National. FOTO: AP

Eine Frau trainierte den Sieger

Wieder kamen 70 000 Engländer zur Rennbahn von Aintree, um das berühmteste und schwerste Hindernisrennen der Welt zu sehen – das 137. englische Grand National. Es endete so wie die meisten seiner Vorgänger. Nicht der Favorit und Vorjahressieger Grittar lag nach 7,2 Kilometern vorn, sondern der achtjährige Wallach Corbiere, der mit 13:1 nur als Dritter vorgewettet worden war.

500 Millionen Menschen waren am *Fernsehschirm Zeuge* eines turfhistorischen Ereignisses. Denn zum ersten Mal gewann ein Pferd, das von einer Frau trainiert wird. Die 36jährige Jennifer Susan Pitman: „Auf den letzten Metern dachte ich, er würde es nicht mehr schaffen, aber er hat einen ungeheuren Kampfgeist und gibt sich nie geschlagen." Geritten wurde Corbiere von Ben de Haan, der 1982 auch einmal in Deutschland, in Hannover, ritt und Letzter wurde. 110 Millionen Mark an Wetteinnahmen flossen in die Kassen der Buchmacher. Der Besitzer von Corbiere, der 23jährige Börsenmakler Brian Burrough, nahm rund 200 000 Mark ein. Ein Pferd wurde bei einem Sturz getötet.

Ob das Rennen im nächsten Jahr wieder stattfinden kann, ist fraglich. *Es hängt davon ab,* ob der „Aintree Fund" bis zum 1. Mai noch fünf Millionen Mark aufbringen kann, um das Gelände zu kaufen. Ansonsten soll es zu Bauland gemacht werden. Der englische Thronfolger Prinz Charles sprach deshalb von einer „Tragödie" und meinte: „Wir müssen es einfach erhalten."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – Coventry 2:1, Birmingham – Norwich 0:4, Brighton – Everton 1:2, Ipswich – Notts 0:0, Liverpool – Swansea 3:0, Luton – Aston 2:1, Manchester United – Southampton 1:1, Nottingham – Tottenham 2:2, Stoke – Manchester City 1:0, Bromwich – Watford 1:3, West Ham – Sunderland 2:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 80 Punkte, 2. Watford 64, 3. Manchester United 60, 4. Aston 58.

„DDR"-Oberliga, 20. Spieltag: Leipzig – Frankfurt 1:0, Magdeburg – Dynamo Berlin 1:2, Erfurt – Böhlen 1:0, Dresden – Karl-Marx-Stadt 3:1, Aue – Halle 3:2, Union Berlin – Jena 1:0, Rostock – Zwickau 1:0.

EISHOCKEY

WM-Testspiele: CSSR – Kanada 6:2, Deutschland – Kanada 5:4, Schweden – Finnland 3:1. 1. Qualifikations-Spiel für die Olympischen Spiele in Sarajewo: Holland – Norwegen 4:4.

HANDBALL

DHB-Pokal, Damen, 3. Hauptrunde, Gruppe Nord: Oldesloe – Engelskirchen 16:28, Jarplund-Weding – Oldenburg 10:12, Eilbeck – Minden 21:18, Leverkusen – List 22:12. – Gruppe Süd: Lützellinden – Frankfurt 21:10. – Bundesliga, Herren, 20. Spieltag: Großwallstadt – Essen 25:16, Göppingen – Hüttenberg 30:16, Günzburg – Dankersen 21:20, Hofweier – Berlin 22:22, Gummersbach – Dietzenbach 32:17, Nettelstedt – Kiel 21:22.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 18. und letzter Spieltag: Düsseldorf – Saarbrücken 7:9, Jülich – Grenzau 6:9, – Bad Hamm – TCC Esslingen 9:6, Stuttgart – Heusenstamm 3:9.

1. Saarbrücken	18	17	1	0	161:73	35:1
2. Düsseldorf	18	14	0	4	145:77	28:8
3. Jülich	18	12	2	4	144:106	26:10
4. Altena	18	8	2	8	124:123	18:18
5. Reutlingen	18	7	3	8	122:129	17:19
6. Grenzau	18	7	2	9	123:128	16:20
7. Bad Hamm	17	7	1	9	116:125	15:19
8. Heusenst.	17	5	2	10	104:133	12:22
9. Esslingen	18	3	3	12	98:143	9:27
10. Stuttgart	16	0	0	16	44:144	0:32

Bundesliga, Damen, 12. und letzter Spieltag: Hagen – Donauwörth 9:6, Kiel – Kaiserberg 8:8, Kronshaben – Kleve 9:1.

1. Kronshagen	17	16	1	0	152:43	33:1
2. Kaiserberg	17	10	6	1	140:91	26:8
3. Donauwörth	16	11	0	5	117:102	22:10
4. Kleve	17	9	3	5	123:105	21:13
5. Frankfurt	17	10	1	6	121:104	21:13
6. Kiel	17	7	4	6	125:117	18:16
7. Saarbrücken	16	6	1	9	107:117	13:19
8. Ahlen	18	5	1	12	98:137	11:25
9. Rintein	17	0	0	15	94:150	5:31
10. Hagen	17	0	0	17	42:153	0:34

VOLLEYBALL

Deutsche Meisterschaft der Herren, Endrunde: Paderborn – Passau 3:1.

BASKETBALL

12. Albert-Schweitzer-Turnier der Junioren in Hammheim: Endspiel: Italien – USA 111:101; um Platz 3: Deutschland A – Finnland 76:71; um Platz 5: Jugoslawien – Türkei 95:70; um Platz 7: Bulgarien – Polen 84:80, 9. Deutschland B, 10. China, 11. Belgien, 12. CSSR, 13. UdSSR, 14. Österreich, 15. Frankreich, 16. England.

REITEN

Weltcup-Springen in Göteborg: 1. Fuchs (Schweiz) Jeton du Charme 0 Fehlerpunkte/38,77 Sek., 2. Simon (Österreich) Gladstone 0/39,80, 3. Wiltfang (Deutschland) Piccadilly 0/42,54, 4. Frühmann (Österreich) Bandit 4/39,28, 5. Tyteca *(Belgien) Ransome* 4/39,70, 6. Mullens (Irland) Rockbarton 4/40,19, 7. Ligges (Deutschland) Fandango 11/57,77, 8. Whitaker (England) Ryan's Son 12/43,38, alle im zweiten Stechen. – Endstand der Europawertung im Weltcup: 1. Whitaker 88 Punkte, 2. Skelton (England) 86, 3. Mullens 67, 4. Cottier (Frankreich) 62, 5. Ligges 54, 6. Frühmann und Pyrah (England) beide 52.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Bebe Arlette (R. Elbers), 2. Starpremiere, 3. Apologie, Toto: 112, Pl. 30, 30, 17, ZW: 1156, DW: 5516; 2. R.: 1. Harmonica (R. Suerland), 2. Curd, 3. Saluki, Toto: 36, Pl. 14, 26, 22, ZW: 268, DW: 2308; 3. R.: 1. Soddy (E. Spiegel), 2. Aprilstern, 3. My Shiba, Toto: 28, Pl. 12, 14, 19, ZW: 156, DW: 712; 4. R.: 1. Zar Peter (P. Remmert), 2. Dubbio, 3. Don Carlos, Toto: 68, Pl. 22, 26, 17, ZW: 1060, DW: 4164; 5. R.: 1. Irisette (G. Bocskai), 2. Well Proved, 3. Novelle, Toto: 18, Pl. 13, 42, 22, ZW: 276, DW: 2064; 6. R.: 1. Solarstern (L. Mäder), 2. Wassavo, 3. Olympian Emperor, Toto: 52, Pl. 20, 34, 34, ZW: 724, DW: 6660; 7. R.: 1. The Britisher (D. Ehlen), 2. Trupper, 3. Bourbon, Toto: 64, Pl. 14, 20, 22, ZW: 340, DW: 1420; 8. R.: 1. Wilanow (P. Remmert), 2. Saturn, 3. Herdonia, Toto: 20, Pl. 12, 15, 15, ZW: 84, DW: 328; 9. R.: 1. Atitlan (E. Schindler), 2. Pompadour, 3. Esashi, Toto: 72, Pl. 30, 20, 26, ZW: 540, DW: 9644.

TENNIS

WCT-Turnier in Houston (300 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: McNamee (Australien) – Dickson (USA) 4:6, 6:0, 6:2, Lendl (CSSR) – Scanlon (USA) 6:2, 6:2.

Grand-Prix-Turnier in Lissabon (315 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Wilander (Schweden) – Pimek (CSSR) 6:2, 6:4, Noah (Frankreich) – Higueras (Spanien) 6:4, 6:2. – Doppel, Halbfinale: Motta/Kirmayr (Brasilien) – Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) 6:2, 4:6, 6:3.

Grand-Prix-Turnier in Macon (75 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Tom Gullikson – Hooper (beide USA) 6:7, 6:2, 6:4, Smith – Tim Gullikson (beide USA) 6:2, 6:4. – Doppel, Halbfinale: Tim Gullikson/Tom Gullikson – Leach/Delaney (USA) 6:4, 7:6, Hooper/Nastase (USA/Rumänien) – Smith/Lut (USA) 3:6, 6:3, 6:4.

Damenturnier in Hilton Head Island (200 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Navratilova (USA) – Bunge (Deutschland) 6:2, 6:3, Austin – Jaeger (beide USA) 7:5, 7:5. – Doppel, Halbfinale: Navratilova/Reynolds (USA) – Mandlikova/Ruzici (CSSR/Rumänien) 6:1, 6:1.

MOTORSPORT

12. Internationale Saarland-Rallye, dritter Lauf zur Deutschen Meisterschaft, Saarbrücken-St. Wendel, 845 km, 29 Wertungsprüfungen = 290 km: 1. Hero/Müller (Schmelz/Saarbrücken) Porsche 911 10 963 Punkte, 2. Röhrl/Geistdörfer (Regensburg/München) Lancia Rally 43 Sek. zur., 3. Weber/Wanger *(Neufahrn/Ludwigshafen)* Opel Ascona 400 1:16 Min. – Stand Deutsche Meisterschaft nach drei Läufen: 1. Smolej 83 Punkte, 2. Hero 79, 3. Weber 70, 4. Grundel 65, 5. Kissel/Michel 50, 6. Fischer 40.

HOCKEY

„Intercontinental Cup" (Qualifika*tionsturnier zur nächsten Feldhockey-*WM der Damen) in Kuala Lumpur/Malaysia, die beiden ersten Spieltage. Grpe I: Spanien – Malaysia 1:0, Frankreich – Singapur 2:2; Gruppe B: Südkorea – Österreich 2:0, Irland – Japan 3:1, Belgien – Hongkong 2:1.

GEWINNZAHLEN

***Lotto:** 8, 18, 35, 40, 42, 46, Zusatzzahl:* 27. – Spiel 77: 9 5 5 0 1 9 8. – Toto: Elferwette: 1, 0, 1, 2, 1, 2, 1, 0, 1, 1, 2 (ohne Gewähr).

SPRINGREITEN

Überraschung im Weltcup

sid, Göteborg

Mit einer Überraschung endete die Jagd auf Weltcup-Punkte beim Reitturnier in Göteborg. Der Schweizer Markus Fuchs (28) gewann mit seinem achtjährigen Wallach Jeton du Charme die schwere Springprüfung nach zweimaligem Stechen vor Hugo Simon (Österreich) auf Gladstone und Gerd Wiltfang auf Picadilly.

Markus Fuchs, zwei Jahre älterer Bruder des international bekannteren Thomas Fuchs, katapultierte sich mit diesem Erfolg in das 16 Reiter umfassende Europa-Kontingent für das Weltcupfinale in Wien (20.–24. April), will aber auf einen Start verzichten, weil er seinem jungen Pferd Jeton du Charme nicht zuviel zumuten will. Nutznießer einer Absage des Schweizers könnte Hendrik Snoek (Münster) werden, der sein derzeit bestes Pferd Palma Nova durch einen Reitfehler, der zu einer Verweigerung führte, nicht ins Stechen brachte und mit Platz 13 vorlieb nehmen mußte. Da neben Markus Fuchs auch weitere Reiter (Cottier/Frankreich und Broom/England) trotz Qualifikation auf einen Start in Wien verzichten, kann Snoek doch noch auf Wien hoffen. Fest qualifiziert waren schon vor dem Göteborger Finale die Deutschen Gerd Wiltfang, Fritz Ligges, Paul Schockemöhle und Norbert Koof.

Sieger der Europaliga des Weltcups wurde der 28jährige Brite John Witaker aus Birmingham (88 Punkte), dem in Göteborg ein achter Platz genügte, um vor seinem Landsmann Nick Skelton (86 Punkte) zu siegen. Bester deutscher Teilnehmer in dieser Wertung wurde dank seines dritten Platzes im Abschlußspringen Gerd Wiltfang, der mit 56 Punkten Platz fünf belegte.

Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) muß spätestens in Wien beweisen, daß er das Siegen noch nicht ganz verlernt hat. Sein Abschneiden bei den ersten Wettkampfstarts in Göteborg nach einmonatiger Zwangspause bezeichnete der Mühlener als „leidlich". In Anbetracht der Schmerzen, die sein *mit* einer Platte *genageltes* linkes Schlüsselbein immer noch verursacht, eine treffende Formulierung. „Ich hatte keine Ambitionen, hier zu gewinnen", sagte Schockemöhle, „es ging in erster Linie darum, die Pferde wieder an Wettkämpfe zu gewöhnen. Natürlich *habe ich noch Schmerzen.* Aber wenn es in Wien klappen soll, habe ich keine andere Wahl."

Fragt man den Mühlener nach den Favoriten in Wien, so nennt er spontan zwei Namen: Malcolm Pyrah (England) und Conrad Homefield (USA). Sich selbst spart Schockemöhle aus. Noch vor *Jahresfrist* lieferte er sich in Göteborg im Weltcup-Finale mit Melanie Smith (USA) einen hinreißenden Kampf, den er knapp verlor.

LEICHTATHLETIK / Mike Boit schneller als Coe – Castella gewann Marathon in Rotterdam

Nach der Niederlage verstummte Alberto Salazar

UWE FIBELKORN, Rotterdam

Der Australier Ron Clarke, einst 18mal Weltrekordler auf der Langstrecke, war eigens nach Rotterdam gereist, um seinen 25jährigen Landsmann Robert des Castella beim Marathon-Duell gegen den Amerikaner Alberto Salazar anzufeuern. Doch zum großen Zweikampf zwischen Salazar, dem schnellsten Marathonläufer aller Zeiten, und Castella kam es nicht.

Auf der Zielgeraden an der Coolsingl vor dem Rotterdamer Rathaus gab es nach 42,195 Kilometern eine Spurtentscheidung zwischen Robert des Castella und dem portugiesischen 10 000-Meter-Spezialisten Carlos Lopes. Der Australier gewann nach 2:08:37 Stunden – das ist die viertschnellste Zeit in der Geschichte des klassischen Marathonlaufs. Lopes kam nach 2:08:39 Stunden ins Ziel. So schnell war bisher in Europa kein anderer Marathonläufer. Die bisherige Bestzeit hielt der holländische Europameister Gerard Nijboer mit 2:09:01 Stunden. Nijboer wurde in Rotterdam nur 15. Seine Erklärung: „Mich hat am Vortag ein Hund ins Bein gebissen, das behinderte mich sehr."

Und Salazar? Der trudelte als Fünfter ein. Sichtlich enttäuscht nahm der schnellste und teuerste Marathonläufer der Welt – in der Branche heißt es, er verdiene eine runde halbe Million Mark im Jahr – an der Pressekonferenz nach dem Rennen teil. Salazar: „Wenn ihr Journalisten dauernd schreibt, ich sei unschlagbar, dann belastet mich so etwas sehr." Die Bitte um Interviews darüber hinaus verweigerte der gebürtige Kubaner: „Sie haben doch gehört, was ich gesagt habe. Das muß Ihnen genügen." Sprach's, nahm Frau und Kind an die Hand und verschwand.

Währenddessen machte sich Robert des Castella Gedanken über die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften im Juli. Weil Salazar in Helsinki nur über 10 000 Meter starten will, schätzt der Australier den Portugiesen Lopes als seinen härtesten Rivalen ein. Schließlich war der in seinem zweiten Marathonrennen in Rotterdam gleich drauf und dran, Weltbestzeit zu laufen.

Bis zur Hälfte der Strecke hatte der Schotte John Graham – extra als Tempomacher eingeladen – für die entsprechend schnelle Fahrt gesorgt, doch als er ausstieg, wurde das Tempo langsamer. Dabei wollten die holländischen Veranstalter den 200 000 Zuschauern unbedingt den schnellsten Marathonlauf aller Zeiten bieten.

Den schnellsten Meilenlauf aller Zeiten sahen die Zuschauer in Auckland (Neuseeland). Mike Boit (Kenia) schaffte die 1609 Meter lange Strecke in 3:28,36 Minuten – 19 Sekunden schneller als der Engländer Sebastian Coe bei seinem offiziellen Weltrekord von 3:47,33 Minuten am 28. August 1981 in Brüssel. Des Rätsels Lösung: Mike Boit erreichte diese ungewöhnliche Zeit auf dem traditionell exakt vermessenen Kurs in der neuseeländischen Hafenstadt auf einer steil abfallenden Straße. *Das* Rennen auf der Queen Street begann in 190 Meter Höhe und endete auf Meereshöhe. Entsprechend gut waren auch die Zeiten der Verlierer: Steve Scott (USA) wurde Zweiter mit 3:29,44 Min. und Ray Flynn (Irland) Dritter mit 3:29,66.

Bei den Frauen siegte Christine Hughes (Neuseeland) in 4:02,93 Min. Den offiziellen Weltrekord hält Maricica Puica (Rumänien) mit 4:17,44 Minuten.

Nach schwerer Krankheit verstarb mein Mann

Ernst-Achim von Wintersfeld

* 11. 8. 02 † 2. 4. 83

Annegret von Wintersfeld

8184 Gmund am Tegernsee, Parkstr. 119
8184 St. Quirin-Gmund am Tegernsee, Nördliche Hauptstr. 4

Pankraz, Kroetz und das Romanische Café

Wir brauchen keinen VS, sondern neue Romanische Cafés", sagte der Dramatiker und Schauspieler Franz Xaver Kroetz, als er unter Protest aus dem kommunistisch beherrschten Schriftstellerverband der IG Druck und Papier austrat. Als polemische Pointe klang das recht gut. Hier der öde vor sich hinpolitisierende, von allen guten Geistern verlassene „Verband" mit seinen verbiesterten Funktionären, dort das Idealbild eines gemütlichen „Cafés" mit geistreicher, witziger Gästeschar, die – statt Resolutionen zu verabschieden – über ihre neuesten Werke spricht, Anekdoten erzählt, den Weltgeist am Nasenring spazierenführt und, ganz im Nebenbei, herrlichen Forschungsstoff für künftige Kaffeehaus-Historiker à la Mühsam oder Torberg produziert.

Die Frage ist nur, ob die Ära der literarischen Cafés denn wirklich so herrlich war, wie wir es in Mühsams „Unpolitischen Erinnerungen" oder in Torbergs „Tante Jolesch" erzählt bekommen. Pankraz hegt heftige Zweifel. Die wirklich großen Geister jener Epoche, die Hofmannsthal und Rilke, Thomas Mann und Gerhart Hauptmann, Jünger und Brecht, mieden das Café oder verirrten sich eher zufällig dorthin. Viele Stammtische, etwa der von Karl Kraus oder der von Alfred Polgar, glichen kleinen Hofstaaten, an denen es nur darum ging, dem jeweiligen Meister zu huldigen, an denen Byzantinismus und sterile Etikette herrschten. Die Atmosphäre im Café insgesamt war alles andere als kreativ. Werke, die nachgewiesenermaßen tatsächlich „am Marmortisch des Literatencafés" niedergeschrieben wurden, zum Beispiel einige Manuskripte von Hermann Kesten, sind ausgesprochen schlecht und blamieren ihren Herkunftsort eher.

Man sollte sich auch keine Illusionen über den Karat der einzelnen Stammtischgespräche machen. Was die Bücher der Kaffeehaus-Nostalgie wie Perlen auf knapper Schnur aneinanderreihen, verteilte sich in Wirklichkeit über viele Jahre und viele Tische. Aufhebenswerte Einfälle sind selbst bei schöpferischen Persönlichkeiten vergleichsweise dünn gesät, und in den Cafés verkehrten ja keineswegs nur schöpferische Persönlichkeiten. Das Gros der Besucher bestand aus mehr oder weniger guten Durchschnittshandwerkern, durchsetzt mit trüben Schnorrern und gaffenden Neuankömmlingen aus der Provinz. Von denen waren weder Bonmots noch sonstwie erhellende Beiträge zur Lage des Zeitgeistes zu erwarten.

Ist es denn überhaupt wünschenswert, daß Literaten in geballter Ladung aufeinanderhokken? Gewiß, man braucht Kommunikation, man muß Beziehungen herstellen, um wohlwollenden Zugang zu Redaktionen und Lektoraten zu erhalten, Förderkartelle zu gründen, sich auszustellen und bewundern zu lassen. Das Café ist für die Befriedigung solcher Notwendigkeiten aber längst nicht mehr der beste Ort. Ein einigermaßen ausführliches Fernseh-Porträt ersetzt heute jahrelanges Herumsitzen an exponierten Schau-Stammtischen. Die Kantinen und Casinos in den Sendern und großen Zeitungen bieten mehr Möglichkeiten zur Knüpfung von Arbeitskontakten, als das größte Kaffeehaus je bereitstellen konnte. Die Schnelligkeit der modernen, am Telefon orientierten Absprachen läßt einen Umweg übers Literatencafé ohnehin nicht ratsam erscheinen.

Entfällt jedoch die arbeitstechnische Seite des Café-Besuchs, wird das Café zu einer „Stätte der reinen Begegnung", dann sollte so mancher Schriftsteller gewarnt sein. Allzu exklusiver Umgang mit Kollegen ist ungesund. Die Sehnsucht nach menschlichen Kontakten, die den einsam in stiller Klause vor sich hinwerkelnden Autor verständlicherweise befällt, sollte möglichst durch Bekanntschaften mit „ganz normalen Leuten" gestillt werden. Die nämlich verschaffen dem Schriftsteller Einlässe in immer neue, bis dato unbekannte Dimensionen des Daseins, während ihm im Kollegenkreis meistens nichts weiter als die eigene Einsamkeit entgegengrinst.

Hinzu kommt, daß Schriftstellerkollegen in der Regel ausgesprochen unleidliche Zeitgenossen sind. Sie denken gar nicht daran, sich auf den anderen einzulassen, sie sind schlechte Zuhörer, sie erzählen dauernd nur von sich selbst und erwarten, daß man sie über den grünen Klee lobt und kritiklos anhimmelt. Wer unter ihnen einen wirklichen Freund gewinnt, darf sich glücklich schätzen. Der Normalfall ist Freundschaft bestimmt nicht. Vielmehr dominiert unter der Maske leerer Freundlichkeit und vollmundig bekundeter „Solidarität" ein spannungsvolles Gefühlsgemisch aus Respekt und Neid, und das Hauptvergnügen an den Kaffeehaustischen war, wie man bei Mühsam nachlesen kann, auch früher schon das hohnvolle Herziehen über die zufällig Abwesenden, an deren Büchern man kein gutes Haar ließ.

Also doch lieber „Verband" statt „Café", und Kroetz hat auf der ganzen Linie unrecht? Nun, vielleicht wollte FXK mit seiner Philippika gegen den „Verband" gerade jene leere und heuchlerische Solidaritätshuberei kritisieren, die soeben als Kaffeehaus-Normalfall beschrieben worden ist, jenes Im-eigenen-Saft-Schmoren, bei dem sowenig für die Literatur herauskommt. Der von ihm speziell gemeinte VS bietet ja auch wahrhaft abschrekkende Beispiele sowohl von verlogener „Solidarität" als auch von ohnmächtiger Esoterik und Abkapselung. Wer das ins Visier nimmt, hat immer recht.

Nur muß man sich darüber im klaren sein, daß es mit einem bloßen Institutionenwechsel nicht getan ist. Es genügt nicht, einfach den „Verband" zu verlassen und sich nebenan im Café am Stammtisch niederzulassen. Wichtig ist, daß man die so sehr angewachsene Verbandsmentalität abstreift. Denn Literatur ist nicht Sache eines exklusiven, wie immer auch gearteten Verbandes.

Pankraz



Zweimal Asien durch das Objektiv: Chinesische Szene aus dem 19. Jahrhundert (rechts), Kinder heute verspotten den Fotografen, aus der Darmstädter Ausstellung FOTOS: SPITZING

Mit der Kamera die Welt erobert: Werkbund zeigt in Darmstadt „Reisephotographie 1850 – heute"

Der Mensch sieht, was er sehen will

Als der junge Mann gerade die Ausstellung „Ansichten der Ferne – Reisephotographie 1850 bis heute" verlassen wollte, befragte ich ihn nach seinen Eindrücken. „Ja – da sind schon Bilder dabei da bekommt man Lust, hinzureisen. Am schönsten ist die Tafel mit den Farbfotos von den Sonnenuntergängen. Gefällt mir gut, die Ausstellung."

Auch alle anderen, die ich ansprach, äußerten sich lobend, besonders über die wirkungsvoll plazierten historischen Fotografien aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Sie alle vertraten die Ansicht, die Aussteller hätten eine Lanze für das Fotografieren auf Reisen brechen wollen. Keiner von ihnen hätte vermutet, daß eher das Gegenteil der Fall ist, daß sich im Katalog kritische Bemerkungen über die Reisefotografie finden wie diese:

„Der Photograph eignet sich die Welt nicht an, sondern er fertigt sie ab. Das Klicken des Verschlusses beendet jede Erfahrung, schon bevor sie beginnen konnte." (Zitat nach Dieter Wellershoff)

„Die Kamera behütet den Reisenden vor der Frage, was machen Sie hier? (und vor dem Schlimmeren: Was mache ich eigentlich hier!)"

„In ihrer göttlichen Banalität unterläuft die Fotografie noch den dümmsten Gedanken über sie!"

In diesem Katalog, für den wie für die Ausstellung der Deutsche Werkbund unter der Federführung von Klaus Pohl verantwortlich zeichnet, wird tatsächlich aus vollen Rohren geschossen, wenn auch ungenau gezielt, sowohl gegen das Fotografieren wie gegen das Reisen und vor allem gegen die Verbindung von beidem. Wie kommt es aber, daß diese Kanonenschläge in der Ausstellung selbst offenbar ungehört verhallen? Das hat damit zu tun, daß die Ausstellenden, die sich selbst als „Realisateure" bezichtigen, gegen grundlegende Regeln des Ausstellungswesens verstoßen: Schrifttafeln mit zu viel Text, Bilder mit zu wenig Erläuterungen und eine Gliederung, die dem Betrachter nicht deutlich wird.

Überhaupt macht gerade angesichts des sowohl umfangreichen wie vollmundigen Katalogs die Ausstellung selbst – in Darmstadt ist sie auf einen Saal beschränkt – einen eher bescheidenen Eindruck. Dabei hat sie sich sehr viel vorgenommen. Zeigen will sie:

- Frühe touristische Photographie in den Ländern des Mittelmeerraumes.
- Das Bild Asiens in der Photographie des 19. Jahrhunderts.
- Reiseberichterstattung und Reportage in den Illustrierten der 20er und 30er Jahre.
- Die Deutsche Heimat als Reiseland 1933–1945.
- Die zeitgenössische Amateurphotographie.

Die Ausführungen von Rolf Sachsse über den Einfluß, den die Nationalsozialisten auf berufs- und amateurfotografische Verbände, auf die Fotopublizistik und auf das Wettbewerbs- und Ausstellungswesen nahmen, verdient Interesse.

Allerdings ist es diesem „Realisateur" offensichtlich ein tief verinnerlichtes Anliegen gewesen zu „dokumentieren", daß die Fotoindustrie in der Bundesrepublik Deutschland (im Katalog, wie nicht anders zu erwarten, als BRD bezeichnet), in einer ungebrochenen NS-Tradition steht, weil „der Begründer der ‚photokina' ... bereits an allen NS-Messen in bedeutender Funktion beteiligt" war. Nun war jedoch gerade dieser angesprochene Agfa-Direktor als Antinazi bekannt – und zwar nicht, wie andere, erst nach 1945. Es ist doch zu dumm, daß immer wieder diese störenden Tatsachen solche prachtvollen Theorien ins Zwielicht rücken.

Ähnlich selektiv wird die Fotoliteratur zitiert. Nun schreibt Klaus Pohl zwar in seinem Vorwort: „Eine umfassende oder gar vollständige Präsentation aller Formen und Phasen des Reisens mit der Kamera war weder möglich noch lag dies in der Absicht der Realisatoren!" Recht hat er! Es lag offensichtlich in der Absicht der Realisatoren, alles wegzulassen, was nicht ins einfarbige düstere Bild paßte – denn daß sie nicht in der Lage wären, sich ausreichend zu informieren, das will ihnen sicherlich niemand unterstellen.

Merkwürdigerweise wird an keiner Stelle des Katalogs das Motiv für die negative Bewertung der Fotografie auf Reisen so recht deutlich. Es wird einfach behauptet: Die Fotografierenden stellen nur die „heile Welt" dar. Natürlich fotografieren Menschen entweder ihre eigene kleine Welt so, als ob sie heil wäre – und vielleicht ist sie das mitunter – und selbstverständlich fotografieren sie auch das, was ihnen an ihrer Umwelt heil erscheint. Zu den wichtigsten Lebensfunktionen des Menschen gehört eben, das zu sehen und sich dessen zu erinnern, was einem Lust bereitet und das zu übersehen, was für einen unangenehm ist.

Natürlich gibt es auch Menschen, und vermutlich rechnet sich auch der eine oder andere der „Realisateure" dazu, die dem grausamen Verderben, das überall in der Welt brütet, entschlossen ins schwarze Auge starren. Um sie herum gibt es keine Blüten, geht keine Sonne auf – nichts als unheile Welt! Doch auf eine eigene Weise ist für sie gerade diese unheile Welt eigentlich die heile Welt, weil sie sich mitten in diesen trüben Bildern unserer Stiefmutter Erde selbst in einer doch sehr gehobenen und abgehobenen Position sehen – in der des vorausschauenden wissenden Menschen, der wahrhaft erhaben ist über der dumpfen, in selbsttäuscherischer Sorglosigkeit dahinvegetierenden Masse Mensch, ihren düsteren prophetischen Ermahnungen die Ohren zu verschließen.

So oder so – beziehe jeder seinen Lustgewinn, woher er ihn bekommt. Das sei jedem herzlichst gegönnt. Was jedoch ärgerlich stimmt, ist die Bevormundung des anderen.

GÜNTHER SPITZING

Weitere Stationen der Ausstellung: Ingolstadt: 17. 4.–8. 5.; Erlangen: 14. 5.–5. 6.; Stuttgart: 27. 7.–11. 9.; München: 30. 9.–13. 11.; Göttingen: 16. 1.–25. 2. 84; Katalog: 29,80 Mark.

Für ein humanes Krankenhaus: In Wiesbaden wurde der 89. Deutsche Internistenkongreß eröffnet

„Gleiche Beweislast für alle Therapie-Schulen!"

Die feierliche Eröffnung des 89. Deutschen Internistenkongresses gestern abend in Wiesbaden nutzte der diesjährige Präsident der Internistengesellschaft Professor Hans J. Dengler, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Bonn, vor allem zu einer Standortbestimmung der Arzneimitteltherapie, insbesondere seines wissenschaftlichen Schwerpunkts der klinischen Pharmakologie. Zuvor freilich ließ er noch einen Brandpfeil auf unsere Gesundheitspolitiker im allgemeinen und auf die Zustände in unseren Krankenhäusern im besonderen los. Es ging ihm dabei vor allem um die Patientenbetreuung durch das Pflegepersonal. Der Kampf mit der täglichen Bürokratie nimmt demnach viel zuviel Arbeit in Anspruch, die dann für die Sorge um die Kranken fehle.

Dengler: „Das Ausfüllen von immer mehr Formularen für diagnostische Leistungen, die Organisation eines Stationsvormittags, die Erstellung von computergerechten Verpflegungsanforderungen, das Führen von komplizierten Dienstplänen nimmt sie ebenso in Beschlag wie die weiter zunehmenden Anforderungen, die von den Klinikverwaltungen auf das Pflegepersonal und auch auf die Ärzte delegiert werden."

Dadurch würden vor allem jüngere Schwestern immer mehr das Gespür dafür verlieren, was in der jeweiligen Situation für die Kranken getan werden könne. Einen Auweg aus diesem Dilemma sieht Dengler nur in der Delegation von nichtpflegerischen Leistungen etwa an Sekretärinnen, die in die Station integriert sein müßten.

Auch die derzeitige Schwesternausbildung sei reformbedürftig. Sie gleiche nämlich stellenweise einem verkürzten Medizinstudium. Eine Lösung dieser Probleme dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden. Daß die Krankenhäuser ohnehin mit Pflegepersonal eklatant unterversorgt sind, zeige eine Studie der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Danach beträgt das Schwesterndefizit im Jahre 1985 etwa 45 000 Pflegekräfte, wenn unter einer „verstärkten persönlichen Betreuung" verstanden wird, daß sich eine Schwester täglich mindestens zehn Minuten um einen Kranken kümmere.

Was die moderne Therapie betrifft, so müssen Dengler zufolge die verhärteten Fronten der naturheilkundlich orientierten Ärztegruppen und der sogenannten Schulmedizin zu einem Brückenschlag gewonnen werden. Eine prinzipielle Sonderstellung pflanzlicher Arzneimittel will Dengler nicht anerkennen. Überzeugende Studien in England hätten belegt, daß auch Pflanzenpräparate auf ihre Wirksamkeit mit dem modernen methodischen Rüstzeug überprüft werden können. Beide Seiten sollten akzeptieren, daß sich unter den phytotherapeutischen Heilmitteln solche befinden, „deren weitere Untersuchung auch unter schulmedizinischen Aspekten lohnt".

Voraussetzung dafür: Die Strenge der Beweislast müsse auf allen Gebieten der Medizin gleich sein. Dies gelte nicht nur für therapeutische Maßnahmen, sondern auch für den Nachweis neuer, bislang nicht beachteter Einflußgrößen aus der Umwelt, beispielsweise spezieller Nahrungsformen, ebenso der in letzter Zeit diskutierten Erdstrahlen wie auch anderer Phänomene, denen eine Beeinträchtigung der Gesundheit nachgesagt wird.

Nur weil eine neue Heilslehre von der Schulmedizin nicht ernst genommen wird, sollte dies noch kein Pluspunkt sein: „Die Ausübung nichtschulmedizinischer Praktiken besitzt nicht von vorneherein den Bonus einer humaneren Behandlung des Kranken." Denglers therapeutisches Credo: Wir können selten heilen, häufig lindern, aber immer trösten – ein Bekenntnis, das die nüchterne Selbsteinschätzung vieler Ärzte wiedergibt.

JOCHEN AUMILLER

Theodor Schieder 70

Ein Ritter gelassener Präzision

Die Herausgabe zweier Riesenwerke bildet gewissermaßen ›en Rahmen für die Lebensarbeit ›es Kölner Historikers Theodor ›chieder, Träger der Friedensklas›e des Ordens Pour le mérite, der ›eute 75 Jahre alt wird. Das erste ›t die 1954/1961 erschienene vier›ändige „Dokumentation der Ver›reibung der Deutschen aus Ost›itteleuropa"; das zweite das 1968 ›egonnene siebenbändige „Hand›uch der Europäischen Geschich›e". Beide tragen den Stempel ›chiederschen Geschichtswissen›erständnisses: Historische Ereig›isse lassen sich nur ohne Senti›ent oder Ressentiment begreifen.

Das Schicksal hat es gewollt, daß ›chieder zwei Prinzipalbereiche ›eutscher Geschichte kennenge›ernt hat. Geboren ist er 1908 als ›ohn eines Notars in Oettingen in ›chwaben, altfürstlichem Gebiet ›es Heiligen Römischen Reiches. ›ie akademische Laufbahn hat ihn ›940 an die berühmte Albertus-›niversität in Königsberg in Ost›reußen geführt. 1945 erlebte er ›nit seiner Familie Flucht und Ver›reibung am eigenen Leibe – Prä›estination für die historische Auf›rbeitung dieses zeitgeschichtli›hen Phänomens.

„Doktorvater" in München war ›933 Karl Alexander von Müller für ›ie 1936 auch als Buch erschienene ›issertation „Die kleindeutsche ›artei in Bayern in den Kämpfen ›m die nationale Einheit 1863 bis ›871". Im Anbruch des „Dritten ›eiches" zeigt sie einen Autor, der ›ich unbefangen die Freiheit des ›enkens und des Urteils erhalten ›at.

Neben der Tätigkeit des Heraus›ebers, neben der Arbeit als Leiter der berühmten „Historischen Zeitschrift" verdanken wir ihm, dem Köln zwischen 1948 und 1976 zur zweiten akademischen Heimat geworden ist, eine Vielzahl eigenständiger Arbeiten, etwa zur Geschichte des Rapallovertrages von 1922 zwischen der Weimarer Republik und der UdSSR, „Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit" oder „Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat".

Die Aufzählung aller Titel würde den Rahmen solcher Würdigung sprengen. Immer verraten sie einen deutschen Historiker, der es verstanden hat, sich auch in den Sturm-und-Drang-Jahren der deutschen Hochschule Ausgewogenheit und ruhige Vernunft zu bewahren. Schieder hat auch in Gelassenheit die Sozialgeschichte der klassischen Geschichte von Innen- und Außenpolitik zugeordnet, jenseits aller heute beliebten sozialkritischen Räsonnierei.

WALTER GÖRLITZ



Blick für Prinzipalbereiche: Der Historiker Theodor Schieder FOTO: DIE WELT

Deutsche Oper am Rhein: Schostakowitschs „Lady Macbeth von Mzensk"

Wenn das Schicksal spotten möchte

Die Deutsche Oper am Rhein hat um Schostakowitschs „Lady Macbeth" ihre eigenen Verdienste. Dieses vielleicht einzig der „Lulu" Alban Bergs vergleichbare Stück von brutalem erotischen Verismus, das seinerzeit nicht nur Josef Stalin schockierte, sondern auch bis heute manchen Abonnenten, wurde in Düsseldorf 1959 (auch unter der Regie von Bohumil Herlischka) erstmalig wieder aufgeführt, nach 23jährigem Verbot in der Sowjetunion. Dies gab damals den Anstoß, daß man in Moskau über eine Neuzulassung des Werkes nachzudenken begann, für die der Komponist freilich eine „entschärfte", um Dämonisches und Anstößiges bereinigte Zweitfassung „Katharina Ismailowa" herstellen mußte, die seither in der Sowjetunion als einzig zulässige galt. Doch offenbar nicht mehr gilt: Eben erschien in Ost-Berlin die Schostakowitsch-Monographie der sowjetischen Autorin Natalja Lukjanowa, und dort ist in höchsten Tönen nur noch von „Lady Macbeth", nicht mehr von „Katharina Ismailowa" die Rede...

Die „Lady Macbeth" entstammt den frühen dreißiger Jahren, als Schostakowitsch in der Zusammenarbeit mit Meyerhold seinen ureigenen Stil eines theatralischen Realismus gefunden hatte, pendelnd zwischen Tragik und Satire, Sachlichkeit und lyrischer Emphase. Den Klangexperimenten hatte er schon Lebewohl gesagt, es ging – mit utopischem Impuls – um das Einfangen von gegenwärtigem Leben, von russischer Wirklichkeit in der Tradition des kritischen Realismus. An diese Dramaturgie knüpft die Regie Bohumil Herlischkas auch bei dieser neuen Inszenierung im Duisburger Haus der Rheinoper an: Ganz shakespearisch akzentuiert wird das Umspringen von Schicksal in Spott und Spott in Schicksal. Und Schostakowitschs eigenem Anliegen entspricht die anklagende, bloßlegende Darstellung hierarchischer Niedertracht (wie er sie dann selbst erfahren mußte). Mit welchem Ingrimm hat er die „falschen Töne" des Verführers Sergej, des Popen oder der dressierten Polizisten komponiert (eine musikalische Vorausnahme der Polizistenwitze, wie man sie sich im Ostblock erzählt)!

Anders als Wagner verwendet er weniger „Leitmotive" als „Wandermotive", die in neuen Zusammenhängen neue und manchmal bestürzende Aussagen enthalten. Es ist das Verdienst des Dirigenten Friedemann Layer, diese musikalischen Zusammenhänge überaus deutlich herauszuspielen. Der Lebendigkeit halber werden Musiker auch neben der Bühne postiert, satirische Zitate von Tschaikowski, Mahler und Mussorgski werden genüßlich ausgekostet, und wo immer sich in den kunstvoll gebauten Szenen Ambivalentes spiegelt – Liebe und Tod, Sexualität und Gewalt –, gibt auch die Musik ihren überdeutlichen Kommentar. So zergliedernd und bewußt habe ich das noch in keiner Inszenierung erlebt.

Der sexuelle Vulkan Katharina Ismailowa, gesungen von der mädchenhaften Mani Mekler, erwächst folgerichtig aus einer unterdrückten Situation, während der Verführer Sergej (Walter Raffeiner) eher „entlastet" wird. Die Schlußszene (Straflager in Sibirien) fällt in einer „bühnenromantischen" Emphase ab gegenüber östlichen Inszenierungen (wie der Kiewer bei den letztjährigen Wiesbadener Maifestspielen), die das Thema aus hautenger Erfahrung knapper und sachlicher, mithin gegenwärtiger und bestürzender behandeln.

DETLEF GOJOWY



Komponierte Polizistenwitze: Szene aus der Duisburger Schostakowitsch-Premiere mit Mani Mekler und Walter Raffeiner FOTO: KLICHE

JOURNAL

Plan für Picasso-Museum begraben?

AFP, Paris

Zehn Jahre nach Picassos Tod ist von der Eröffnung des Pariser Museums, das ein repräsentatives Panorama dieses Künstlers darbieten soll, keine Rede mehr. Inzwischen ist die beispiellose Sammlung von Meisterwerken, die der Staat von Picassos Erben anstelle einer Erbschaftssteuer entgegennahm, in irgendwelchen Safes verstaut. Die Öffentlichkeit bekam sie nur einmal, 1979 für die Dauer von drei Monaten, zu sehen. 1975 hatte die Stadt Paris zugestimmt, dem Staat im historischen Marais-Viertel das Stadtpalais „Hotel Salle" zur Verfügung zu stellen, um dort ein Picasso-Museum einzurichten. Bereits zum hundertsten Geburtstag des Künstlers 1981 sollte das Museum eröffnet werden.

Marbacher Schillerpreis postum an R. Christlein

dpa, Marbach

Für sein Werk „Die Alamannen – Archäologie eines lebendigen Volkes" ist dem Landshuter Hauptkonservator Rainer Christlein der diesjährige Schillerpreis der Stadt Marbach am Neckar zuerkannt worden. Die mit 5000 Mark dotierte Auszeichnung soll dem kürzlich mit 43 Jahren gestorbenen Preisträger im November postum verliehen werden.

Peter Martins leitet New York City Ballet

Bth. New York

Der fortdauernde schlechte Gesundheitszustand von George Balanchine (79) hat zu einem Wechsel in der Leitung des New York City Ballets geführt: Der dänische Tänzer und Choreograph Peter Martins, der dem NYCB seit 1970 angehört, hat jetzt die künstlerische Leitung der Truppe übernommen. Balanchine, der diese berühmteste Ballettcompagnie Amerikas zusammen mit Lincoln Kirstein gründete, ist seit fünf Monaten bettlägrig. Jerome Robbins, der andere Star-Choreograph der Truppe, hat das Angebot, Balanchines Nachfolger zu werden, ausgeschlagen.

Vicenza plant ein Mozart-Festival

MvZ. Vicenza

In Palladios „Olympischem Theater" und in zwei Kirchen von Vicenza organisieren die Stadtverwaltung und Venedigs Opernhaus „La Fenice" vom 7.–29. Juni das Festival: „Effusio Musica Olimpica", mit dem Vicenza sich als Konkurrenz zu Salzburg etablieren will. Hauptträger des Themas „Theaterfeste" nämlich ist Mozarts „Ascanio in Alba" (26.–28. Juni) in einer Produktion der „Fenice", dirigiert von Zoltan Pesco.

Richard Wagner und Karlsruhe

Reg. Karlsruhe

In einem Sonder-Abonnement veranstaltet das Badische Staatstheater Karlsruhe vom 11. Mai an einen Richard-Wagner-Zyklus. Aufgeführt werden „Der Ring des Nibelungen", „Lohengrin" (als Gastspiel der Württembergischen Staatstheater), „Tannhäuser", „Der fliegende Holländer", „Parsifal", „Tristan und Isolde", „Die Meistersinger von Nürnberg" und – konzertant – „Die Feen". Ergänzt wird der Zyklus durch drei Ausstellungen, darunter „Richard Wagner und Karlsruhe".

Brüssel zeigt Zeichnungen aus Venedig

DW. Brüssel

Venezianische Zeichnungen des 18. Jahrhunderts zeigt das Palais des Beaux-Arts in Brüssel in einer Ausstellung, die vom 15. April bis 5. Juni zu sehen ist. Sie umfaßt Blätter von F. Guardi, A. Canaletto, G. B. Piranesi, P. Longhi, G. B. Piazetta und den beiden Tiepolos. Insgesamt wurden 150 Werke ausgewählt, die die Charakteristika des venezianischen Zeichenstils dieser Zeit deutlich werden lassen. Der Katalog mit 212 Seiten und Abbildungen aller ausgestellten Werke kosten 500 bfr.

Karl Langosch 80

DW. Darmstadt

Karl Langosch, Nestor der Mittellateinischen Philologie in Deutschland, vollendet heute sein 80. Lebensjahr. Der aus Berlin stammende Gelehrte, der von 1929 bis 1936 als Assistent der Preußischen Akademie der Wissenschaften am „Deutschen Wörterbuch" der Brüder Grimm arbeitete, war in der Nachkriegszeit Professor für deutsche und lateinische Philologie am Pädagogischen Institut Darmstadt. Hier legte er den Grundstein für das spätere „Institut für Jugendbuchforschung" der Universität Frankfurt. 1958 wurde er auf den neugegründeten Lehrstuhl für Mittellateinische Philologie an der Universität Köln berufen. Dort schuf er ein bedeutendes mediävistisches Forschungszentrum.

A. Scibor-Rylski †

JGG. Warschau

Im Alter von 55 Jahren ist in Warschau plötzlich der Prosaiker, Drehbuchautor, Dramaturg und Filmregisseur Aleksander Scibor-Rylski gestorben. Scibor-Rylski, der seinerzeit am Warschauer Aufstand teilnahm, wurde 1950 durch seinen Roman „Kohle" bekannt. Internationales Aufsehen erlangte er als Drehbuchautor der beiden regimekritischen Filme von Andrzej Wajda „Der Mensch aus Marmor" und „Der Mensch aus Eisen".

Chirurgen setzen auf des Messers Schneide

Bei Krebs bleibt Operation die beste Therapie

JOCHEN AUMILLER, Berlin

„Die Chirurgie ist nicht nur das *älteste, sondern unverändert auch* das erfolgreichste Behandlungsverfahren der Organkrebse." So jedenfalls sieht der amtierende Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Professor H. W. Schreiber, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Hamburg, die Situation in der Krebsbehandlung. Auf dem 100. Chirurgenkongreß, der am Wochenende in Berlin zu Ende ging, standen in mehreren Sitzungen die modernen onkologischen Fortschritte auf dem wissenschaftlichen Programm, wobei nicht nur die Operateure zu Worte kamen, sondern auch andere Fachdisziplinen, die heute unverzichtbarer Bestandteil des Therapieplans sind: internistische Onkologen und Strahlentherapeuten.

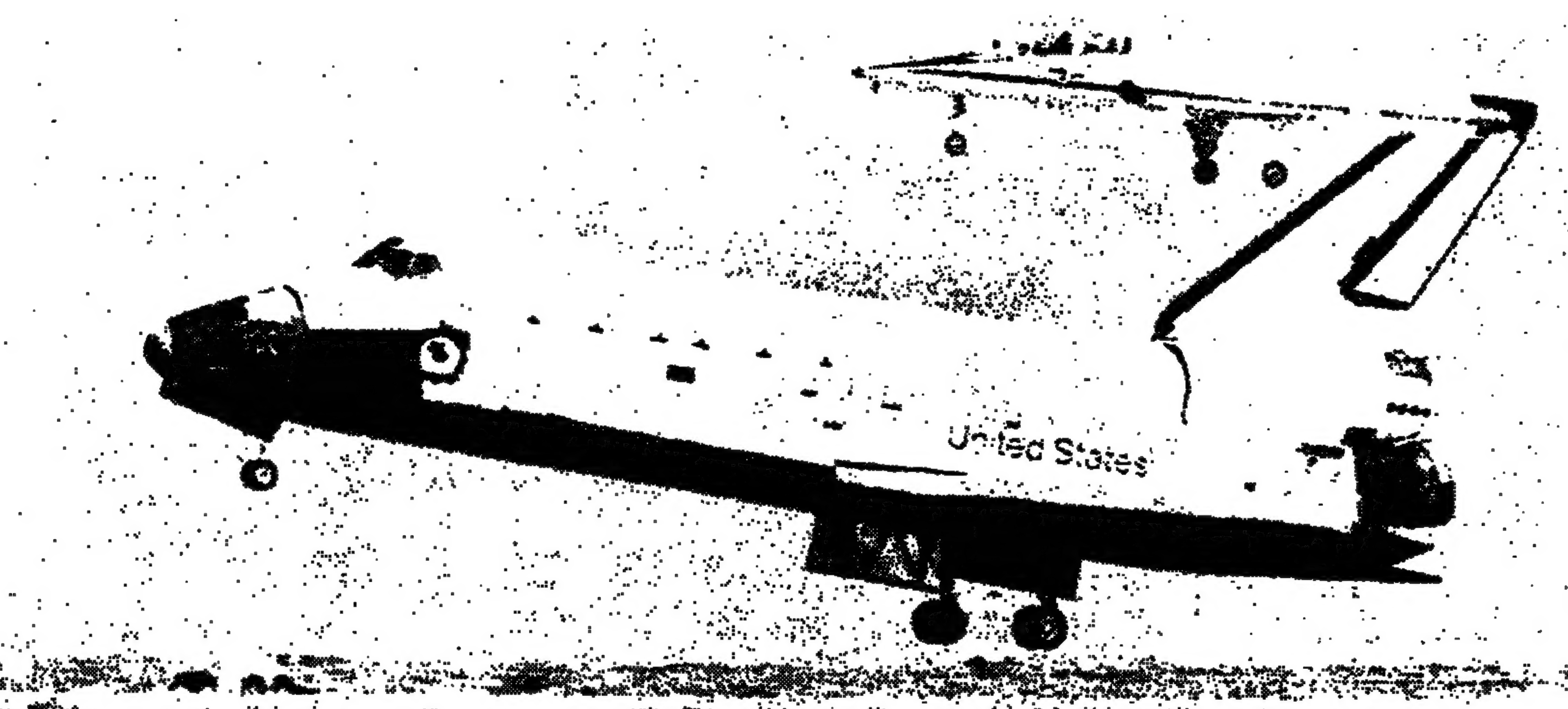
Mit der chirurgischen Standortbestimmung war Professor Ch. Herfarth, Direktor der Heidelberger Chirurgischen Universitätsklinik, betraut worden. Für ihn ist eine der wichtigsten Aufgaben die Überprüfung der Frage, ob bei einigen Krebsformen das operative Verfahren noch radikaler oder aber weniger angreifend und belastend als bisher angelegt werden sollte. Eine Entscheidung darüber setzt sorgfältige klinische Studien voraus. So überlegt man derzeit, ob beim Lungenkrebs immer gleich ein ganzer Lungenflügel geopfert werden muß, oder ob eine Segment- oder Keilentfernung des befallenen Gewebes ausreicht.

Immer unklarer – trotz weltweiter intensiver Forschungsanstrengungen – wird die Situation beim weiblichen Brustkrebs (es gibt übrigens auch einen Krebs der männlichen Brustdrüse, er ist aber unvergleichlich seltener). Es scheint so ziemlich alles wieder offen zu sein. Herfarth: „Die Meinungen über die richtige Primärtherapie des operablen Mammakarzinoms können nach dem heutigen Wissensstand kaum noch durch feste Daten begründet werden." Eine Reihe von Chirurgen und Gynäkologen sprechen sich für eingeschränkte, nicht verstümmelnde Verfahren aus, andere halten die klassische Entfernung des ganzen Brustdrüsenkörpers mit gleichzeitiger Ausräumung der Achsellymphknoten für richtig. Beide Seiten haben plausible Studien vorzuweisen.

Die Unsicherheit ist auf neue Erkenntnisse über die biologischen Eigenschaften dieser Krebsform zurückzuführen. Man weiß heute unter anderem, daß es sich von einer bestimmten Wachstumsphase an nicht mehr um ein lokales Ereignis handelt, das auf den betroffenen Brustbereich begrenzt ist, sondern um eine Systemerkrankung, die den gesamten Organismus in Mitleidenschaft ziehen kann. Künftig wird die Therapieplanung vornehmlich an den biologischen Besonderheiten der Wucherung ausgerichtet werden müssen, an den vom Pathologen ermittelten Merkmalen der Bösartigkeit, die an den Krebszellen unter dem Mikroskop ablesbar ist.

Alle diese Kennzeichen erlauben eine stärkere Individualisierung der Behandlungsstrategie. Liegen bereits Metastasen, Tochtergeschwülste vor, so braucht dies heute bei vielen Krebsformen kein Todesurteil mehr zu sein. Hier ist aber eine enge Kooperation der Operateure mit den internistischen Spezialisten die Grundvoraussetzung für möglichst gute Therapieergebnisse. Offenbar bringt die operative Entfernung solcher Tochtergeschwülste etwa in der Leber oder in der Lunge weitaus bessere Ergebnisse als lange angenommen wurde. Diese Ansicht vertrat nicht nur Professor Herfarth, sondern auch der Internist Professor C. G. Schmidt vom westdeutschen Tumorzentrum in Essen. Oft ist die Metastasenentfernung gar gleichbedeutend mit Heilung.

Noch ein anderes operatives Verfahren beginnt sich für die Metastasentherapie beim Dickdarm-Krebs zu bewähren, der sogenannte Second-look-Eingriff. Dieses 1951 erstmals beschriebene Verfahren ist nichts anderes als eine Zweitoperation, um nachzuschauen, ob sich eine neue Wucherung *gebildet hat. Dabei handeln* die Chirurgen allerdings nicht auf gut Glück, sondern vertrauen auf einen sogenannten Tumor-Marker. Das sind Teile von Tumorzellen, die in geringen Konzentrationen im Blut zirkulieren, Spuren der Krebszell-Oberfläche mit charakteristischen Merkmalen. Der bekannteste dieser Tumor-Marker ist das CEA-Antigen. Es kann mit Blut-Tests bestimmt werden. Beginnt etwa ein Dickdarmkrebs zu wachsen, steigt die CEA-Konzentration im Blut deutlich an. Der Test kann schon zu einer Zeit positiv ausfallen, wenn mit den modernen bildgebenden Verfahren (Computertomographie oder Ultraschall-Diagnostik) der Tumor noch nicht aufzuspüren ist. In Heidelberg entscheidet man sich für den Second-look-Eingriff bei Dickdarmkrebs-Patienten, wenn die Nachsorgekontrollen einen plötzlichen CEA-Anstieg im Blut ergeben. In etwa 60 Prozent der Fälle kann damit die erneut wuchernde Geschwulst völlig entfernt werden.



Abgesehen von dem Mißgeschick mit dem Fernmeldesatelliten wird die Mission von „Challenger" als voller Erfolg gewertet: Tausende sahen bei wolkenlosem Himmel, wie die Fähre begleitet von Nasa-Jets pünktlich auf die Minute einschwebte. FOTO: AP

Nach der Panne war der Rest nur noch Routine

Nasa-Sprecher äußern Genugtuung über Jungfernflug von „Challenger" / Im Juni kann erste US-Astronautin starten

dpa, Houston

Die amerikanische Weltraumfähre „Challenger" hat ihre erste Reise ins All erfolgreich abgeschlossen. Damit verfügt die US-Raumfahrtbehörde Nasa jetzt zusammen mit der bereits fünfmal erprobten „Columbia" über zwei funktionstüchtige Raumfähren. Eine dritte ist im Bau. Der „Challenger"-Flug wurde von der Nasa trotz der Panne mit dem Nachrichten-Satelliten, dessen Antriebsrakete nach dem reibungslosen Verlassen der Fähre nicht einwandfrei funktionierte, als voller Erfolg gewertet.

Zufrieden sind die amerikanischen Raumfahrtexperten insbesondere über den problemlosen Weltraumspaziergang von zwei Astronauten in neuentwickelten Raumanzügen. Damit wurden die Voraussetzungen für eine ganze Reihe späterer Raumexperimente geschaffen.

„Challenger" landete am Samstag pünktlich zur vorausberechneten Zeit um 20.54 Uhr auf der Betonpiste des Luftwaffenstützpunktes Edwards Airforce Base in Kalifornien. Die Raumfähre war vor fünf Tagen und 24 Minuten von Cape Canaveral aus gestartet, wohin sie jetzt auf dem Rücken eines Jumbo-Jets zurückgebracht und für den nächsten Start vorbereitet wird. Missionsleiter James Abrahamson erklärte nach der problemlosen Landung der 95 Tonnen schweren Fähre: „Der Einsatz ist mit geradezu unglaublicher Routine verlaufen und hat gezeigt, was für ein phantastisches Raumschiff die Challenger ist." Auch Fährenkommandant Paul Weitz und Pilot Karol Bobko waren voll des Lobes. Die „Challenger" sei „ein verdammt gutes Fluggerät" und „in jeder Hinsicht makellos", sagte Weitz. Bobko sprach von einem „phantastischen Flug".

Der nächste Flug der „Challenger", deren erster Start sich wegen Schäden an den Triebwerken um mehr als zwei Monate verzögert hatte, ist für Anfang Juni vorgesehen. Dann wird zum ersten Mal eine Astronautin an Bord sein, die 32jährige Sally K. Ride aus Kalifornien. Die erste Frau überhaupt hatte 1963 die Sowjetunion in den Weltraum geschickt.

Bei diesem Flug soll es einige weitere Premieren in der Raumfähren-Geschichte geben: Zum ersten Mal soll die Fähre in Cape Canaveral wieder aufsetzen, wo die Landepiste dicht am Atlantik liegt. *Die Nasa will* sich damit den kostspieligen und zeitraubenden Transport zurück zum Weltraumbahnhof sparen. Erstmals sollen fünf Astronauten mitfliegen. Bei dieser Reise will die Nasa auch wieder Geld verdienen. Zwei Nachrichten-Satelliten werden gegen Bezahlung mitgenommen.

Nachdem „Challenger" seine Flugtauglichkeit bewiesen hat, ist die Nasa zuversichtlich, ihr Programm für 1983 noch voll durchziehen zu können. Im August soll die Fähre das zweite Modell der Nachrichten-Satelliten in den Weltraum bringen, die für die Funkverbindung zwischen den Fähren und den Bodenstationen und die Übertragung von Daten künftiger Experimente wichtig sind. Der Start wird allerdings davon abhängig gemacht, ob die Ursache des Versagens der zweiten Raketenstufe des Satelliten geklärt wird, der auf dem am Samstag beendeten „Challenger"-Flug im erdnahen Weltraum abgesetzt wurde. *Den vierten* „Challenger"-Flug im November hat das Pentagon gebucht – die Mission ist geheim.

Am 30. September steht der aus europäischer Sicht wichtigste Raumfähren-Start des Jahres auf dem Terminkalender. Die dazu eigens umgebaute „Columbia" soll das Weltraumlabor der Europäer ins All fliegen. Zum ersten Mal soll dann ein Deutscher mitfliegen: der Stuttgarter Physiker Ulf Merbold.

Auch reiche Länder sind vom Hunger bedroht

US-Studie sieht Ausweg nur in der „Ein-Kind-Familie"

GITTA BAUER, Washington

Bleibt es bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate der Weltwirtschaft von gegenwärtig zwei Prozent, muß nahezu die Hälfte der Menschheit, meist in Ländern der Dritten Welt, Ende der achtziger Jahre mit einem niedrigeren Lebensstandard und einem sinkenden Volkseinkommen rechnen. Solange die Bevölkerung zunimmt, während das Wirtschaftswachstum abnimmt, haben nur diejenigen Länder eine Chance, genug Nahrung und Energie für ihre Bevölkerung zu produzieren, die möglichst rasch ihre Geburtenrate senken.

Das wird in einem Bericht des privat finanzierten „Worldwatch Institute" prophezeit, der im Auftrage des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen erarbeitet wurde. „Bevölkerungspolitik für eine neue Wirtschaftsära" gilt in erster Linie den Problemen Afrikas, eines Kontinents, „der von der schnellsten Bevölkerungszunahme in der Geschichte der Kontinente geplagt ist wie auch von weitverbreiteter Bodenerosion und der Zunahme von Wüsten", schreibt Institutsdirektor Brown. „Afrikas Lebensmittelproduktion pro Kopf ist seit 1970 um elf Prozent gesunken."

Die Weltbank-Prognosen für Afrika sagen einen anhaltenden Niedergang des Pro-Kopf-Einkommens in den achtziger Jahren in 24 Ländern der Subsahara-Region mit einer Gesamtbevölkerung von 187 Millionen Menschen voraus. Weitere elf Länder mögen allenfalls eine Balance zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum erreichen. „Bewahrheiten sich diese Prognosen", so heißt es in der Studie, „werden die sechziger und siebziger Jahre rückschauend als goldenes Zeitalter erscheinen." Selbst ölreiche Länder wie Nigeria oder Iran, die Bevölkerungswachstumsraten über drei Prozent verzeichnen, sind auf lange Sicht gefährdet.

Fast ohne Ausnahme ereigne sich der Rückgang im Pro-Kopf-Einkommen in Ländern, die die eine Seite der Bevölkerung/Ressourcen-Gleichung vernachlässigt und ihre Etats vornehmlich an der Ausdehnung der Produktion orientiert hätten. „Eine Konsequenz dieses Ungleichgewichts ist, daß das Produktionswachstum bei der Befriedigung der Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung aufgebraucht wird und wenig für wirkliche Verbesserungen übrigbleibt."

Viele Regierungen der Dritten Welt hätten sich auf die Automatik der „demographischen Transition" verlassen, d. h. auf die Erreichung eines neuen Gleichgewichts zwischen Tod und Geburt. In Europa z. B. sank mit steigendem Lebensstandard die Todesrate ab, ihr folgte dann die Geburtenrate. „Viele Drittweltländer haben genügend Fortschritte gemacht", schreibt Brown, „daß ihre Todesraten sinken, jedoch nicht genug, daß auch die Geburtenrate folgt."

„In einem Zeitalter verlangsamten Wirtschaftswachstums hängen Verbesserungen des Lebensstandards möglicherweise mehr von der Geschicklichkeit der Familienplaner ab", so schließt die Studie, „als von der der wirtschaftlichen Planer." Zu viele Länder hätten sich zu lange der Konfrontation mit diesem Problem entzogen. „Wenn sie das schließlich verspätet nachholen, entdecken sie vielleicht – wie das China tat –, daß die Umstände sie zur Förderung der Ein-Kind-Familie zwingen." (SAD)

Prüde Popen blasen zur Jagd auf Nackte

Athen: Regierung und Kirche im Streit um FKK-Strände

E. ANTONAROS, Athen

FKK-Anhänger aus aller Herren Länder werden bereits von diesem Sommer an den früher üblichen Konflikt mit der griechischen Polizei nicht mehr zu fürchten brauchen, wenn sie an bestimmten Stränden nahtlos braun werden wollen. Dafür droht ihnen aber der organisierte Groll der prüden Priesterschaft Griechenlands. Die griechisch-orthodoxe Kirche forderte die Regierung jetzt „ultimativ" auf, die geplante Zulassung von organisierten FKK-Anlagen nicht zu genehmigen. „Werden wir nicht gehört, so werden wir die Sündigen eigenhändig vertreiben", drohte ein Bischof.

Einschüchtern lassen sich die Athener Sozialisten von solchen Kampfparolen zwar nicht. „Die Eröffnung von FKK-Stränden an entlegenen Orten, die dem Publikum nicht zugänglich sein werden, ist beschlossene Sache und nicht mehr rückgängig zu machen", sagte der Leiter der Fremdenverkehrszentrale EOT.

Aber die fanatischen Popen bereiten den Athener Fremdenverkehrsplanern trotz der nach außen demonstrierten Gelassenheit große Kopfschmerzen. „Wenn sie wollen, können sie die Touristen in der Tat verunsichern und verjagen", fürchtet ein Experte.

Daß ihr Verhalten keine Grenzen kennt, haben die von einigen erzkonservativen Bischöfen mobilisierten Popen und ihre Gefolgschaft in den vergangenen Jahren oft gezeigt. In einem Hotel-Komplex auf dem Peloponnes, wo fast ausschließlich deutsche FKK-Anhänger urlauben, hatten sie vor einigen Jahren die Hotelgäste derart terrorisiert, daß im Jahr darauf die Buchungen um 80 Prozent zurückgingen. „Wenn die Behörden nichts unternehmen, bin ich finanziell am Ende", jammerte der betroffene Hotelbesitzer.

Kaum ein Pope will einsehen, daß die aus dem Ausland stammenden FKK-Anhänger „sehr seriöse, devisenbringende Urlauber" sind, wie die Athener Fremdenverkehrspolitiker meinen. „Es handelt sich um sexhungrige Westeuropäer, die sich auf unverschämte Weise in aller Öffentlichkeit entblößen und ihre Laster nach Griechenland bringen", weiß vielmehr der Bischof der Ferieninsel Hydra, der an der Spitze der Fanatiker steht und zuweilen auch selbst gegen unbekleidete Urlauber vorgegangen ist.

Andere Bischöfe vermuten noch Schlimmeres: „Die FKK-Anhänger werden von der katholischen Kirche systematisch nach Griechenland geschickt, um unsere Jugend zu verderben. Dieser Unterwanderungsprozeß muß gestoppt werden", forderte ein nordgriechischer Oberhirte.

Zum Streit mit der Athener Regierung kam es, als der griechische Primas, Erzbischof Serafeim von Athen, in der Heiligen Synode, der griechischen Bischofskonferenz, überstimmt wurde. Serafeim wollte ursprünglich zwischen den Fanatikern und den Politikern vermitteln. „Wir können nicht ständig auf Konfrontationskurs mit den Behörden gehen", warnte er seine Bischöfe. Aber die puritanischen Oberhirten waren eindeutig in der Mehrheit: „Wenn du dich mit den Politikern arrangierst, hast du die Kirche und ihre Moral verraten", rief ihm jemand während einer Sitzung zu. So weit wollte der Erzbischof nicht gehen. Daher formulierte er in einer Resolution: „FKK-Anlagen sind für die Kirche unakzeptabel." (SAD)

LEUTE HEUTE

Das As ist 50

Jean-Paul Belmondo, das „As der Asse" des französischen Films, ist 50. In aller Stille und Bescheidenheit feierte er seinen Geburtstag am Samstag bei einem Mittagessen mit seiner Mutter **Madeleine Belmondo** und seiner brasilianischen Freundin **Maria Carlos Sottomayor** (23).

Filmpläne?

Der deutsche Titelhändler **Hans Hermann Weyer**, der kürzlich nach zehntägiger Untersuchungshaft aus einem Gefängnis in Paraguay entlassen wurde und von den Münchner Justizbehörden wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe gesucht wird, hat das südamerikanische Land verlassen und ist nach Bolivien gereist. Zeitungen berichteten, der Titelhändler wolle in dem benachbarten Bolivien einen Film drehen.

Ausfall

Der britische Thronfolger Prinz **Charles** hat sich während eines Besuchs in der westaustralischen Kleinstadt Banbury einen Ausrutscher erlaubt. Charles, der zusammen mit Prinzessin **Diana** den Kontinent bereist, sollte vor mehr als 13 000 Schülern eine Rede über „unfeine Sprache" halten, als ihm ein Windstoß eine Seite seines Manuskripts vom Podium wehte. Da fluchte der Prinz: „O mein Gott, das verdammte Papier!"

WETTER: Stark bewölkt

Wetterlage: Ein Tief zieht über die Nordsee hinweg nach Osten, es lenkt anfangs noch milde, ab Montagabend zunehmend kalte Meeresluft nach Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 11. April 1983, nachm.

Vorhersage für Montag:

Nördliches Deutschland und Raum Berlin: Anfangs bedeckt und Regen, im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Frühtemperaturen um 6 Grad, tagsüber 9 Grad. In der kommenden Nacht Bewölkungsrückgang, zeitweise Abkühlung bis in Gefrierpunktnähe.

Mittleres und südliches Deutschland: Stark bewölkt bis bedeckt und schauerartiger Regen, im Alpenvorland zum Teil recht ergiebig. Temperaturen tagsüber um 10 Grad, nachts um 4 Grad.

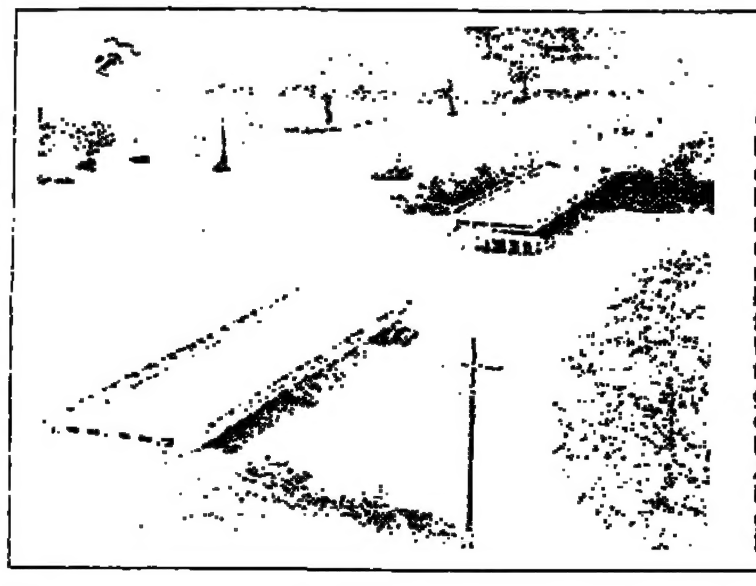
Weitere Aussichten:

Wechselnd bewölkt mit Schauern.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	20°
Bonn	8°	Kopenh.	7°
Dresden	9°	Las Palmas	19°
Essen	9°	London	9°
Frankfurt	7°	Madrid	13°
Hamburg	8°	Mailand	15°
List/Sylt	6°	Mallorca	21°
München	11°	Moskau	7°
Stuttgart	12°	Nizza	15°
Algier	23°	Oslo	6°
Amsterdam	8°	Paris	14°
Athen	14°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	14°
Brüssel	10°	Stockholm	4°
Budapest	13°	Tel Aviv	18°
Bukarest	22°	Tunis	20°
Helsinki	4°	Wien	10°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 6.35 Uhr, Untergang: 20.12 Uhr, **Mondaufgang:** 6.48 Uhr, Untergang: 19.09 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Sintflut kam über den Süden der USA

Die Überschwemmungen in den drei amerikanischen Südstaaten Louisiana, Mississippi und Alabama haben sich am Wochenende noch verschlimmert. Bisher wurden mehr als 27 000 Menschen obdachlos, mindestens zehn Menschen fielen dem Unwetter zum Opfer. Innerhalb von vier Tagen fielen teilweise bis zu 60 Zentimeter Regen, und die Meteorologen kündigten weitere Niederschläge an. Die Wassermassen brachten in Amitz (Louisiana) eine Brücke zum Einsturz (Foto links). Überall bringen überflutete Straßen den Verkehr zum Erliegen (Foto rechts).



Hochwasser legt die Schiffahrt lahm

AP/dpa, Mainz

Anhaltend starke Regenfälle haben Flüsse, Bäche und Seen in Süd- und Südwestdeutschland über die Ufer treten lassen. Die Schiffahrt mußte am Wochenende streckenweise eingestellt werden. Überflutete Straßen wurden gesperrt. In fast allen Teilen der Bundesrepublik regnete es sich zum Wochenende ein.

In Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie teilweise in Baden-Württemberg und Hessen sind Flüsse und Bäche wegen des Hochwassers mittlerweile über die Ufer getreten. Auf Lahn, Saar und Mosel mußte die Schiffahrt ebenso eingestellt werden wie auf dem gesamten Neckar von Plochingen bis Mannheim. Auf dem Rhein bei Maxau (Kreis Landau-Bergzabern) und Koblenz stiegen die Pegel so stark an, daß der Fluß in diesen Bereichen für den Schiffsverkehr gesperrt werden mußte. Zahlreiche Rheinfähren stellten ihren Betrieb ein. Der Rhein erreichte bei Karlsruhe-Maxau die Hochwassermarke von 7,20 Metern. Damit liegen auch dort die Schiffe bergwärts in Richtung Straßburg fest. Zahlreiche Fähren auf dem Main konnten ebenfalls nicht mehr fahren. Auch die Nebenflüsse des Neckars und des Rheins führten Hochwasser.

Bis zur Wochenmitte wird nach Auskunft des Deutschen Wetterdienste in Offenbach der Regen im Südwesten und Norden der Bundesrepublik anhalten.

Tod unter Tage

rtr, Johannesburg

Bei einer Methangas-Explosion in der südafrikanischen Uranmine Beisa sind in 450 Meter Tiefe 15 Bergleute getötet worden. Die Mine Beisa liegt bei Welkom, etwa 250 Kilometer südlich von Johannesburg.

Absturz am Sandkopf

AP, Frankfurt

Beim Absturz eines Privatflugzeugs vom Typ Piper am Sandkopf im Binger Wald sind vier Männer im Alter zwischen 27 Jahren und 64 Jahren ums Leben gekommen. Das Flugzeugwrack war am Samstag morgen in dem unwegsamen Waldgebiet von einem Suchhubschrauber zerschellt aufgefunden worden. Die Absturzursache ist nicht bekannt, zur Zeit des Unglücks herrschten jedoch schlechte Sichtverhältnisse.

Post-Plauderdienst

SAD, Bristol

Für die Einsamen im Lande, die sich einmal nach Herzenslust aussprechen wollen, hat die britische Post jetzt einen Telefondienst eingerichtet. Er heißt „Talkabout" und wird zunächst sechs Monate lang im Raum Bristol erprobt. Die Post kann bei diesem „Plauderdienst" bis zu 50 Anrufe entgegennehmen. Sie werden in Grüppchen zu je fünf Gesprächspartnern unterteilt. Um das Gespräch in Gang zu bringen, stellt die Post auch einen „Talkmaster" vom Amt.

Seuche breitet sich aus

AP, Den Haag

In den Niederlanden ist eine Anzahl von Zuchtpferden an dem gleichen Virus erkrankt, dem in Österreich bereits 6 Lipizzaner zum Opfer gefallen sind. Ein friesländischer Pferdezüchter berichtete einer Zeitung, zwei seiner Stuten seien erkrankt und müßten wahrscheinlich getötet werden.

Öl erreichte Bahrein

AP, Manama

Der sich immer weiter ausbreitende Ölteppich im Persischen Golf hat nach einem Fernsehbericht die Küste des Ölscheichtums Bahrein erreicht. Niemand könne ins Wasser gehen, und es sei nicht einmal mehr möglich, am Strand entlangzugehen. Experten der Umweltschutzorganisation der Golfstaaten berieten gestern in Kuwait weiter über die Beseitigung der Ölpest.

Ausbruch verstärkt

dpa, Catania

Der sizilianische Vulkan Ätna hat am Wochenende vorübergehend seinen Lavaausstoß verstärkt. Die glühende Masse, die seit zwei Wochen aus einem neuen Krater in 2300 Meter Höhe am Südhang des größten europäischen Vulkans ausströmt, zerstörte Ferienhäuser, Touristen-Kioske und eine Berghütte.

Schock nach Entführung

rtr, Rom

Die 18jährige Nichte des italienischen Filmproduzenten Dino di Laurentiis ist nach einer mutmaßlichen Entführung mit einem Schock ins Krankenhaus gekommen. Sie war am späten Samstag abend von drei Männern in ein Auto gezerrt worden. Drei Stunden später tauchte sie wieder auf und wurde von Nachbarn sofort ins Krankenhaus gebracht.

ZU GUTER LETZT

„Sonntags und an Feiertagen darf man auf Friedhöfen kein Bedürfnis haben." Aus „Bonner General-Anzeiger".